

1127-15

INHALT DES JULIHEFTES / 1931

Leitungsatz

HEINRICH RITTER VON SRBIK	
Reichsreform und Österreich	497

Geopolitische Berichterstattungen

ERICH OBST	
Berichterstattung aus Europa und Afrika .	500
(Mit einer Karte)	
KARL HAUSHOFER	
Bericht über den indopazifischen Raum...	504
OTTO MAULL	
Berichterstattung aus der amerikanisch. Welt	511

Geopolitische Untersuchungen

JOHANN ULRICH FOLKERS	
Mecklenburg in der Neugliederung des Deutschen Reiches	521
(Mit zwei Karten)	
KURT FINKENWIRTH	
Wirtschaftsraum Niedersachsen	524
(Mit einer Karte)	

ERHARD HÜBENER

Reichsreform und Mitteldeutschland	534
--	-----

GEORG WEGENER

Erdräum und Schicksal	542
-----------------------------	-----

HUGO HARDY

Die internationale Kolonialausstellung in Paris	557
---	-----

Aus der Weltwirtschaft

(Mit einer Karte)	
COLIN ROSS	
Die Fiktion der Weltwirtschaft	562

Literaturberichte

ERICH OBST UND HANS-JOACHIM RUST	
Literaturbericht aus Europa und Afrika ..	566
KARL HAUSHOFER	
Literaturbericht über den indopazifischen Raum	567
HANS KOHN	
Palästina-Bibliographie	574

HEINRICH RITTER VON SRBIK:

Reichsreform und Österreich

Das gesamtdeutsche Volksbewußtsein, das im seelischen Erlebnis des großen Krieges und in Not und Leid der Nachkriegszeit zu einer formenden Kraft im Deutschen Reich und in Österreich erwachsen ist wie nie zuvor, und die Überzeugung, daß auch uns Deutschen einmal Volk und Staat zur Einheit werden, darüber hinaus aber ein neues Mitteleuropa erstehen muß, — diese Empfindungen und Gedanken lassen in Österreich viele mit Besorgnis auf die Pläne der Neuordnung des Deutschen Reiches blicken. Gewinnt man doch nur allzuoft den Eindruck, daß der nationale Gesichtskreis bei den Entwürfen der neuen Gliederung an die Grenzen des Reichs gefesselt ist, so wie es seit dem staatsrechtlich und völkerrechtlich getrennten Leben Deutschlands und Österreichs in beklagenswerter Weise der Fall gewesen ist. Wenn ich nun als gesamtvolklich gesinnter Deutschösterreicher und als österreichischer Historiker zu dem großen Problem das Wort ergreife, so sehe ich das moralische Anrecht in der Gewißheit, daß Vorausdenken für die gesamtdeutsche Zukunft Pflicht ist, für die im Reich Lebenden wie für jene, die dereinst dem Reich angehören wollen.

Ich bin mir gleichwohl bewußt, daß die Einzelfragen der Strukturänderung des bisherigen Reichskörpers von dem Außenstehenden nur mit taktvoller Zurückhaltung behandelt werden können, und möchte daher nur sagen, daß auch dem Deutschen außerhalb des Reichs die unabweisbare Notwendigkeit klar ist, dem Entwicklungszug mehr als eines Halbjahrhunderts und den Wirtschaftsbedürfnissen der Gegenwart Rechnung zu tragen im Sinn strafferer Zusammenfassung und Beseitigung kostspieliger Doppelgeleisigkeit; daß aber wir Auslands- und Grenzdeutsche besonders deutlich das Erfordernis erkennen, bei einer Revision des Verhältnisses des Reichs und der Länder, des Reichs und Preußens, über dem Gesamtleben das Sonderleben, über dem Einheitsverlangen die gliedstaatlichen und stammesmäßigen Eigentendenzen, über dem Gesamtraum die geschichtlichen und die natürlichen Landschaften, über den Postulaten der Gegenwart die deutsche Geschichte und die deutsche Zukunft nicht zu vergessen. Diese allgemein gehaltene These darf ich durch besondere Österreich geltende Bemerkungen ergänzen.

Ich kann sie nicht besser einleiten, als es vor kurzem Albrecht Haushofer in dieser Zeitschrift getan hat*): „Die Frage heißt: in welchen Formen läßt sich das heutige Österreich samt Wien mit dem Reich zusammenschließen? Gestaltungen, die sich hierzu als unfähig erweisen, sind ungeeignet auch für reichsdeutschen Hausgebrauch.“ Man möge es nicht als pedantischen Formalismus belächeln, wenn ich das übliche Wort „Anschluß“ vermeide und von „Zusammenschluß“ spreche. Das Wort bringt die Freiwilligkeit der Vereinigung zweier international bisher gleichgestellter staatlicher Individualitäten viel deutlicher zum Ausdruck als das auf Raumgröße und Volkszahl abgestimmte Wort „Anschluß“. „Zusammenschluß“ schont auch viel besser geschichtlich tief verankerte österreichische Empfindungen berechtigten Selbstgefühles, denen mit einer bekannten bildlichen Darstellung, der Heimkehr eines ärmlichen Mädchens zur großen Mutter Germania, nicht gedient ist, und es bietet schließlich auch fremdstaatlichen Widerständen und Vorwänden besser Widerpart als „Anschluß“. Unter dem Gesichtswinkel des gesamten deutschen Zusammenschlusses nun sind alle mechanistischen, auf dem „Gleichgewicht in der Verteilung der Bevölkerungskräfte“ beruhenden Pläne von vornher abzulehnen, da sie eine Zerstückelung lebenskräftiger Einheiten staatlicher Natur ins Auge fassen, wie es z. B. der „Frankfurter Plan“ mit der Abtretung Tirols, Vorarlbergs und großer Teile Salzburgs vom Reichsland Österreich an das verstümmelte Reichsland Bayern vorschlägt. Das heutige Österreich ist gewiß nicht Rechtsnachfolger der österreichisch-ungarischen Monarchie, aber es ist ihr geschichtlicher Nachfolger, und ist zugleich eine Rückbildung zum alpenländischen Kern der vernichteten Großmacht. Bei aller Stärke des historischen Ländergeistes, bei aller Anspannung und Überspannung der länderweisen Verwaltungsdezentralisation bildet der heutige Bundesstaat Österreich doch eine geschichtliche Lebens-

*) Albrecht Haushofer: Ein Volk, ein Staat! Jahrg. 1931, Heft 1, Seite 1.

nd Gesinnungsgemeinschaft, die nicht willkürlich nach quantitativen Rücksichten erschnitten werden kann. Österreich müßte demnach dereinst als Ganzes in das Reich eintreten. Ferner: wer die fortwirkende Kraft einer jahrhundertealten Schicksals- und Wirtschaftsvereinigung erwägt und wer nur einigermaßen die oft geleugnete und doch vorhandene österreichisch-staatliche Gesinnung eines Großteils der Bevölkerung kennt, der wird zur Überzeugung kommen, daß dieses Österreich, wenn es ein Bestandteil des Reiches wird, bis auf weiteres wesentliche Attribute der Staatlichkeit behalten muß, soweit sie irgend mit der Einheitlichkeit des Reichs verträglich sind. Nur auf diesem Weg können jene Kreise des Deutschösterreichertums, die bisher national indifferent und ganz vom österreichischen Staatsgedanken erfüllt waren, oder die nur eine deutsche Kulturnation und einen österreichischen Staat kannten, vom Reichsgedanken innerlich ergriffen werden; nur so kann der deutsche Österreicher ein fester Kitt für das Gesamtreich und für Österreich werden; nur so kann das österreichische Staatsgefühl, das Jahrhunderte ausgebildet haben und das immer von einem sehr starken länderspezifischen Heimatgefühl unterbaut war, zu einem österreichischen Heimatgefühl im Reich werden. Es ist oft auch auf die alte kulturelle und politische Tradition Wiens, seine geographische Lage, sein Wohlstand hingewiesen worden. Aus all dem ergibt sich die schon von Haus aus ausgesprochene Warnung, die ich aus dem Zentrum Österreichs wiederhole: daß Österreich und Wien nicht zu „provinzialisieren“ sind. Gesamt- und großdeutsche Vergangenheit sind nicht durch Federstriche vom grünen Tisch auszugliedern. In einer geopolitischen Zeitschrift brauche ich endlich nicht auf die unverkennbare Bedeutung des mitteleuropäischen Raumes näher einzugehen. Der Aufbau des zerstörten Mitteleuropa kann niemals von der Peripherie oder vom Osten oder Westen her erfolgen, sondern nur durch die lebendigen Kräfte der Mitte selbst, d. h. unter Führung deutschen Geistes und deutscher materieller Stärke. Österreich hat durch Jahrhunderte die Aufgabe im Osten Mitteleuropas erfüllt, auf volklich einheitlichem Boden das Problem des übernationalen Staates zu lösen. Für den Osten der Kontinentsmitte und somit für Gesamtmittleuropa kann das Sichdecken von Staat und Volk, Staat und Kultur nur die erste, gewiß nicht die letzte Notwendigkeit sein. Die Brücke für das künftige gesamtdeutsche Reich zum nichtdeutschen Mitteleuropa ist Österreich. Auch dies weist auf das Erfordernis hin, Österreich die Möglichkeit einer föderativen Eingliederung, die anfangs sogar mehr einer Eingliederung gleichen mag, offenzuhalten.

Das deutsche Volk ist groß und mannigfaltig; es verträgt innerhalb eines einheitlichen Reiches eine Abstufung der Lebensformen seiner Teile. Die deutsche Vergangenheit erlebte in der maßlosen Vielgestaltigkeit ihr tragisches Schicksal. Möchte der Weg zur gesunden deutschen Zukunft nicht durch Überspannung des Einheitlichkeitsgedankens verbaut werden!

ERICH OBST:

Berichterstattung aus Europa und Afrika.

Zusammenbruch der österreichischen Kreditanstalt — Chequers — Frankreichs Druck auf Österreich und Englands Eingreifen — Die deutsche Notverordnung — Hoovers Vorschlag eines Schuldenerlaubes — Frankreichs verklaustriertes „Nein“ — Auswirkung auf die Vorbereitung zur Abrüstungskonferenz — 700-Jahr-Feier Ostpreußens — Rekordfahrt des „Schienenzeigers“ von Hamburg nach Berlin.

Mitteleuropa ist im Juni von schweren politischem Beben heimgesucht worden. Der Zusammenbruch der österreichischen Credit-Anstalt brachte zunächst unserem Bruderstaat im Südosten eine allgemeine Staatskrise. Dann brandete die hierdurch ausgelöste Mißtrauenswelle gegen Rumänien, Jugoslawien und Italien und stürmte am Ende mit ungeheurer Gewalt gegen das Deutsche Reich an. Vollends nachdem in der Öffentlichkeit verkündet wurde, daß als nächster Schritt der Reichsregierung der Antrag auf ein Transfermoratorium zu erwarten sei, wurden die ausländischen Geldgeber von schwerer Nervosität gepackt; es kam zu einer Zurückziehung der kurzfristigen Kredite in einem solchen Umfang, daß die Reichsbank diesem Ansturm kaum mehr gewachsen war und die überaus starken Devisenabgaben bis hart an die Grenze der 40prozentigen Mindestdeckung der deutschen Notenbank führten. Wäre in diesem Augenblick die Regierung Brüning gestürzt worden, so wäre mit dem finanziellen und politischen Zusammenbruch des Reiches bestimmt das Ende der bürgerlichen Ordnung in Deutschland gekommen. In zwölfter Stunde ist die Katastrophe noch einmal abgewendet worden, und gerade bei dieser Behebung der außerordentlich ernsten Krisis treten geopolitische Gesichtspunkte von erheblicher Bedeutung hervor.

Was bei dem Wochenendbesuch der deutschen Minister Brüning und Curtius in Paris mit Chequers besprochen worden ist, entzieht sich der Kenntnis der Öffentlichkeit. Sicherlich aber ist schon hier die Grundlage zu dem gelegt worden, was dann Zug um Zug folgte. Frankreich war an sich willens, dem finanziellen und politischen Zusammenbruch Österreichs zu steuern, wollte aber seine Geldhilfe an politische Bedingungen abhängig machen. Brutal und eindeutig forderte Frankreich von Österreich als Entgelt für den in Aussicht gestellten Kredit den förmlichen Verzicht auf jede wie immer geartete Anschlußpolitik. Diese klug gedachte Ausnützung der wirtschaftlichen Krisis Österreichs ist durch entschlossene M

ahmen der Bank von England durchkreuzt worden. England gab die erforderlichen Mittel im Sinne eines reinen Bankengeschäfts ohne politische Klauseln und rettete Mitteleuropa dadurch vor einem neuen politischen Diktat seitens Frankreichs. Daß bei diesem Schritt die Belange der englischen Kontinentalpolitik im Vordergrund standen, daß man das Geld weder um der schönen Augen der Wienerinnen willen noch aus einem freundschaftlichen Wochenend-Sentiment für Deutschland gab, versteht sich von selbst. Für England kam es ganz einfach darauf an, die bedrohlich günstige Gelegenheit zur wesentlichen Stärkung der französischen Hegemonie zu ereiteln. Darum handelte die Bank von England schnell und entschlossen. Aber ihre Maßnahmen wurden von der gesamten deutschen Nation freudig begrüßt, weil sie beiden Staaten deutscher Nation den Sieg der französischen Politik am unmittelbarsten und teuersten hätten bezahlen müssen.

Inzwischen hatte sich die Lage in Deutschland in so ungemein gefährlicher Weise zugespitzt, daß eine Rettungsaktion großen Stils erforderlich war, um unübersehbare Katastrophen abzuwenden. Die innerpolitische Unterbauung des Rettungsverkes hatte das Kabinett Brüning durch die neueste Notverordnung besorgt. Diese augenscheinlich in großer Eile zustande gebrachte Notverordnung enthält viele soziale Ungerechtigkeiten und Mängel, die entsprechend in allen politischen Lagern Deutschlands gerügt werden. Trotzdem bekundete z. B. die Sozialdemokratische Partei so viel staatsmännische Einsicht, um ungeachtet sehr schwerer Bedenken die Regierung Brüning deswegen nicht zu stürzen. Brüning konnte also mit der Notverordnung als Besuchskarte in der Hand nicht nur in Chequers erscheinen, sondern diese letzte gigantische Kraftanstrengung des deutschen Volkes bei den Sondierungen in Europa und Amerika geschickt verwenden. Wieweit die amerikanischen Botschafter, wieweit die englischen Staatsführer mitgeholfen haben, um in Washington das erforderliche Echo zu verstärken, wird erst später die Geschichte lehren. In jedem Falle bleibt es eine weltpolitische Tat ersten Ranges, daß der Präsident der Vereinigten Staaten, Hoover, am 21. Juni jene erlösende Erklärung bekanntgab, in der er den Aufschub aller Regierungsschulden für ein Jahr, beginnend mit dem 1. Juli 1931, vorschlug.

Im Falle einer allgemeinen Annahme des in der Hoover-Botschaft vom 21. Juni formulierten Vorschlages würde Deutschland ein „Reparations-Ferienjahr“ zubilligt erhalten und in der Lage sein, die in dieser Zeit fälligen Tribute in Höhe von rund 1500 Mill. RM. für sich zu verwenden. In dieser uns gewährten Atempause mußten deutscherseits alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um die Tributfrage einer gerechteren und vernünftigeren Lösung zuzuführen. Zugleich werden die innerdeutschen Verhältnisse von Grund auf zu reformieren sein, um der Welt zu beweisen, daß wir den erforderlichen Umbau unseres Hauses aus eigenen Kräften besorgen und keines diktatorisch schaltenden fremden Baumeisters bedürfen. Das

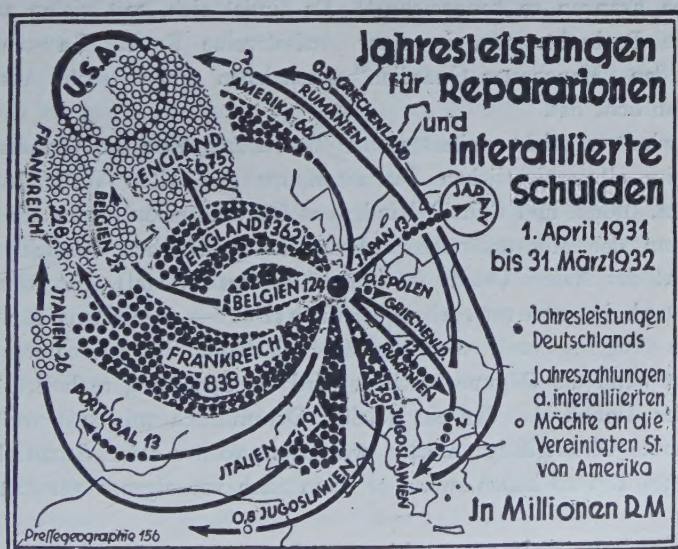
Gefahrenmoment für das Deutsche Reich ist durch Hoovers großzügiges Vorgehen also nur erfreulich herabgemindert, keineswegs aber endgültig beseitigt worden. Nur wenn wir mit dem uns winkenden Pfund bis zum äußersten wuchern, kann wirklichen und dauerhaften Nutzen bringen.

Im Augenblick indessen ist noch nicht einmal ganz sicher, ob der Hooversche Vorschlag in seiner ursprünglichen Zielsetzung durchgeführt werden kann. Die Opfer, die Hoover den Staaten des Abendlandes und seiner eigenen Nation aufzubieten muß, um das Aufkommen des Chaos in Deutschland und Mitteleuropa zu vermeiden und die Weltwirtschaft anzukurbeln, sind gewiß recht große. Die Mehrzahl der in Frage kommenden Staaten scheint jedoch willens zu sein, um der Rettung der Welt und aller seiner Teile willen diese Opfer auf sich zu nehmen. Eine Ausnahme bildet vorläufig jedoch — Frankreich und mit ihm Belgien. Das mit ungeheuerlichen Rüstungsausgaben belastete Frankreich vermeint die deutschen Beiträge nicht entbehren zu können, ohne sein Rüstungsprogramm wesentlich einschränken zu müssen. Und da es von den verkrampften Rüstungen nicht Abstand nehmen will, bemüht es sich, den Plan Hoovers sehr wesentlich umzugestalten. Der amerikanische Präsident will den Young-Plan für ein Jahr außer Kraft setzen; Frankreich möchte, daß die ungeschützten Annuitäten weitergezahlt werden und daß, im Falle diese Beträge als Anleihe in Deutschland bleiben sollten, hierfür die entsprechenden Zinsen gezahlt werden. Nach den neuesten vorliegenden Nachrichten zu urteilen, scheint Amerika fest bleiben zu wollen. Erweist sich das als endgültige Tatsache, so wäre damit zugleich der internationale Kampf um die Rüstungseinschränkungen eingeleitet. Die Maßnahme von Hoover erhielte dadurch eine über die ursprüngliche Absicht hinausgehende Wirkung. Frankreich wäre gezwungen, schon jetzt endgültig Farbe zu bekennen und zu erklären, ob es wirklich dem Frieden dienen oder sich durch ungeheuerliche Rüstung im eigenen Lande sowie Unterstützung der Rüstung seiner Bundesgenossen auf neue kriegerische Abenteuer vorbereiten will. In diesem Sinne bedeutet der Hooversche Plan für Frankreich in der Tat nicht bloß eine finanzielle, sondern eine eminent politische Angelegenheit. Die Welt spürt allenthalben, wie schicksalhaft namentlich für Europa die Antwort ist, die Frankreich zu geben hat. Bleibt Frankreich bei seiner einstweilen vorsichtig verklausulierten „Nein“, so wird es dadurch die englisch-amerikanische Zusammenarbeit wesentlich verstärken und am Ende auch auf die Abrüstungskonferenz einer geschlossenen pan-angelsächsischen Front gegenüberstehen. Eine ehrliche deutsch-französische Zusammenarbeit wäre die einzige Möglichkeit, um dem Frieden und Wohlstand in Europa und in der Welt zu dienen. Die Schicksalsstunde des Abendlandes ist durch die Hooversche Botschaft ganz wesentlich nähergerückt.

In Anbetracht der überragenden Bedeutung, die dem amerikanischen Vorschlag für die wirtschaftliche und politische Zukunft unseres Berichtsgebietes zukommt,

halten wir es für angebracht, mit den daraus abzuleitenden geopolitischen Perspektiven für dieses Mal zu schließen. Wir fügen nur noch zwei Notizen an, die gerade uns Deutsche in dieser furchtbaren Notzeit mit berechtigtem Stolz erfüllen: die 700-Jahr-Feier des deutschen Ostpreußens und die Fahrt des „Schienenzepp“ von Hamburg nach Berlin. Im Jahre 1231 setzten die Brüder des Deutschen Ordens über die Weichsel und leiteten damit eine der größten kolonisatorischen Taten des Deutschtums ein. Die altherwürdige Marienburg gab den eindrucksvollen Rahmen für eine weniger nach außen als nach innen gerichtete Feier ab zur Freude an stolzer Erinnerung und als Mahnung bleibender Forderung für die Zukunft. — Die in der Nacht vom 20. zum 21. Juni ausgeführte Probefahrt des Kruckenbergischen Propellerwagens von Hamburg nach Berlin hat in der ganzen Welt starkes Aufsehen erregt. Was für Möglichkeiten zur Ausgestaltung des nationalen und internationalen Schnellverkehrs sich hieraus ergeben können, ist im Augenblick auch nicht entfernt abzusehen. Unsere Leser werden sich erinnern, daß sich Kruckenberg selbst in der „Zeitschrift für Geopolitik“ (1930, S. 935 f.) bereits zu diesem Punkte geäußert hat.

(Abgeschlossen am 25. Juni 1931.)



KARL HAUSHOFER:

Bericht über den indopazifischen Raum

Geopolitik der chinesischen Ströme — Dammbrochgsgefahr! — Selbstbestimmungsbewegung Islam und Christentumerneuerungskrise und Zahlenwerte der Islamanhänger — Kolonialausstellung und anamitische wie burmanische Unruhen — Indien und europäischer Regierungsoptimismus — Konferenzverschiebung auf 5. 9. und sonstige Beklemmungen — Struktur-schwierigkeiten im Hintergrund — Soziologische Widersprüche und Patels Offenherzigkeit in England — Zentralistisches von der Nanking-Regierung — Ihre Länderschwierigkeiten in Szechuan, Kanton und Shanghai — Küstengewässerfrage — Japanisch-russischer Fischereistreit — Bildungspolitik in Formosa und Widersprüche der gelben Erde — Friedenszustand Afghanistans? — Sowjetironie.

„Die politischen Kräfte in China erinnern an die chinesischen Ströme — der Dammdruck ist ungeheuer, aber unsichtbar; erst wenn die Dämme brechen, kommt die Höhe der Spannung daran zum Bewußtsein. Gewöhnlich verrechnet sich der Besucher mit der Gewalt der Strömung, mit dem Ergebnis, daß er die Größe der Schwierigkeiten der Regierung unterschätzt und ihren Leistungen nicht ihr Recht gibt.“

Das ist ein echt geopolitischer Vergleich, der mindestens der Stromlebigkeit einer „echten Flußvolks“ gerecht wird, was die Chinesen im Grunde waren (wie Nadeln ja auch die Franken so kennzeichnet). Er findet sich, mit vielen anderen ausgezeichneten Beobachtungen, in einer Aufsatzreihe R. H. Tawney, die der „China für den „Manchester Guardian“ geschrieben und in sechs Abschnitten im Mai veröffentlicht hat.

Aber gewinnt er nicht weitertragende Bedeutung über die Chinafrage hinaus für alle vier altgeschichtlichen Zerrungsräume der Alten Welt: Inner-Europa, Nahen Osten, Indien und China? Mindestens für die beiden davon, die einwandfrei in den Bann der Monsunländer und des indopazifischen Bereichs fallen (der Schwerpunkt des Nahen Ostens ist immerhin umstreitbar!), gilt es sicher: Der Dammdruck ist enorm, aber unsichtbar — wenigstens für geopolitisch ungeschulte Augen, denen man deshalb allerhand Spiegelfechtereien vormachen kann. „Erst wenn die Dämme brechen, wird die Spannung realisiert.“ Dann aber ist auch das Unheil da, das ein solcher Dammbroch mit sich verbreitet; und mancher heute Gleichgültige möchte wünschen, vorher seine Schaufel Erde zu halten hingestiftet zu haben, wenn er dann auch vor eigenen verwüsteten Fluren steht.

Denn chinesische Ströme marschieren unberechenbar über Land, wenn sie die Dämme einmal niedergerissen haben. Man schaue nur etwa in Günthers Hwanghs Buch, oder mache sich übertragend klar, wie es wirken würde, wenn der Rhein von Mannheim ab rechts in die Kieler Förde oder links durch die Maas in den Kar-

abiegen würde, allerhand sündhaft Vieh und Menschenkind dazwischen ersäufen, auch Kapital gefährden, sogar in Siegervölkern, bei befreundeten und verbündeten Nationen. Aber wir konstatieren aus Ressortehrfurcht diese — jählings Schranken ortspülende — Kraft nur im indischen und chinesischen Raume. In diesen beiden über hat sie sich im Mai und Juni 1931 wieder neu geöffnet. Für Indien und China hat sich England immer noch über die Spannungshöhe geirrt. Für beider gemeinsames Zukunftswirken aber täuschen sich auch die Goldhorte der Erde, S.-Amerika und Frankreich, wenn auch das erste 42% des Goldschatzes der Menschheit besitzt, und Frankreich nur etwa 20%. Wer fängt mit Goldreserven Menschenströme wieder ein, wenn wirklich alle Dämme dem „enormen Druck“ weichen?

Geopolitik muß vorbeugen und warnen! Gouverner c'est prévoir?

Weite Gebiete des indopazifischen Raumes zugleich umfaßt weiterhin eine Frage, die in „The Week“ vom 30. 4. 1931 (Bd. VIII, Nr. 26, S. 401 ff. und 408) angeschnitten wird: Wie werden sich ein das eigene Schicksal bestimmendes Indien, China, wie die Zwischenwelt des Islam zwischen Nahem und Fernem Osten gegen das Christentum verhalten? Die Sachverständigen sind offenbar weit weniger von dem ablehnenden Standpunkt Gandhis, als dem duldsamen Sun-Yat-Sens und seiner Nachfolger befriedigt. Auch hier zeigt sich eben, daß Jung-Indien autokratischer sein wird als Jung-China, und die fremden Glaubensboten möglicherweise eben heißen wird. Viel kommt dabei an auf die Übersetzung der Worte Gandhis, „to ask“ oder „to like them, to withdraw“ (sich zu verziehen)! Aber der Wortlaut „withdraw“ bleibt eben doch bestehen und: „Wir haben kein Bedürfnis, geistig konvertiert zu werden“ („we need no converting spiritually“), und „Indien hat nicht Not, von einem Glauben zum andern bekehrt zu werden“ (India stands in no need of conversion from one faith to another“).

Das scheinen uns sehr grundsätzliche, zuletzt doch erdgegebene Meinungsverschiedenheiten! Daß der Islam gleichzeitig durch eine Erneuerungskrise durch, verschärft die geopolitische Lage nur; und viele werden uns deshalb für den Hinweis auf die Arbeiten des orientkundigen Jesuiten Fr. Lammers („Algerien“, dann „En terre d'Islam“, Algier) und die Weiterverbreitung der Arbeiten der „Week“ über die augenblickliche Zahlenwucht des Islam dankbar sein. In den 7 Jahren seit dem Todesstoß, den Kemal Pascha gegen die Kalifatsidee führte, hat sich dieser Zahlenbestand offenbar nicht sehr abgeschwächt! Allerdings sind die zwei Anläufe in Kairo und Mekka, nun den Kalifen durch panislamische Kongresse zu ersetzen, fehlgeschlagen, auch Barkat Alis Rätssystem als oberste Instanz — eine Idee, die aus der Sowjetideologie stammt. Der türkisch-arabische Gegensatz erschwert jede einheitliche Leistungsmöglichkeit der etwa 250 Millionen Mohammedaner, von denen nur 12 rein arabischen Blutes sein mögen, 26 arabisch rechnen, so daß die arabische Gruppe nur 38 Millionen stark ist, gegenüber einer

türkischen von etwa 34 Millionen, davon 11 in der Türkei. Mindestens 73 Millionen (vermutlich weit mehr!) sollen in Indien, 50 (sicher weit mehr) im Malaienberaum überwältigende Mehrheiten gegenüber Nahost besitzen!

Daneben verweisen die katholischen Missionsberichte mit Recht auch noch auf die Querspaltung zwischen Sunniten, mit etwa 220 Millionen, 91 (?) % (zerfahren die laisierten Kemalisten, die nationalistischen und modernistischen Ägypter, die Inder, die kommunistischen Islamanhänger in den Sowjets), zwischen überordenodoxen 3 Millionen hanbalischer Wahabiten und zwischen den um Persien örtlich konzentrierten Schiiten mit ihren etwa 22 Millionen, deren Radikale einander heftig publizistisch und handgreiflich bekriegen.

Dennoch mehrt sich die Gesamtzahl. Massignon schätzt sie 1929 auf 246 Millionen bei starker Vermehrung; Steigerung seit der letzten Weltzählzahl um etwa 20 Millionen! Alger, Java haben starke Volksvermehrung; Indien, Afrika zeigen unzweifelhaften Proselytenerfolg. Bis auf etwa 35 Millionen untersteht der ganze Islam weißen Regierungen, aber nicht sehr bereitwillig. Noch manche andere Zerschaft, namentlich über die Strahlungspunkte der Islampropaganda, fände sich an der bezeichneten Stelle, die sicher eher Mindestwerte zu geben geneigt ist. Trotzdem steht eine immer noch zusammenfaßbare Macht hinter diesen Zahlen, wie der Rückschlag in Afghanistan, die Autonomieforderungen in Sind und der Nordwestprovinz, den ganzen Indus entlang, die Zähigkeit der ägyptischen Wafdbewegungen beweisen. So trägt auch dieses sichtliche Suchen von mindestens 211 Millionen unter etwa 250 im ganzen nach anderen, befriedigenderen Lebensformen nicht zur Verfestigung und Dauerprognose des status quo bei. Es richtet seine — freilich nur lange nicht geeinten — Spitzen unzweifelhaft gegen die Westmächte Europas und der Folge mit dem Leitwort: Freiheit gegen Verknechtung! (Vgl. Lit.-Ber. VII/3).

Den seltsamen Gegensatz auch dieser Tatsache, wie der Selbstbestimmungsbewegung Asiens überhaupt, zum Prunk der Pariser Kolonialausstellung haben wir mehrfach berührt. Es ist doch kein gutes Zeichen, wenn der Generalgouverneur Pasquier von diesem Fest Hals über Kopf nach Indochina heimreisen muß, wenn „Temps Colonial“ (Nr. 54; Nr. 55: „La situation en Indochine“ von Roland Poulaine) und „Times“ (21. 5. 31: „The Revolt in Burma“), „Journal des Débats“ (3. 6. 31: „Les Troubles d'Annam“); „Temps“ (4. 6. 31: „Indochine“) sich gerade in solcher Zeit mit so aufregenden Kopfzeilen schmücken müssen. Sie sind doch zweifellos Erinnerungen an die erste französische Kolonialausstellung unter Heinrich II. 1550 viel schöner und beruhigender!

„Government too optimistic“ schreibt man von Simla. Gilt es nicht auch von Paris und andern Weltregierungssitzen?

Sollten die Steuerleute des britischen Reiches aber auch nach Chequers und nach Spätpfingstfahrt der Deutschen zu König Nobels Hof (Reineke Fuchs blieb fest) Stimson USA. sagte sich für später an, und die Inder kommen am 5. Septem-

statt im Juni!) noch zuviel Optimismus besessen haben, so würden sie in ihrem indopazifischen Fahrwasser auf eine Klippenreihe von „hard facts“ gestoßen sein: die ungeschwächte Fortdauer der Beklemmungen im Cottoengebiet um Manchester wegen der indischen Bekleidungsautarkie und Gandhis Haltung dazu (Times of India, 9. 5. 31 z. B.); die Warnungen von Sir John Simon und Srinivasa Sastri (Next step in India; Manchester Guardian, 20. 5. 31); die Tatsache, daß Lord Willingdon seine Vizekönigsflugbahn einige Punkte unter der Stelle ansetzen mußte, wo Lord Irwin sie verlassen hatte; die anamitischen und burmanischen, nicht ganz zusammenhanglosen Unruhen; die Aufhebung der chinesischen Exterritorialität trotz aller sonstigen Zerrissenheit der Gewalten in China; die Verdunkelung der ostasiatischen Territorialgewässerfrage, die ihren Schatten weit über den japanisch-russischen Fischereistreit hinauswirft; und endlich, aber gewiß nicht an Wucht zuletzt, die Unmöglichkeit, vor der indischen Ausgleichskonferenz im September in indopazifischen Fragen Entscheidendes anzupacken.

Die Verzögerung der indischen Ausgleichsmöglichkeit, nicht -wahrscheinlichkeit! hat zuallerletzt geopolitische Gründe. Es war unmöglich, in der kurzen Zeit, seit die Teilnahme ethnisch wirklich bevollmächtigter Vertreter Indiens überhaupt in Sicht gekommen war, die Strukturschwierigkeiten des Ineinandergreifens von Islam- und Hindumehrheiten, sowie die Interessengegensätze in den Fürstenstaaten zu überwinden. Weder die Stimmung („Atmosphere of good will, good feeling and mutual understanding“), noch vor allem die Elemente einer brauchbaren Konstitution (die geojuristische Seite!), waren, wie Sir John Simon zutreffend beim Bombay-Dinner als Ehrengast betonte, genügend ausgereift.

„Geduld, Diskretion, Hingabe und maßvolles Urteil“ — lauter Eigenschaften, die Simon mit Recht für unentbehrlich bei dem Lösungsversuch hielt, werden aber schon durch weite räumliche und rassische Trennung auf schwere Belastungsproben gestellt, und durch klassenkampfverschärfte, raumblinde Parteigegensätze noch mehr gefährdet. Das ist die besondere Schwierigkeit einer sozialistischen Regierung imperialistischen Problemen gegenüber, wie Abrüstung von Kolonialreichen usw.

So ist es eine gebrechliche Fracht geopolitischen Porzellans, das vom Juni bis September noch directionslos in aufgeregten Wellen schwimmt, soweit indopazifische Einwirkungen in Betracht kommen; das äußert sich wohl für die Alte Welt darin, daß die britische Politik mindestens bis dahin nur einen Kampf um Zeitgewinn führen kann mit dem Leitwort: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. Vielleicht bringt sie das sogar zu kleinen Opfern an anderen Stellen. Furchtbar heizte dabei Patel in London den regierenden britischen Sozialisten ein, als er sie fragte: „Wie kommt es, daß die sozialistische Partei in den letzten zwölf Monaten eine seit der Meuterei (1857) unbekannte Unterdrückungspolitik in Indien geduldet hat?“, als er Macdonald bat, die Hand aufs Herz gegen diese Verleugnung seiner

Besonders heftig umstritten war Shunking, auf das die Regierung vier Vorstöße (über Wusheng, Pishan, Tungliang und Hachuang) ansetzte.

Die Kräfte wurden geschätzt: für Yang Sen (20. Armee) auf 30 000 Mann; für Liu Hsiang (21. Armee) auf 70 000 Mann; Liu Wen Hui (24. Armee) auf 70 000 Mann; ihre Gegner Teng Shi-ho (früher ernannter Provinzchef; 28. Armee) auf 10 000 Mann, Tien Sung-yao (29. Armee) auf 30 000 Mann. Daneben fechten noch, angeblich regierungsfreundlich, Li Chi-hsiang mit der neuen 6. Division (10 000 Mann), und Loo Chohchow mit der 23. Division (8000 Mann). Der Postlauf von Tschuan zur Küste, einst in der Läuferzeit 5 Tage zwischen Chengtu und Chungking, beträgt nun 8, mit oft 14 tägigen Unterbrechungen; und der so oft gerühmte Luftverkehr scheint mehr auf dem Papier zu stehen.

So stehen Vorgänge, wie die neue Regierungsaufstellung in Kanton mit Eugen Chen als Triebfeder, und Sun Fo als Aushangsschild durchaus nicht vereinzelt im Jahreslauf. (China Expr. Spplt. 1931, S. 85.)

Nicht zum erstenmal wird unsern Lesern innerhalb solcher Umschwünge die geopolitische Anomalie von Schanghai als Prototyp gefährdeter Wachstumspitzen auf fremdem Kulturboden gezeigt. Ein schonungsloser Warnruf des „Economist“ (2. 5. 1931, S. 634), und die Kolonialpressenerörterung der Berichte des Südafrikaners Feetham (vgl. Lit.-Ber.) über den Zustand des dreigeteilten Emporiums bietet erneuten Anlaß, weil Schanghai — mit einem weltwirtschaftlichen Rückschlag ohnegleichen — durchaus einmal das Geschick von Smyrna von 1922 in riesenhaftem Maßstab erleben könnte. „Die Welt ließ das viel lebenswürdigere Smyrna zugrunde gehen, ohne einen Finger dafür zu rühren.“ Bis jetzt ist Schanghai in allen chinesischen Wirren geschont worden. Bis jetzt! Als es 1928 in der internationalen Niederlassung 855 000 Chinesen, in der französischen 358 000 und in seinem Verwaltungsbereich im ganzen 1 513 000 Chinesen enthielt, und im Gesamtumfang verstädterter Landschaft neben fast 3 Millionen Chinesen etwa 50 000 Weiße (die neben ihren 9 Ratssitzen 1928 3 und 1930 5 Wahlsitze an die eigentlichen Herren des Bodens zugestanden), wurde dem Rat selbst bei seiner Gottähnlichkeit bange und er suchte sich weiteren Rat. Denn so, wie sie ist, kann die Dreiteilung schwerlich fortbestehen, so wenig, wie das im höchsten Grad labile geopolitische und ethnopolitische, wie soziopolitische Gleichgewicht der ganzen Yangtse-Mündungslandschaft.

Inzwischen wehrt sich China weiterhin gegen die Ausbeutung seiner Küstengewässer durch den japanischen Fischerei-Raubbetrieb; es verbot Fahrzeugen unter 100 t vom 1. Mai ab den Zutritt zu chinesischen Häfen, und die Ausladung von Fischen in China ohne ausdrückliche Ladeberechtigung. Das japanische Außenamt ersuchte die chinesische Regierung, das Verbot aufs neue in Erwägung zu ziehen, aber diese gab nicht nach. Das Wegrollen des Kantoner Rades vom Staatskraftwagen (wie es eine Spottzeichnung darstellt), muß die sogenannte Zentral-

regierung noch nackensteifer machen; sonst würden sich Eugen Chen und Su Fo in Kanton auch noch diesen Wind in die Segel fangen. So sehen wir schnell, daß in Heft VI ausgesprochene Vorhersage erfüllt, daß sich der japanisch-russische Fischereistreit bald in eine größere chinesische Küsten- und Territorialgewässer-Rechtsfrage ausdehnen werde, die noch viel weniger zur Ruhe kommen kann (Vgl. auch North China Herald, 1931, S. 118: „Russo Japan Fisheries“; mit einer ziemlich guten, wenn auch verworrenen Übersicht der Frage.)

Wieviel daneben an bewahrender Kraft immer noch in der gelben Erde steckt, das zeigt ein lebenswahres, liebenswürdiges Buch: Pearl E. Buck: „The Good Earth“, London, 1931; Methuen) über das Wesen einer chinesischen Landfamilie unserer Tage.

Aber abgesehen davon, daß auch über solchen, noch weitverbreiteten Idyllen der Schatten klimatischer Veränderungen liegt (Climatic Changes in China; North China Herald, 31. 3. 31, über den Vortrag von Dr. Coching Chu, auf Grund bienenfleißiger Arbeit aus den chinesischen Annalen, mit z. B. nur elf allerschwersten Wintern in 1500 Jahren), werden die neuen chinesischen Arbeitsgesetze — ausgearbeitet von im Ausland erzogenen jungen Intellektuellen, wie M. T. Tcho — und die Sowjetarbeit im kontinentalen chinesischen Hinterland — diese Stetigkeit der chinesischen Erde schneller ändern, als es selbst den heutigen Machthabern lieb sein mag.

In seltsamem Gegensatz zu dieser scheinbaren Fortschrittlichkeit steht, bei so chem Vertrauen in Pseudo-Wissenschaft, das Mißtrauen gegen echte Forschungsarbeit in China, das z. B. Sir Aurel Stein zum Aufgeben seiner begonnenen Arbeiten in Ostturkestan nötigte, das seinerzeit Trinkler, wie Sven Hedin als hemmend und lästig empfanden, das sich selbstverständlich auch gegen neue japanische Unternehmungen in der inneren Mongolei richtet, aber die russische Außerlockerung nicht fernzuhalten vermag. Daran werden auch 1 Million Dollar Silber im neuen Etat für chinesische geographische, biologische, anthropologische und archäologische Forschungen im fernen Nordwesten wenig ändern. Das ist zuwenig Geld und Geisteskraft für so viele Zwecke und so weite Räume.

Allerdings: wenn auf der andern Seite die Japaner („Education in Formosa“, North China Herald, 5. 5. 31) sich rühmen, in 30 Jahren fertiggebracht zu haben, was China in 300 nicht leisten konnte, so stachelt das den chinesischen Stolz; und er erwidert, daß trotzdem nur etwa 200 000 Japaner und 200 000 Malaien, dagegen über 31½ Millionen Chinesen auf der Insel lebten, die eben in Wahrheit um ihr Selbstbestimmungsrecht geprellt würden, wie die 21 Millionen Koreaner auch. Hemmungslose Fortschrittsfreude hat eben auch ihre Schattenseiten! — Allah Nawaz Chan (Times of India, Mai 1931), obwohl Adjutant König Nadir Shahs, „eines hart arbeitenden Königs“, wie er sagt, würde sich mühen müssen zu beweisen, „daß heute tiefster Friede überall in Afghanistan herrsche“, „daß

herheit der Verkehrswege absolut sei“. Auf der andern Seite dieser Wege, z. B. Peschawar, hat man dieses Gefühl nicht im gleichen Grade! Aber es hört sich an, wenn wenigstens der eine Teil zufrieden ist. Auch die Sowjets sind es ihrem Holz- und Weizenüberschuß, den andere wieder Dumping nennen; und behaupten, die Briten könnten von ihnen das schönste und billigste Brot der Welt haben.

Nur kommt es West und Ost vielleicht auf die Dauer teuer!

(Abgeschlossen Mitte Juni 1931.)

OTTO MAULL:

Berichterstattung aus der amerikanischen Welt

Chequers und die Vereinigten Staaten — Die Lage in den Vereinigten Staaten — Mexiko — Brasilien — Argentinien — Das österreichische Kolonisationsprojekt Thalers — Mißbrauch der Macht in Lateinamerika — Amerikanische Zollunionspläne — Hoovers Angebot.

Im Vordergrund der Weltpolitik steht die Unterredung von Chequers. Es ist selbstverständlich nicht die Aufgabe des amerikanischen Berichts, deren Bedeutung das Deutsche Reich und Europa zu würdigen. Lediglich Chequers und die Vereinigten Staaten ist das Thema, dessen Behandlung freilich unter zwei Umständen bitter leidet, der mangelnden Einzelkenntnis über die Besprechungen von Chequers und der außerordentlichen Zurückhaltung des offiziellen Amerika, das vom Standpunkt verharret, daß es für die amerikanische Regierung nicht angeht sei, ohne einen Schritt des Deutschen Reiches oder der früheren Verbündeten die Kriegsschuldenfrage Stellung zu nehmen. Theoretisch wird man diese Einstellung, von Amerika aus gesehen, durchaus billigen müssen. Ob ihre Voraussetzungen aber noch lange praktisch gegeben sein werden, ist sehr zu bezweifeln. Wenn mit Chequers ist wieder eine neue Phase der Versuche angebrochen, die ökonomisch-wirtschaftliche Welt von ihren Leiden zu befreien. In keiner der vorausgegangenen hat die Union abseits stehen können. Sie kann es auch in der gegenwärtigen nicht. Trotz aller Reserviertheit der Regierung ist die Fühlungnahme mit Europareise Stimsons geplant, dessen Besuch anfangs August in Berlin erwartet wird. Geht es doch schließlich um nichts anderes als um die Verhinderung des Zusammenbruchs, der einem der wirtschaftlich wichtigsten politischen Organismen droht, und der leicht in seinem Sturz andere mit sich ziehen könnte. Wie sich Amerika gegenüber dieser Lage zu verhalten gedenkt, ist keineswegs eindeutig zu übersehen. Denn Hoover meint immer noch die Revision der Kriegsschulden mit den Ergebnissen der Weltabrüstungskonferenz verknüpfen zu müssen. Er stützt sich dabei auf das Urteil der amerikanischen Sachverständigen über die deutsche Wirtschaftslage: das Deutsche Reich könne die Reparationslast weitertragen, bis zu

übersehen sei, ob sein wirtschaftlicher Tiefstand auf die Weltwirtschaftskrise oder auf die politischen Verhältnisse zurückzuführen sei. Man muß an dem amerikanischen Präsidenten die Gabe zu theoretischer Zergliederung bewundern, die das Rätsel gelöst zu haben, wenn sie das Ganze in Teile zerlegt, und die sich der verhängnisvollen Meinung hingibt, als ob politische und wirtschaftliche Krisen überhaupt reinlich zu sondern seien, und als ob nicht beide sich in wechselseitiger Einwirkung bedingen. Wir möchten doch dem amerikanischen Präsidenten ernstlich die Ausführungen über die Weltkrise in Heft 3 S. 201 dieser Zeitschrift empfehlen, die seinen Anschauungen vermutlich eine allgemeinere Basis zu geben vermöchten. Dagegen wird es sehr schwer halten, auch den nötigen Unterbau der offiziellen politischen Moral Amerikas zu finden. Denn wenn sich Amerika zum Richter über das Verhalten Europas auf der Weltabrüstungskonferenz aufspornen so vergißt es dabei seine erhebliche Mitschuld am Zusammenbruch Europas, ohne Amerikas Teilnahme am Weltkrieg niemals ein solches Ausmaß angenommen hätte, wie es heute zu beobachten ist. Es ist verständlich, daß Amerika keine europäischen Kriegsrüstungen bezahlen will. Im gleichen Sinne müssen Amerikas Bemühungen um die Abrüstung nachdrücklich begrüßt werden. Ein glücklicher Zustand wäre gewonnen, wenn das Beispiel der Vereinigten Staaten, die Wehrkraft auf ein Mindestmaß zu beschränken, besonders bei den hochmilitarisierten Staaten Nachahmung fände. Laut der Mitteilungen an das Völkerbundssekretariat ist gegenwärtige Rüstungszustand auf 139 957 Mann und 13 080 Offiziere der Landstreitkräfte und 109 886 Mann und 10 420 Offiziere der Marinestreitkräfte beziffert worden. Die Luftstreitkräfte belaufen sich auf 27 324 Mann. Es werden 10 752 Flugzeuge mit einer Gesamtmotorenstärke von 1 028 745 PS, 5 Luftschiffe mit etwa 1 Mill. cbm Verdrängung, 1 251 850 t Gesamttonnage der Kriegsschiffe angegeben. An Rüstungsausgaben wenden die Vereinigten Staaten 350 Mill. Dollar für das Landheer, 375 Mill. Dollar für die Flotte und 150 Mill. Dollar für die Luftstreitkräfte auf. Auf diese offiziell mitgeteilten Zahlen gedenkt sich natürlich die amerikanische Regierung immer wieder zu stützen. Sie sollen auch nicht kritisiert werden, sondern sie wollen nur richtig gelesen werden. Ohne solche vernünftige Deutung könnte ihre simple Zahlensprache behaupten wollen, daß hinsichtlich der Landstreitkräfte selbst das Deutsche Reich noch zu stark militarisiert ist. Allein ein solcher Täuschungsversuch darf den Angaben bestimmt nicht vorgeworfen werden, da in dem offenkundigen Mißverhältnis von Mannschaften und Offizieren des Landheers — auf 10 Mann kommt 1 Offizier — sehr eindeutig ausgedrückt ist, daß im Ernstfall noch genügend ausgebildete Reserven, militärisch organisiert, Verbände und die Miliz, deren Kriegsstärke etwa allein 3 Mill. Mann ausmacht, im Hintergrund stehen, die von dem Heer von Offizieren zu befehligen wären. Von einer wirklich wirkungsvollen Abrüstung kann darum auch in Amerika nicht gesprochen werden. Amerika hat deshalb kein Recht dazu, den Triumph der

istung ausspielen zu wollen, wenn auch zugegeben werden muß, daß andere Staaten in einer ganz anderen Weise gerüstet sind als die Union.

Vermutlich wird aber die politische Entwicklung der Erde, noch bevor es zu den Beratungen auf der Abrüstungskonferenz im nächsten Februar kommt, auch Amerika zum Handeln zwingen. Diese Sachlage wird von einigen Amerikanern, denen es nicht um den amerikanischen Eigennutz, sondern um das Weltganze deshalb geht, weil Amerikas eigenes Schicksal damit aufs engste verknüpft ist, in erfreulicher Klarheit überschaut. Im Gegensatz zur offiziellen Haltung der Regierung hat sich Senator Borah offen über den Gesamtkomplex der schwebenden Fragen ausgesprochen: „Eine Regelung der Reparationsfragen scheint mir eine wirtschaftlich und auch sonst in ihren Grundlagen gesunde Maßnahme zu sein. Die Nationen, die von Deutschland Reparationszahlungen erhalten, haben hiervon keinen Vorteil. Ebenso wird niemand einen Vorteil davon haben, wenn man Deutschland durch Zwangsmaßnahmen in einen vollkommenen wirtschaftlichen Zusammenbruch hinführt. Bei einer Betrachtung der Revision der Schulden und der deutschen Zahlungsfähigkeit darf man nicht außer acht lassen, daß neben der Wirtschaftsdpression ein Hauptgrund, der es für Deutschland schwieriger gemacht hat, seinen Verpflichtungen nachzukommen, die ständig anwachsende Last der Rüstungen ist, die von anderen Nationen als Deutschland ausgehen und die eine klare und absehbare Verletzung des Versailler Vertrags darstellen“ (nach der „Frankfurter Zeitung“). In ganz ähnlicher Weise hat Houghton, der frühere amerikanische Botschafter in London und Berlin, in Ausführungen, die er im Carnegie-Institut gemacht hat, die Lage des Deutschen Reiches in ihrem Verhältnis zu Amerika skizziert: im Vergleich zu der anderer Staaten unterscheide die des Deutschen Reiches sich durch den Verlust der Kolonien und eines wesentlichsten Teils der Absatzmärkte und durch die Reparationslast. Man könne sich aber nichts Unglücklicheres als einen Zusammenbruch des Deutschen Reiches in der gegenwärtigen Zeit denken, den er aber keineswegs für unmöglich halte, weil das Deutsche Reich nicht auf die Dauer die Reparationslasten durch ausländische Anleihen bestreiten könne. In Parallele dazu ist der Liberale Young im Kanadischen Unterhaus für die Streichung der Reparationen eingetreten. Auch darüber hinaus wird in viel weiteren Kreisen die Lage des Deutschen Reiches als sehr ernst, wenn auch nicht ausgesprochen kritisch angesehen. Auch die inneren politischen, sich in Unruhen äußernden Schwierigkeiten in Deutschland sind nicht ohne Eindruck in Amerika geblieben, der zunächst auf finanziellem Gebiet Rückwirkungen gezeitigt hat (Sturz der deutschen Dollarbonds, Zurückziehung amerikanischen Geldes aus Mitteleuropa). Dagegen hat die Erhöhung des Reichsbankdiskonts als Zeichen der Zusammenarbeit von Regierung und Reichsbank, die zu Verkäufen von Millionen Dollar schreiten mußte, die allgemeine Billigung in Amerika gefunden.

Die Stellung Amerikas zu den europäischen, speziell zu den deutschen Fragen

wird natürlich in höchstem Grade durch die Lage in den Vereinigten Staaten beeinflusst. Sie ist nach wie vor alles andere als rosig. Sie verlangt dementsprechend Zurückhaltung, aber auch ernsthafte Bemühungen um Besserung. Staatshaushalt spiegeln sich die Schwierigkeiten im Defizit des laufenden Jahres, das sich besonders aus der Versäumnis der Regierung, die Steuerquoten rechtzeitig zu erhöhen und aus den Ausgaben, die das Farmerhilfsgesetz, die Arbeitslosenversicherung und die Bonus-Bill gefordert haben, erklärt. Im kommenden Finanzjahr wird sich vor allem der Einkommenrückgang infolge der Wirtschaftsdepression geltend machen („Wirtschaftsdienst“, Heft 21). Zur Budgetstützung ist von Senator Couzon eine Besteuerung der großen Vermögen und Erbschaften vorgeschlagen worden. Dazu mögen interessante Mitteilungen Mellons angeführt werden: überhaupt nur etwa 380 000 amerikanische Bürger zahlen 97% der persönlichen Einkommensteuer. Nur etwa 21½ Mill. Amerikaner und ungefähr 250 000 Gesellschaften zahlen überhaupt Einkommensteuer. Bei solcher Lage wird verständlich, daß man sich der Ansprüche auf die ausländischen Schuldenzahlungen nicht begeben wird, zumal auch z. T. nicht der geringste Grund dazu da ist. Denn haben ja doch sämtliche europäischen Kriegsschuldner: England, Frankreich, Belgien, Italien, Polen, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Tschechoslowakei, Ungarn, Südslawien und Rumänien, ihre Halbjahresschulden pünktlich bezahlt. Andere Möglichkeiten der Behebung des Defizits werden in der Drosselung der Ausgaben und in der Überprüfung der ganzen Steuergesetzgebung gesehen (Mellon). Über den Geld- und Kapitalmarkt der Vereinigten Staaten hat L. Oberascher schon in derselben Zeitschrift Heft 20 einen orientierenden Bericht gebracht. Auf dem Effektenmarkt war Mitte Mai ein fast allgemeiner Rückschlag zu erkennen, der z. T. Tiefstkurve erreicht hat. Besonders anfangs Mai ist die wirtschaftliche Aktivität der Vereinigten Staaten gegenüber einem schwachen Anstieg am Anfang des Jahres wieder zurückgegangen, und ein schwerer Pessimismus hat in der Beurteilung Platz gegriffen, der aber nicht von allen Kritikern geteilt wird. Immerhin waren die Frühjahrshoffnungen absolut verfrüht. Vermutlich werden eine Reihe von großen Konzernen in diesem Jahr sehr wenig verdienen, so daß die Frage zur Begleichung dieser Affäre akut wird. Dabei scheint das Bestreben obzusiegen, die Löhne nicht herabzusetzen, sondern die Preise zu erhöhen und Betriebskosten durch intensivere Produktionsmethoden zu mildern. In besonders schwerer Krise befindet sich der Immobilienmarkt, der im Handelsblatt der „Frankfurter Zeitung“ geradezu als ein Gefahrenherd für die amerikanische Gesamtwirtschaft bezeichnet worden ist. Zur Beurteilung der Arbeitslosigkeit hat der Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes die Angabe gemacht, daß mehr als 17% der Gewerkschaftler beschäftigungslos seien und bittere Not herrsche, die auch durch die ansehnlichen Unterstützungen durch Wohlfahrtsorganisationen nicht gelindert werden könne. Amerika habe seine lockende Kraft verloren. In den ersten zehn Monaten des am 1. Juli

enden Fiskaljahres ist die Einwanderung im Vergleich mit der gleichen Periode Vorjahres um 90% zurückgegangen, wobei allerdings nicht genau ersichtlich ist, wie weit dieser Rückgang auf die strenge Sichtung der Einwanderungslustigen durch die amerikanischen Konsulate bewirkt worden ist. Am Grabe Lincolns sprach Hoover über die wachsende Gesetzlosigkeit.

Vom deutschen Standpunkt aus verdankt die Notiz besondere Beachtung, daß sich im Geheimarchiv der vereinsstaatlichen Kongreßbibliothek ein Dokument befindet, das die von dem Versailler Vertrag behauptete Alleinschuld Deutschlands am Weltkrieg widerlege. Aus Gründen der Staatsräson soll es bisher geheimgehalten worden sein. Borah ist für die Veröffentlichung der Schrift eingetreten. Ob sie erfolgen wird?

Mexiko leidet unter einer außerordentlich schwierigen Wirtschaftslage (Preissteigerung des Petroleums, Entwertung des Silbers) und wartet auf die Ratifizierung des letzten Schuldenabkommens, die sich von Monat zu Monat verzögert. In Peru sind die Vorbereitungen zu einer neuen Revolution entdeckt und ist der Belagerungsstand verhängt worden. In Brasilien suchen die Kaffeepflanzer dem Druck auf die Kaffeepreise durch die Vernichtung der Kaffeevorräte, die sie ins Meer werfen oder verbrennen lassen, zu begegnen. W. Schück gibt im „Wirtschaftsdienst“ vom 22. eine Übersicht über die Erledigung der Aufgaben, die sich die brasilianische Revolution zum Programm gemacht hat, und berichtet vor allem über die neue Sozialgesetzgebung, die eigentlich allein in Angriff genommen worden ist, während die Regierung sowohl in der Kaffee- wie in der Finanzpolitik auf das Ausland verweisen hat. Für Argentinien werden in einem Aufsatz von H. Memmler „Ibero-Amerika“, A. Februar 1931 die Umwandlung der Monokulturen zu differenzierteren Kulturen unter Verwendung besonders geeigneter Pflanzen (Sojabohne, Mais, Erdnüsse, Mohn, Sonnenblume, Senf, ölliefernden Holzgewächsen, Ölbaum, Kautschukpflanzen, Obstbäumen, Kartoffel usw.), die möglichste Verknüpfung des Pflanzenbaues mit den entsprechenden Industrien und die Schaffung von Kleinbetrieben im Rahmen der Kolonisierung zwecks intensiverer Bodenwirtschaft empfohlen. Zu dem österreichischen Kolonisationsprojekt Thalers bringt die Grazer „Tagespost“ vom 11. 6. 1931 einen klugen Artikel aus Buenos Aires, der sich in vieler Hinsicht eng mit unseren Einwendungen an dieser Stelle (Heft 6) berührt. In einer Studie „Gegen Mißbrauch der Macht in Lateinamerika“ („Ibero-Amerika“, 1931, C 1) tritt Federico Nielsen-Reyes, der 1. Sekretär der bolivianischen Gesandtschaft in Berlin, der Meinung entgegen, daß die lateinamerikanischen Revolutionen aus einem Fehler der verfassungsmäßigen Organisation der einzelnen Republiken zu erklären seien. Er bespricht anschließend den Entwurf des sog. Hauptgesetzes Tamoyos, das dem Volk der Regierung gegenüber im Fall des Mißbrauchs der Macht eine Gesamtmacht geben will. Von Chiles Außenminister ist der Vorschlag einer Zollunion Amerikas zur Bekämpfung

der wirtschaftlichen Not der Einzelstaaten gemacht worden. Es ist erfreulich, daß der Gedanke der Zollunionen um die Welt kreist. Die meisten diplomatischen Vertretungen Chiles im Auslande sollen von nun an in Anbetracht der schlechten Lage ehrenamtlich verwaltet werden.

„Vermutlich wird aber die politische Entwicklung der Erde, noch bevor zu den Beratungen auf der Abrüstungskonferenz im nächsten Februar kommt, auch Amerika zum Handeln zwingen.“ Wir haben diesen Satz am Anfang des zweiten Abschnitts des vorliegenden Berichts als geopolitische Prognose niedergeschrieben, in der wir glaubten, sogar einmal das große X fast aller geopolitischen Prognosen, das ihnen oft die unmittelbare praktische Bedeutung raubt, nämlich die Zeitbestimmung, relativ genau vornehmen zu können. Wir ergänzen hier bei der Korrektur des Berichts und bekennen, daß es im Anblick der beharrlichen Reserviertheit der Regierung der Vereinigten Staaten, an der wir seit Monaten, ja seit Jahren an dieser Stelle Kritik geübt haben, ein gewagtes Unternehmen war, sich so zu deutlich auszudrücken. Allein die Zeit schien uns erfüllt. Wir waren fest davon überzeugt, daß eine falsche Prognose nicht vermocht hätte, auch nur das geringste Aufsehen zu machen, weil es ihr Schicksal gewesen wäre, in einem unausdenkbar komplizierten europäischen Wirrwar unterzugehen. Glücklicherweise sind beide Gefahren, die uns bedrohten, nebensächliche, die dem Ansehen der Geopolitik gedroht hätte, und die ungeheuerliche, die den gegenwärtigen Bestand des politischen Europa bedrohte, durch Hoovers Angebot bzw. den Vorschlag eines einjährigen Amortisationsmoratoriums und Wiederaufbauschulen abgewendet worden. Man kann die Einsicht restlos und dankbar preisen, die, durch den bestehenden Zwang über die amerikanische Regierung gekommen, von einer großen Anzahl Senatoren und Mitgliedern des Repräsentantenhauses ebenso wie von Wallstreet, ja fast allgemein in Amerika (mit Ausnahme der Hearstpresse) gebilligt wird. Der Zweck dieses Moratoriums im Sinne Amerikas ist wirtschaftliche Erholung der Welt, Erhöhung der Kaufkraft der fremden Nationen, damit Beseitigung der Ungunsthypothesen, die die wirtschaftliche Entfaltung der Vereinigten Staaten lähmen und deren Arbeitslosigkeit und das Niedrighalten der Preise der Farmprodukte bedingen. Innere wirtschaftliche, besonders auch finanzwirtschaftliche Notwendigkeiten haben diesen verheißungsvollen Versuch der wirtschaftlichen Stabilisierung der Welt verlangsamt. Amerika lehnt jede internationale Konferenz über das Angebot bzw. den Vorschlag ab und fordert sofortige Zustimmung aller Mächte. Es mag besonders beachtet werden, daß Amerika das Moratorium angeboten hat — aus Erkenntnis der wirtschaftlichen Weltverflechtung. Über die Aufnahme bei den europäischen Staaten und seine Wirkung auf diese zu berichten, ist nicht Sache dieser Stelle.

(Abgeschlossen am 24. Juni 1931)

JOHANN ULRICH FOLKERS:

Mecklenburg in der Neugliederung des deutschen Reiches

Es ist uns wohlbekannt, daß maßgebende Kreise in Schleswig-Holstein eine Nordmark anstreben, die durch Vergrößerung Schleswig-Holsteins nicht nach dem Osten, sondern nach dem Süden zustandekommen soll (Schleswig-Holstein, Hamburg, Provinz Hannover; Hauptstadt Hamburg). Trotz dieser Tatsache möchten wir dem in Mecklenburg wirkenden Verfasser, Herrn Dr. Folkers, gern das Wort zu einem anders gearteten Vorschlag erteilen in der Hoffnung, daß die Aussprache dadurch nur befruchtet werde.

*Der Herausgeber für Europa und Afrika,
E. Obst.*

Die Frage der politischen Neuordnung des Deutschen Reiches, die seit 1919 nicht mehr zur Ruhe gekommen ist, berührt so leistungsschwache Länder wie die Mecklenburg am Lebensnerv. Für den Augenblick ist zwar durch die Erfüllung der Reichszuschüsse aus den Erträgen der Reichseinkommensteuer die Lage besonders ungünstig gestellten Schweriner Landes gefestigt. Aber jede Neuordnung der Reichsfinanzen kann ein Land vor das Nichts stellen, das seine Grundlage ausschließlich im landwirtschaftlichen Großbetrieb hat wie Mecklenburg. Von der gut unterrichteten Seite wurde 1930 die Zahl der rentierenden Güter auf 25% geschätzt. Das bedeutet, daß drei Viertel der landwirtschaftlichen Großbetriebe, die jeder 58,2% der landwirtschaftlichen Betriebsfläche beider Mecklenburg umfassen, somit fast die Hälfte der Landwirtschaft überhaupt vom Staate Grundsteuerbindung und Sanierung fordert. So ist seit langer Zeit die Anschlußfrage in Mecklenburg viel erörtert, freilich keineswegs geklärt oder gar entschieden.

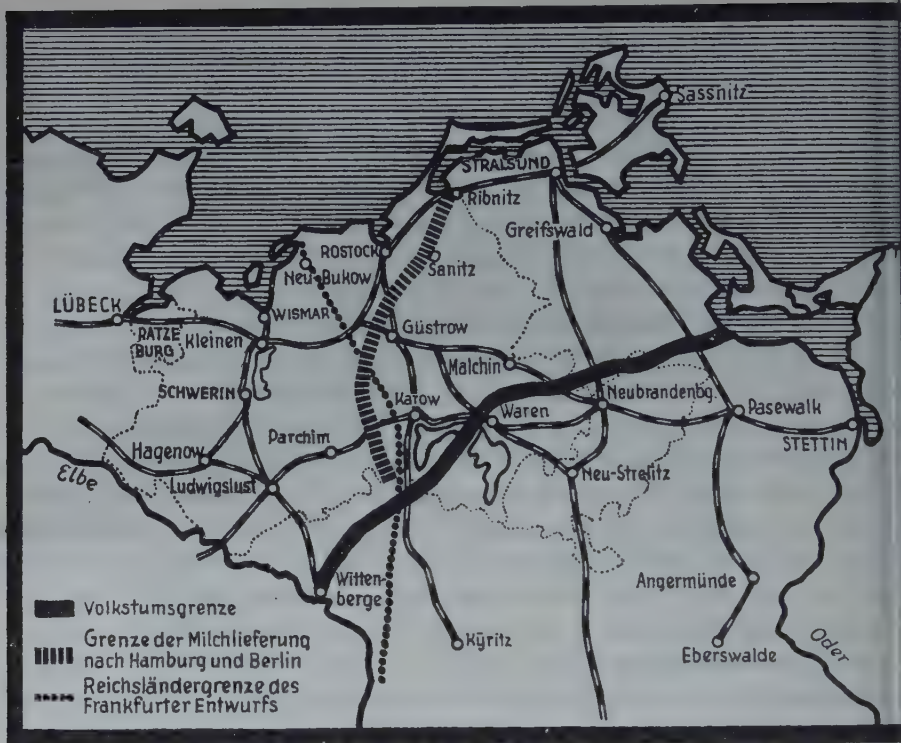
Wohin gehört Mecklenburg im Anschlußfalle? Gewiß hat ein Land ein besonders zähes Leben, wenn es wie Mecklenburg seit mehr als 750 Jahren — genau: seit der Auflösung des sächsischen Herzogtums Heinrichs des Löwen im Jahre 1180 — ein staatliches Sonderleben von so ausgeprägter Eigenart geführt hat. Seit 1180 sind nicht einmal wirklich erhebliche Grenzveränderungen zu nennen. Im Januarheft 1928 der Zeitschrift für Geopolitik fordert Erich Obst*), daß in jedem Teile unseres Vaterlandes eine Kommission aus Geographen, Wirtschaftswissenschaftlern und Volkskundlern gebildet werde, um mit denkbarster Gewissenhaftigkeit, aber auch tunlichster Beschleunigung die zweckmäßigste Abgrenzung ihres Bezirkes zu erforschen. Obst gibt seinem Aufsatz eine Anzahl Kärtchen der von verschiedenen

*) Zeitschrift für Geopolitik, V. Jahrg., Heft 1, Seite 22—40, E. Obst, Zur Neugliederung des Deutschen Reiches, mit 9 Karten und Literaturangabe.

Seiten vorgeschlagenen Neugliederungspläne bei, die in bezug auf Mecklenburg Buntscheckigkeit nichts zu wünschen übriglassen. Hier ist also Klärung durch nötig.

Die von Obst betrachteten Neugliederungspläne stimmen eigentlich nur in einem Punkte überein, daß sie ein selbständiges Reichsland Mecklenburg nicht stehen lassen wollen. Eine selbständige Reichslandprovinz aus beiden Mecklenburg sieht nur der sehr konservative Vorschlag des Luther-Bundes (Bund zur Erneuerung des Reiches) vor. Er warnt vor der Zerreißung großer abgerundeter Verwaltungsbezirke oder höherer Kommunalverbände, die sich einmal seit langer Zeit eingebildet haben. Das trifft sicher auf Mecklenburg mit seiner langen Tradition und der besonders durch die politisch-geographische Abseitslage, sowie durch die Industrialisierung des Landes geförderten Sonderart seines Volkstums in noch weit höherem Maße zu als für eine der preußischen Provinzen, die größtenteils in ihrer heutigen Gestalt nicht älter sind als 1815. Auf welche Widerstände damals die Neugliederung Preußens stieß, hat Heinrich von Treitschke anschaulich geschildert: der Abgrenzung der neuen Verwaltungsbezirke verfuhr die Regierung mit höchster Schonung, mit jener Pietät für das historisch Gegebene, die von altersher im Charakter der preußischen Staatskunst lag. Sobald ein Dorf aus seinem alten Kommunalverbande ausgeschieden werden sollte, mußten zwei Ministerien ihr Gutachten abgeben; der König selbst entschied und, wo irgend möglich, rücksichtsvoll nach dem Wunsche der Einwohner. Gleichwohl ließ sich die Störung mancher altgewohnten Verhältnisse nicht vermeiden... Sofort begann dann ein allgemeines Sturm gegen die Regierung... Aus unzähligen Eingaben erklang überall dieselbe konservative Gesinnung, überall derselbe Jammerruf: „Wir wollen uns nicht trennen von unseren Brüdern, die mit uns Freud und Leid in schwerer Zeit teilen.“... Der passive Widerstand war unüberwindlich. Die Monarchie erfuhr in hundert Fällen, was sie späterhin bei allen Reformen der Kommunalverwaltung abermals erfahren sollte, daß es in Deutschland ungleich leichter ist, zwei Staaten zu verschmelzen, als zwei Kreise oder Gemeinden!“ Das liegt natürlich anders in Gebieten, wo die Völkerwanderung des Industriezeitalters in ihrem Schmelzen ein neues Volkstum mit dem neuen Heimatgefühl der Verwurzelung in der modernen Industrielandschaft geschaffen hat, wie in der rheinisch-westfälischen Steinkohlprovinz, Hans Spethmanns „werdender Ruhrstadt“, oder in der groß-burgischen Niederelbe-Landschaft, die Richard Linde so fein geschildert hat. Für Mecklenburg aber gilt sicherlich noch die Warnung Treitschkes: Dieses Land, das eine ungestörte Lebensgemeinschaft gebildet hat, so lange es deutsch ist, soll man nicht teilen, sondern nur als Ganzes angliedern, wenn es einmal nicht mehr selbständig zu sein vermag. Nur die Frage ist zu stellen, ob das Strelitzer und Schweriner Land zu vereinigen seien. Tatsächlich haben sich beide Länder in langem voneinander weg entwickelt, namentlich aber seit 1918, als die bis d

vorhandenen staatsrechtlichen Verklammerungen, vor allem der gemeinsame Landweg, wegfielen. Alte Verschiedenheiten in der Herkunft der Einwanderer des 12. und 13. Jahrhunderts, die noch heute im Hausbau und Kirchenbau auffällig hervorreten, wirken, obschon halb verschüttet, in dem Gegensatz Strelitz-Schwerin nach. Die deutschen Kolonisten des Strelitzer Landes kamen über die Mark Brandenburg aus den ostfälischen Landschaften nördlich des Harzes, teilweise waren es Niederländer aus Flandern und Brabant. Der größte Teil des Schweriner Landes ist von Westfalen und Niedersachsen besiedelt. Dazu tritt die Tatsache der modernen Verkehrsbeziehungen, die im Strelitzer Land ebenso entschieden auf Berlin zielen, wie im größten Teil des Schweriner Landes auf Hamburg. Es ist kein Zufall, daß von Rostock, dem Verkehrsmittelpunkt des Landes, eine durchweg zweigleisige Strecke nach Hamburg führt, dagegen nur eingleisige Strecken nach Berlin und Stettin laufen. Dazu kommt die eigentümliche Tatsache, daß diejenige Ecke des Schweriner Landes, die nach Herkunft der mittelalterlichen Siedler wie nach den heutigen Verkehrsinteressen zur Mark Brandenburg neigt, das Amt Waren, seinem Volkstum nach gewissermaßen neutrales Gebiet ist. Es hat wenig bodenständige Bevölkerung, wenig Bauerndörfer, die großen Gutsbetriebe bedeckten im Amt Waren im Jahre 1925 nicht weniger als 75,73% der landwirtschaftlichen Nutzfläche gegenüber 42,73% im Amt Hagenow, 42,17% im Amt Parchim und nur 35,51% im Amt Ludwigslust. Daher entfällt auf die Warener Ecke um die Müritzer verhältnismäßig sehr großer Teil des Schnitterkontingents, das im Jahre 1928 für Mecklenburg-Schwerin 12 800 polnische Saisonarbeiter betrug. Da hierbei die Tagelöhner polnischer Herkunft nicht mitgezählt sind, so ist es kein Wunder, daß es im Amt Waren Landschulen mit polnischer Mehrheit heute noch gibt, obwohl das Schulpflichtgesetz die Zulassung polnischer Kinder zum Unterricht nur dann erlaubt, wenn nach Einschulung der vorhandenen reichsdeutschen Kinder noch Platz vorhanden ist. In der Südostecke von Mecklenburg-Schwerin sind somit die Schwierigkeiten des Volkstums für die Neuordnung der Länder am geringsten. Spricht dies alles stark gegen den sogen. Frankfurter Vorschlag (Fig. 9 bei Obst), der Mecklenburg-Schwerin etwa durch eine Grenzlinie Neubukow—Rostock—Plau durchschneiden und den Osten nach Stettin, den Westen nach Hamburg als den künftigen Verwaltungszentralen angliedern will, so erheben sich nicht minder ernste Bedenken gegen eine Angliederung beider Mecklenburg an Pommern, wie sie Baumann (Obst, Fig. 6), Erwin Scheu (Fig. 7), Rabe (Fig. 8) vorschlagen. Vom Standpunkte des Zusammengehörigkeitsgefühles der Bevölkerung läßt sich eine Zusammenlegung Mecklenburgs zwar sehr wohl mit dem alten Schwedisch-Pommern (Regierungsbezirk Stralsund) vertreten, keinesfalls aber mit Mittel- oder gar Hinterpommern, wo Tradition und heutige Verkehrsbeziehung viel stärker auf die Mark Brandenburg und Berlin weisen als auf Mecklenburg. Es ist kein Zufall, daß in der Zeit äußerster Verkehrsbeschränkung der Reichsbahn nach



Kriegsende die Schnellzugsverbindungen Rostock—Bützow—Hamburg und Rostock—Güstrow—Berlin alsbald wieder eingerichtet wurden, daß aber Jahre darüber Land gegangen sind, ehe zwischen Güstrow und Stettin wieder ein Schnellzugsp. verkehrte. Der Ostwestverkehr bedeutete für Mecklenburg wie für Pommern u. vergleichlich viel weniger als die Verkehrsbeziehungen seewärts und landeinwä. nach Berlin und Hamburg. Nicht umsonst geht die schnellste Verbindung v. Hamburg nach Kopenhagen, Oslo und Stockholm über Rostock und die Eisenb. fähren Warnemünde—Gjedser und Saßnitz—Trelleborg.

Die Denkschrift des Luther-Bundes warnt: „Wollte man zu schematisch v. fahren, vielleicht auch eine zu große Mindesteinwohnerzahl für Reichslandprovinz festsetzen, dann würden z. B. durch eine auch schon erörterte Zusammenfassung von Gebieten, wie den beiden Mecklenburg mit Pommern oder mit Schleswig-Holstein, für solche volksärmeren Gebiete wieder Provinzialgebilde von derartiger räumlicher Ausdehnung entstehen, daß die Erreichung der gemeinsamen Provinzialhauptstadt für viele Provinzeingesessenen erschwert würde.“ Das würde für 600 km lange Küstenprovinz von Lübeck bis zum polnischen Korridor sicherl. zutreffen — aber auch für die Vereinigung Schleswig-Holsteins, Lübecks u.



Zum Land „Niederelbe“ gehören außer dem hamburgischen Staatsgebiet rechtselbisch: die Stadtkreise Altona und Wandsbeck, der Kreis Pinneberg und das südlichste Drittel des Kreises Stormarn; — linkselbisch: die bereits jetzt aus dem Landesarbeitsamt Niedersachsen herausgenommenen und zum Landesarbeitsamt Nordmark gelegten Kreise Harburg-Wilhelmsburg, Harburg-Land, Jork, Stade, Kehdingen, Neuhaus, Hadeln; — zum Land „Niedereser“ gehören rechts des Stromes: Kreis Blumenthal, Kreis Osterholz und Stadtbezirk (jetzt wohl Stadtkreis?) Wesermünde; — links des Stromes: die oldenburgischen Ämter Butjadingen, Brake, Delmenhorst und Elsflth sowie die Stadt I. Klasse Delmenhorst; außerdem natürlich als Kern das bremische Staatsgebiet.

Mecklenburg-Schwerins? Dieser Zusammenschluß ist ja bereits vorgebildet im Bezirk des früheren IX. Armee-korps und dem heutigen Bezirk des Landesarbeitsamtes „Nordmark“, in beiden Fällen allerdings noch mit Einbeziehung Hamburgs. Unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsteilung zwischen den Wirtschaftsbezirken des Deutschen Reiches erscheint es als die Aufgabe Mecklenburgs, die dichtgedrängten Volksmassen in Groß-Berlin und Groß-Hamburg verproviantieren zu helfen. Gehen aus dem Schweriner Lande Getreide und Kartoffeln vorzugsweise nach Hamburg, so ist der mecklenburgische Viehversand in überragendem Maße auf Berlin eingestellt. Wenn die Statistik angibt, daß die beträchtliche Rohzuckerausfuhr Mecklenburg-Schwerins weder nach Hamburg noch nach Berlin, sondern nach Schleswig-Holstein geht, so bedeutet dies nur, daß die Zuckerraffinerie des Konzerns der baltischen Zuckerfabriken in Itzehoe die Weiterverarbeitung des mecklenburgischen Rohzuckers größtenteils übernimmt. An der Hand der Güter-

beförderungsvorschriften der Reichsbahndirektion Schwerin läßt sich durch Ertragung der Milchkurswagen in eine Karte eine förmliche Aufteilung Mecklenburgs in eine Hamburger und eine Berliner Einflußsphäre durchführen. Der Osten und Nordosten gehört zu Berlin: sein Einzugsgebiet geht bis zu den Bahnhöfen Lübeck, Goldberg und Bützow nach Westen, bis Laage, Ribnitz und dem schon pommerschen Damgarten im Norden. Das Hamburger Einzugsgebiet umfaßt den Westen und schiebt vereinzelte Vorposten ins Berliner Gebiet bis zu den Bahnhöfen Karow, Bützow und Sanitz vor, die nach beiden Industriezentren Milchkurswagen abfertigen. Nach Stettin geht keine Milch aus Mecklenburg.

Nun wäre es aber doch verfehlt, jedem Industriezentrum ein landwirtschaftliches Überschußgebiet anzugliedern. Nicht der Gesichtspunkt der Autarkie der einzelnen Reichsländer oder Provinzen kann maßgebend sein, sondern gerade umgekehrt der Gesichtspunkt, daß die Gebiete so abgegrenzt werden, daß eine möglichst reibungslose und sachgemäße Bearbeitung der in ihnen anfallenden Aufgaben der Verkehrs-, Siedlungs-, Siedlungspolitik und Kraftversorgungspolitik (Strom- und Ferngasversorgung!) gewährleistet werde. Dann gehört den großen Industriegebieten sowohl ein Ausdehnungsraum, wie diese Aufgaben (z. B. Ruhrsiedlungsverband, Groß-Hamburg als Hafen-, Industrie- und Wohngebiet) erfordern. Daraus ergäbe sich für den heutigen Bezirk des Landesarbeitsamts Nordmark, daß aus ihm das Hamburgische Staatsgebiet samt den angrenzenden schon groß-hamburgischen Gebietsteilen von Schleswig-Holstein und den (bezeichnend genug!) auch zu „Nordmark“ gelegten Kreisen links der Niederelbe von Harburg bis Cuxhaven als besonderes Reichsland „Hamburg“ oder „Niederelbe“ ausgesondert werde. Im gleichen Sinne, nur eben unter Wahrung der heutigen Staatsgrenzen, fordert ja auch der Luther-Bund, daß die beiden die größten deutschen Häfen weiter auf eigene Kosten verwaltenden Hansestädte Bremen und Hamburg gleichfalls die Eigenschaft als Provinzen des Reichslandes erhalten sollen. Werden von Schleswig-Holstein die Städte Altona und Wandsbek, sowie die Teile der Kreise Stormarn und Pinneberg, die ihrer Struktur nach zu Groß-Hamburg gehören, diesem zugelegt, so ergibt sich für die also verkleinerte Provinz „Nordmark“ — Tuckermann (Obst, Fig. 5) braucht das Namen „Nordsachsen“ — eine Flächengröße von reichlich 27 600 qkm mit reichlich 2 Millionen Einwohnern. Die „Nordmark“ würde die bisherigen preussischen Provinzen Nieder- und Oberschlesien, Westfalen, Rheinland, Hessen-Nassau und Sachsen an Flächengröße übertreffen, hinter den Provinzen Pommern, Ostpreußen, Brandenburg und Hannover aber nicht unbeträchtlich zurückbleiben, als eine bewährte mittlere Verwaltungsgröße darstellen. Eine Vereinigung beider Mecklenburg mit Pommern würde dagegen die recht unhandliche Flächengröße von 46 260 qkm ergeben. Die z. Zt. größte preussische Provinz, Brandenburg, hat 39 036 qkm und liegt unvergleichlich viel besser arrondiert als der 600 km lange Landstreifen Mecklenburg-Pommern. Würde die Verwaltungszentrale (preussische

ausgedrückt: das Oberpräsidium) der Nordmark nach Lübeck oder in dessen Nähe kommen, so ergäben sich als weiteste Eisenbahnentfernungen: Flensburg—Lübeck 162 km, Waren—Lübeck 168 km bzw. Stavenhagen—Lübeck 171 km, also sehr wesentlich günstigere Verhältnisse als nach Stettin (Lübeck—Stettin 298 km).

An innerer Geschlossenheit würde die Nordmark allerdings der rheinisch-westfälischen Steinkohlenprovinz, der mitteldeutschen Braunkohlenprovinz, der hamburgischen Welthafenprovinz und selbst der niedersächsischen Großbauern- und Industrie-Mittelbetriebs-Provinz nachstehen. Die Nordmark würde ein von einzelnen inselartigen Industriebezirken (Flensburg, Kiel, Neumünster, Lübeck) durchsetztes Agrarland sein, in dem ohne scharfe Bruchlinie großbäuerliche Betriebe in Großgüterbezirke übergehen. In dieser Beziehung ist die alte Landesgrenze zwischen Mecklenburg und Schleswig-Holstein genau so wenig von Bedeutung, wie in bezug auf Volkstum und Landschaft. Die bezeichnenden Züge der durchweg fruchtbaren, heute von Acker und Laubwald bedeckten Grund- und Endmoränenlandschaft Nordmecklenburgs und Vorpommerns setzen sich regelrecht in der Landschaft der holsteinischen Seenplatte und des Fördengebietes fort. Selbst die seit 150 bis 200 Jahren für den Osten Schleswig-Holsteins charakteristischen „Knicks“ finden sich in Mecklenburg noch bis Grevesmühlen. Hinter dieser Zone vielfach berühmter Weizenböden zieht sich die Zone der flachen mageren Talsande und Sandgebiete von Parchim über Hagenow und Neumünster bis zum Schleswiger Heidegebiet hinauf. In der landwirtschaftlichen Struktur aber stehen sich innerhalb Schleswig-Holsteins bereits die rein bäuerlichen Kreise der Westküste und die auf ehemals slawischem oder auf bis ins Mittelalter unberührt gebliebenem Urwaldboden erwachsenen Kreise Eckernförde mit 45,0%, Oldenburg mit 39,6%, Plön mit 40,2% Anteil der landwirtschaftlichen Großbetriebe an der gesamten Wirtschaftsfläche gegenüber. Dagegen beginnt Mecklenburg im Nordwesten mit einem reinen Bauernland, dem strelitzischen Fürstentum Ratzeburg. Auch im Amte Ludwigslust haben die Bauern noch über 80% der Betriebsfläche, dann steigt nach Osten zu der Anteil der großen Güter, bis sie in den östlichsten Ämtern Waren und Malchin 75,73 und 76,95% der Wirtschaftsfläche bedecken (1925). Letztere Zahlen entsprechen etwa der des Regierungsbezirks Stralsund. Hier zeichnet sich mit aller Deutlichkeit die Aufgabe ab, durch Siedlung und Hilfe der Bauernsöhne des Westens die östlichen Bezirke von den heute mehr denn je bedrohlich gewordenen Gefahren der Landflucht und der steigenden Polenflut zu erlösen, dadurch die aus Mangel einer kaufkräftigen Umgebung verdorrenden östlichen Landstädte neu zu beleben und das Erbteil der deutschen Ostlandwanderung des Mittelalters deutscher Kultur zu erhalten. Wirtschaftlich ist eine Lösung der Siedlung heute schon deshalb doppelt notwendig, weil die Wirtschaftskrise heute mit doppelt hartem Druck gerade auf dem landwirtschaftlichen Großbetrieb liegt. Gerade unter dem Gesichtspunkt der heutigen Bedrohtheit des Deutschtums auf dem platten Lande in Mecklenburg und

den daraus sich ergebenden Aufgaben wäre die enge Verbindung mit einem Bauernlande wie Schleswig-Holstein zu begrüßen. Der Name „Nordmark“ mit seiner Wiederaufnahme der Erinnerung an die große Kulturarbeit der mittelalterlichen Ostlandwanderung könnte ein Symbol der großen Aufgabe sein, die diesem Reichslande obliegen würde.

KURT FINKENWIRTH:

Wirtschaftsraum Niedersachsen

Grundsätzliches zum Neugliederungsproblem erläutert am Beispiel Niedersachsens

„Die Erkenntnis ist allgemein, daß auf die Dauer die Lösung der großen innen- und außenpolitischen Aufgaben durch einen von allen Reibungen und Erschwernissen möglichst befreiten Reichs- und Verwaltungsaufbau in hohem Maße erleichtert wird. Bei der Verfolgung dieses Zieles kann nicht an geschichtlichen Überlieferungen der Vergangenheit und den staatsfördernden Kräften der deutschen Stämme und Länder vorübergegangen werden. Auf dieser Grundlage gilt es die Einheit des Reichs zu festigen.“

(Aus der Erläuterung der Reichsregierung zur Notverordnung v. 5. 6. 31.)

Es bedeutet einen Fortschritt auf dem Wege zur Reichsreform, daß die Reichsregierung die

Notwendigkeit einer Vereinfachung des öffentlichen Verwaltungsapparates

anerkennt und diese dringliche Aufgabe bald in Angriff zu nehmen gedenkt. Der deutsche „Polykratismus“, das Machtstreben zahlloser staatlicher, kommunaler und wirtschaftlicher Gewalten, die ohne-, neben- und gegeneinander regieren und verwalten, muß eingedämmt werden durch klare Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Regierung und Selbstverwaltung und durch zweckvolle Arbeitsteilung der verschiedenen Verwaltungs-Instanzen, deren Zahl zu verringern, deren Aufgabenkreis grundsätzlich wieder auf reine Verwaltungstätigkeit und allgemeine Wirtschaftsförderung zu beschränken ist. Aufgebaut auf den erdverbundenen Kräften einer regionalen Selbstverwaltung im Sinne eines Freiherrn vom Stein und geführt von einem im Vertrauen des Volkes wurzelnden und darum starken Reichsgewalt in allen die Geltung der Nation anstrebenden Maßnahmen wird die in sich besser geordnete geschlossene deutsche Phalanx uns dem Ziele der wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistung unseres Volkes wieder näherbringen. — Wir brauchen unverzüglich Entlastung der deutschen Wirtschaft von dem unverantwortlich gesteigerten öffentlichen Aufwand, damit das weltwirtschaftlich verflochtene und abhängige Deutschland durch Senkung der Selbstkosten seiner Wirtschaft den Lebensbedarf des Volkes wieder sicherzustellen und zu verhüten ver-

mag, daß die Massen ohne Arbeit und Brot in Verzweiflung über das Zusammenbrechen der materiellen Lebensgrundlagen sich zu Unbesonnenheiten hinreißen lassen, die deutsches Leben, deutsche Kultur, ja den Bestand unseres Vaterlandes gefährden; und wir brauchen innere Ordnung der Kräfte als Voraussetzung für die Befreiung von den untragbaren Tributlasten, an denen Deutschland zu Grunde zu gehen droht. Gewiß ist Reichsreform nicht das alleinige Mittel, aber eine wesentliche Voraussetzung für die Überwindung der schweren deutschen Not; deshalb ist ihre Durchführung eine wirtschafts- und staatspolitische Aufgabe erster Ordnung.

Es handelt sich darum, im Rahmen einer organischen Verfassungs- und Verwaltungsreform auch das

Problem einer zweckvolleren Einteilung des Reiches

richtig zu lösen. Die Notwendigkeit einer besseren Gliederung wird so recht sinnfällig, wenn man z. B. bedenkt, daß das 340 qkm große Schaumburg-Lippe alle Befugnisse und Aufgaben der Ober-, Mittel- und Unterinstanz eines souveränen Landes hat, während der ebensogroße (349 qkm) hannoversche Landkreis Uslar einen einfachen Unterbezirk der preußischen Staatsverwaltung darstellt. Das Land Braunschweig besteht aus 28 Einzelstücken, deren bizarre Gemengelage mit preußischen Gebietsteilen viele Verwaltungserschwernisse mit sich bringt. Reiht man die Grenzen der Länder und Provinzen im Wirtschaftsgebiet Niedersachsen — vgl. Karte — aneinander, so ergibt dies nach Brüning*) fast $\frac{1}{5}$ der Äquatorlänge. Welche Unsumme von Verwaltungsarbeit und -kosten, von Zeitverlust und Unbequemlichkeiten für die Bevölkerung kann hier durch territoriale Vereinfachungen gespart werden!

Leider hat ein gewisser Neugliederungsüberschwang die mancherorts schon angebahnten Lösungen eher gehindert als gefördert. Die Pläne führen gewiß nicht zum Ziel, die Alles und Jedes umstürzen und Deutschland ohne Rücksicht auf das historisch Gewordene und auf die Imponderabilien unseres Volkslebens nach der oder jener Theorie gänzlich neu einteilen wollen. Schematisch gleich große Gebiete sind durchaus nicht nötig; auch sollte man an den größeren politischen Bezirken (Preußische Provinzen, Mittlere Länder) nur da ändern, wo sonst eine vernünftige Verwaltungsregelung undurchführbar wäre. Der Vorschlag z. B., nach „Wasserscheiden“ allüberall neue politische Grenzen zu ziehen, erscheint genau so abwegig, wie die sogenannte „Leerzonen-Theorie“, die dünnbesiedelte Flächen zu Grenzen machen will, damit aber die wirtschaftliche Förderung solcher Gebiete stark beeinträchtigen und den volkswirtschaftlich notwendigen, vor allem den arbeitsmarkt- und innenpolitisch wichtigen Ausgleich zwischen übersiedelten Industriegebieten und

*) Denkschrift des Landesdirektoriums der Provinz Hannover von 1929 „Niedersachsen im Rahmen der Neugliederung des Reiches“.

dem platten Lande stören würde. Ebenso wenig kann das mancherorts zu beobachtende „Hegemoniestreben“ großer Städte, starkbevölkerter oder schwacher Zirkel gebilligt werden, sich gelegentlich der Reichsreform Gegenden anzugliedern, die man als Kornkammer, als Absatzgebiet, als Verkehrsweg oder auch zur Stärkung der eigenen Stellung nötig zu haben glaubt. Theorien und Wünsche solcher Art sind gewiß nicht die richtigen Wegweiser.

Die Lösung des Neugliederungsproblems werden wir — mit Obst*) — suchen müssen auf dem Wege der Erkenntnis der Entwicklungslinien unserer Geschichte unter Beachtung der Eigenarten und besonderen Fähigkeiten der verschiedenen deutschen Stämme und mit richtigem Blick für das wirtschaftspolitisch und verwaltungstechnisch „Ökonomische Optimum“. Was in den vergangenen Epochen deutscher Wirtschaft und Kultur an Gutem aufgebaut ist, muß in den natürlichen Räumen, in denen die Wurzeln seiner Kraft liegen, erhalten und organisch fortgebildet werden. Ausschlaggebend ist aber das Leben, wie es heute pulsiert und zur Entwicklung drängt! Entscheidend sind die heutigen und noch lange — man mag es bedauern oder nicht — schicksalshaften Vorgänge der Wirtschaft: ihre Grundlagen, ihre Struktur, ihre bestimmenden Kräfte. Eine Reichsreform, die gelingen soll, muß erwägen, wo und wie die physischen und die geistigen Kräfte unseres Volkes am zweckmäßigsten zusammengefaßt und eingesetzt werden können, um unter stärkster Ausnutzung dessen, was uns die Heimerde gibt, durch höchste Anspannung aller deutschen Arbeiter des Kopfes und der Hände in harter Arbeit eines wieder genügsamen Volkes die Not der Zeit zu überwinden.

Die Neueinteilung des Reichs muß darum erfolgen nach den
in Geschichte, Volkstum und Kultur wurzelnden natürlichen
bedingten lebenskräftigen

Wirtschaftsräumen

unserer Zeit.

*

Die

Geschichte des Raumes Niedersachsen

ist in diesem Zusammenhang äußerst lehrreich.

Der Volksraum Niedersachsen: Der rein germanische Stamm der Sachsen (saxones) hat sich im 2. Jahrh. n. Chr. von Südholstein aus als breiter Strom von Kriegerern und Siedlern südwestwärts ergossen und im Laufe der Jahrhunderte einen Raum eingenommen, der etwa bis zur Linie Niederrhein—Ruhroberlauf Hannov.-Münden—Saalemündung—Oderdelta reicht — vgl. Karte —. In diesem

*) „Zur Neugliederung des Deutschen Reiches“, „Z. f. G.“, Jahrg. V, Heft 1.

n Pessler*) so genannten „Volkstum-Niedersachsen“ hat sich das alte Sachsen-
m bis auf heute ziemlich rein erhalten (Niedersächsisches Bauernhaus, Nieder-
chsische Mundart, blond und hochgewachsener Volkstyp).

er politische Raum Niedersachsen: Von der Wende des 5. Jahrhunderts
s 1180 führt dieses Land den Gesamtnamen „Sachsen“ als Bund der vier Land-
haften Nordalbingen, Westfalen, Engern und Ostfalen (vor 782), als Stammes-
erzogtum der Ludolfinger (919—1024), als mächtiges welfisches Herzogtum
einrichs des Löwen, das aber 1180 von Friedrich Barbarossa zerschlagen und in
e Herzogtümer Westfalen und Sachsen aufgeteilt und seitdem nie wieder politisch
eint worden ist.

Der im 14. Jahrhundert unter Hinzunahme von Holstein, Lauenburg und Meck-
lenburg gebildete „Reichskreis Sachsen“ wurde im Jahre 1512 zwecks Unterschei-
ung von dem damals neugebildeten „Obersächsischen Kreis“ mit der Bezeichnung
Niedersächsischer Kreis“ belegt. So ist 1512 die Geburtsstunde des Namens
Niedersachsen“, unter dem der Sprachgebrauch heute die Provinz Hannover und
e mit ihr in Gemengelage befindlichen Länder Braunschweig, Lippe, Oldenburg
ebst einigen angrenzenden Gebietsteilen versteht; eine politische Einheit bedeutet
eser historische Landschaftsname Niedersachsen nicht.

er Wirtschaftsraum Niedersachsen: Trotz wechselvoller politischer
icksale hat sich die auf Volkstum und Kultur beruhende innere Verbundenheit
er Landschaft Niedersachsen in ihren wirtschaftspolitischen Geschicken als dauer-
ft erwiesen. Vom Bund der Sachsenstädte (1384) an bis zur Hansa, einem Wirt-
schaftsbund ganz großen Stils, dem fast alle niedersächsischen Städte von der Ostsee
s zum Südharz angehörten, haben jahrhundertlang (bis ins 17. Jahrhundert) nieder-
chsische Sprache und Art, Kultur und Recht einen für die ganze deutsche Geschichte
ichtigen Zusammenhalt gegeben. Nach ihrem Untergang und einer schweren Zeit der
ersplitterung haben der Deutsche Zollverein und dann die Vereinigung Hannovers
it Preußen das Hannoverland in seiner vorzüglichen Verkehrslage als Mittler
wischen West und Ost und Nord und Süd erneut zu einem wirtschaftlichen Schwer-
ewicht von solchem Ausmaße werden lassen, daß unbeschadet der stehengebliebenen
olitischen Grenzpfähle aus der binnenwirtschaftlichen Verflechtung Hannovers mit
ldenburg, Lippe, Braunschweig und angrenzenden Teilen der Provinzen West-
alen, Hessen-Kassel und Sachsen allmählich das

„Wirtschaftsgebiet Niedersachsen“

rausgewachsen ist, das in nunmehr über 30jähriger wirtschaftspolitischer Zu-
mmenarbeit der 15 niedersächsischen Industrie- und Handelskammern im öffent-
ch-rechtlichen Industrie- und Handelskammerverband Niedersachsen-Kassel zu-
ammenfaßt. Der Anschluß des nach Volkstum und Kultur eigengeprägten Hessen-

*) „Der niedersächsische Kulturkreis“ 1925.

Kassels erklärt sich hierbei aus wirtschaftspolitischer Verbundenheit; Bremen seiner Sonderstellung als Welthafen Deutschlands und Mitteleuropas steht dabei abseits.

Die niedersächsischen Landwirtschaftskammern sind staatlich getrennt, aber in Zusammenarbeit verbunden. Die Handwerkskammern bilden den Niedersächsischen Handwerks- und Gewerbeverband, der die Hansestädte, Schleswig-Holstein und Mecklenburg mitumfaßt. Und auf dem Gebiete der freien Wirtschaftsvertretungen der Unternehmerschaft wie der Arbeitnehmer und der Freien Berufe haben sich in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Zusammenschlüsse gebildet, die sich im großen und ganzen mit dem Wirtschaftsgebiet Niedersachsen decken. 1920 begründete „Wirtschaftsbund Niedersachsen-Kassel“ vereinte schließlich sämtliche maßgebenden amtlichen und freien Wirtschaftsvertretungen von Handel, Handwerk, Landwirtschaft und Freien Berufen in sich und bildete mit dem ihm nahestehenden „Verkehrsverband Niedersachsen-Kassel“, der auch die meisten Kommunalverbände von der Provinz bis zur kleinen Gemeinde zu wirtschaftspolitischer Gemeinschaftsarbeit zusammenfügt, — die tatkräftige wirtschaftspolitische Einheitsfront des Wirtschaftsgebietes Niedersachsen.

*

Wesen und Ausmaß der

bestimmenden Kräfte der Wirtschaft in Niedersachsen

erkennen wir an ihren natürlichen Grundlagen und ihrer Struktur, sowie an der Eigenart der Bevölkerung.

Grundlagen der Wirtschaft:

Das Natürliche Antlitz Niedersachsens ist bekannt in seiner Zweiteilung: „Niedersächsisches Tiefland“, das vom Wattenmeer mit der Kette der friesischen Inseln als Marsch, Moor, Geest und Heide bis an den Mittelgebirgssattel sich erstreckt, und „Niedersächsisches Bergland“, das im Dreieck Osnabrück—Helmstedt—Hann.-Münden die Höhenzüge des Teutoburger Waldes, des Weser- und Harzgebirges, des Deisters, des Elm u. a. und eine Reihe Plateauschollen, wie Solling und das Harzgebirge mit dem 1142 m hohen Brocken als höchste Erhebung, umschließt. — Das Klima des Landes ist für deutsche Verhältnisse einzigartig seegebunden. Der Nordsee-Einfluß wirkt klimatisch ausgleichend an den Hochharz heran; die fast ständigen Westwinde bringen reiche landwirtschaftlich wertvolle Feuchtigkeit und Eisfreiheit der Häfen und aller schiffbaren Binnengewässer. — Niedersachsens Kraftquellen waren von jeher Windmühle, Wasserräder, Stein- und Braunkohle. Die neue Zeit hat allerorten Elektrozentrale — bemerkenswert die auf Torf basierte Wiesmoorzentrale —, vor allem die wachsende Elektropolitik der Preußenelektra gebracht. Hochspannungsleitungen

Main bis zur Nordsee (mit Anschluß an die Großkraftschiene Alpen—Niederrhein und geplanter Verbindung zu den norwegischen Wasserkraften) sind das Rückgrat eines einheitlichen Stromversorgungsgebietes, das im Elektroherz Lehrte bei Hannover von der West-Ost-Leitung Rheinland—Westfalen—Harbke (bei Braunschweig) gekreuzt wird und die rheinische Braun- und Steinkohle mit der schlesischen Kohle in Verbindung bringen wird. Diese zentrale Stellung Niedersachsens im System der deutschen Elektrowirtschaft wird unterstützt durch die Nutzbarmachung der Wasserkraften der Eder, der Weser, des Harzes, sowie durch die Gasfernversorgung Ruhrlands mit dem Stützpunkt Obernkirchen und der Landesgasversorgung Niedersachsens, die auf die Ilseder Hütte aufbaut. — Niedersachsen ist ferner ausgezeichnet durch die Vielgestaltigkeit seiner nutzbaren Bodenschätze. Neben Kohle und Torf sind es Eisen- und andere Erze, Kali- und Steinsalze, Kalke und Mergel, Basaltsteine und Sande, Gips, Kieselgur, Asphalte und Erdöl, die von jeher und heute eine breite und charakteristische Produktions- und Handelsgrundlage für die niedersächsische Wirtschaft bilden; im Rahmen des deutschen Bergbaus werden in Niedersachsen 25% Eisenerze, je 33 $\frac{1}{3}$ % Kali bzw. Steinsalz und Torf, 75% Asphalte, 95% Kieselgur und 97 $\frac{1}{2}$ % Erdöl gewonnen. — Bemerkenswert und wirtschaftlich bedeutsam ist schließlich Niedersachsens Verkehrslage. Im mitteleuropäischen Raum gesehen liegt Niedersachsen im Schnittpunkt des bedeutendsten West-Osteuropaweges mit einer wichtigen Nordsüd-Verkehrslinie. Die Hauptverkehrsstraße zwischen den gewerbestärksten und landwirtschaftlich fruchtbarsten Gegenden Mitteleuropas (Nordfrankreich, Belgien, Holland, Kölner Bucht, Ruhrgebiet, Westfalen, Niedersachsen, Mitteldeutschland, Schlesien, Südrußland und Ostdeutschland, Nordrussland) schmiegt sich an den Nordrand der mitteleuropäischen Gebirgslandschaft, im Dreieck Bordeaux—Hannover—Odessa verläuft. Der Austausch zwischen den Ländern des Mittelmeers und dem Norden benutzt schon von Alters her die Südnord-Verkehrsfurche, die von Marseille über die burgundische Pforte—Oberrheingraben Wetterau—Leinetal nach der Ostsee zieht. Und besonders wichtig ist es, daß der Übersee-Weltverkehr über die französischen, belgischen und holländischen Häfen sowohl, wie über die niedersächsischen Hafenplätze an Unterems, Unterweser und Unterelbe im Raume Niedersachsens seine Verbindung mit Osteuropa und dem asiatischen Rußland (Transsibirienbahn) findet. Somit besitzt Niedersachsen in seiner Nordseelage und seinem mitteleuropäischen Verkehrskreuz eine wirtschaftlich wichtige unverrückbare Schlüsselstellung im europäischen und im Weltverkehr.

Wirtschaftsstruktur:

In starker Wirtschaftsintensität begründete städtische Zusammenballungen finden sich nur an der Küste (Unterems, Unterweser, Unterelbe) und im Süden (Gebirgsdreieck Osnabrück—Helmstedt—Hann.-Münden). Diese vornehmen Stätten mit starkem Handel, Verkehr und Gewerbefleiß sind

eingebettet in das relativ dünnbesiedelte Bauernland Niedersachsens, dessen Bevölkerungsdurchschnitt mit 96 Einwohnern auf 1 qkm gering ist (130 Provinz Sachsen, 131 Preußen, 133 Reich, 238 Provinz Westfalen). Von allen Erwerbstätigen gehören 40% zur Landwirtschaft (19,7 Westfalen, 29,4 Preußen, 29,9 Schleswig-Holstein, 30,5 Reich, 32,9 Provinz Sachsen), 35% zu Industrie und Handwerk (33,5 Schleswig-Holstein, 40,9 Preußen, 41,4 Provinz Sachsen bzw. Reich, 54,8 Westfalen), 14,2% zu Handel und Verkehr, 10,8% zu Verwaltung und sonstigen Berufen. Auch diese Zahlen zeigen Niedersachsens Charakter als Bauernland und den zahlenmäßigen Unterschied der Bedeutung von Landwirtschaft, Industrie und Handwerk im Vergleich mit den Nachbargebieten, in Sonderheit den Provinzen Westfalen und Sachsen. Der Zahl der Beschäftigten nach rangieren die wichtigsten niedersächsischen Gewerbebezüge wie folgt: Eisen, Metall und Maschinen = 205 000, Textilien und Bekleidung = 185 000, Nahrungs- und Genußmittel = 148 000, Holz und Schnitzstoffe = 100 000, Steine und Erden = 60 000, Bergbau = 33 000, Papier und Vervielfältigung = 33 000, Kautschuk und Asbest = 10 000, chemische Fabrikate = 21 000, Leder und Linoleum = 13 000 Erwerbstätige. Hinsichtlich der Betriebsgrößen unterscheidet sich die niedersächsische Landwirtschaft, die relativ wenige Güter von mehr als 200 Hektar aufweist, durchs von seiner östlichen Nachbarschaft; und in Industrie und Handwerk sind nur die größten Großbetriebe nur an wenigen Plätzen (Hannover, Peine-Ilse, Braunschweig, Harburg-Wilhelmsburg, Wesermünde, Wilhelmshaven-Rüstringen, Delmenhorst, Osnabrück, Bielefeld) vorhanden. In Landwirtschaft, Handel und Gewerbe herrschen also die kleineren und mittleren Betriebe vor, die wie kaum sonst in Deutschland sich noch vielfach in Familienhand befinden und auf die Einzelpersönlichkeit gestellt sind. Für die schwierigen heutigen Zeiten ist es von besonderem Wert, daß die weite Kreise der niedersächsischen handarbeitenden Bevölkerung durch eigenen Besitz oder verwandtschaftliche Beziehungen der Landwirtschaft nahestehen. In der Landwirtschaft mit Tierzucht, Gärtnerei, Forstwirtschaft und Binnen- und Hochseefischerei übersteigt die Produktion den eigenen Verbrauch beträchtlich, daß Niedersachsen ein starkes Überschußgebiet landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist. Industrie und Handwerk betreiben in überwiegenderem Maße Veredelungswirtschaft in dreierlei Art: Als bodenständige Gewerbe, die auf Bodenschätzen oder Bodenerzeugnissen aufgebaut sind, als bodenvererbte Gewerbe, die, wie z. B. die Textilindustrie, auf heimischen Rohstoffen entstanden sind, aber aus Weltpreis- und Modegründen sich auf einzuführende Rohstoffe verlegen mußten, und als bodenfremde Gewerbe, die in jeher eingeführte Rohstoffe und Halbfabrikate verarbeitet haben. Trotz der relativ großen Mengen an heimischen Rohstoffen und verarbeitungsfähigen Bodenerzeugnissen hat die Entwicklung unserer Zeit Niedersachsen zu einem Zuschußgebiet gewerblicher Rohstoffe werden lassen.

Bevölkerung:

Wenn Volkstum und kulturelle Eigenart durch die Wanderbewegung und die Zeit sich allenthalben immer mehr verwischen, die Bevölkerung Niedersachsens zeigt noch heute einen relativ geringen Bestandteil fremder Rassenmischung. In Anpassung an Klima, bodenverbundene Tätigkeit und Lebensumstände hat sich zwar nüancierte Verschiedenheiten (die Typen des Seemanns, des Marktbauern, des Moorsiedlers, des Heidjers, des Calenberger Bauern, des Waldbewohners u. A.) herausgebildet; im Großen und Ganzen aber ist das Volk einheitlichem Schlag, ein kräftiges Landgeschlecht, das mit Selbstgefühl Zurechnung und Derbheit, aber auch Arbeitsfähigkeit und Hingabe an die Sache bindet; in seiner Bodenverwachsenheit und seinem eigenen Sinn ist „Der Niedersachse“ in aller Welt bekannt.

Charakteristische Kennzeichen:

Zusammenfassend kann man Niedersachsens Eigenart wie folgt umreißen: Bodenständigkeit in Volkstum, Kultur und Lebensführung seiner Bewohner, in der Bedeutung seiner Landwirtschaft und seiner bodenständigen und bodenvererbten Veredelungswirtschaft;

Individualwirtschaft in Landwirtschaft, Handel, Industrie und Handwerk bei denen die mittlere und kleinere Betriebsform, der Familienbesitz und Betriebsführung durch Einzelpersönlichkeiten noch verhältnismäßig stark geprägt ist;

Wirtschaftliche Balance bei einem Berufsgliederungsverhältnis Landwirtschaft : Industrie und Handwerk : sonstige Berufe von 40 zu 35 zu 25% vorzüglichem Siedlungs- und Arbeitsmarktausgleich zwischen Stadt und Land Grund der Verbundenheit der gewerbe- und siedlungsreichen Teilbezirke Niedersachsens mit leicht erreichbaren ländlichen menschenarmen Zonen und bei bemerkenswert starker binnenwirtschaftlicher Verflechtung aller Wirtschaftsgruppen Niedersachsens untereinander, deren Güteraustausch zu über 50% Binnenverkehr ist.

So ist Niedersachsen:

Ein Land, dessen natürliches Antlitz von dem der anderen deutschen Landschaften sich durchaus unterscheidet;

Ein Volk, dessen Kultur und Lebensführung auf Grund gemeinsamen Stammes noch heute die Merkmale einheitlichen Volkstums zeigt;

Eine Wirtschaft, die in ihren natürlichen Grundlagen und ihrem strukturellen Gefüge gleichartig gerichtet ist und im Ausgleich der verschiedenen Teilegebiete Niedersachsens untereinander und der einzelnen Berufsstände miteinander Verbundenheit im Ganzen erkennen läßt;

Ein Wirtschaftsgebiet eigenen Gepräges, das man im Verband der deutschen Landschaften empfindet als den „Typ Niedersachsen“.

Bei einer Neugliederung des Reiches wird das zukünftige

Reichsland Niedersachsen

seinem naturgegebenen lebenskräftigen Wirtschaftsraum zu bilden sein. Man sollte, wie bereits betont, auf historische Grenzen nach Möglichkeit Rücksicht nehmen und krasse Unzweckmäßigkeiten durch nachbarliche Regelung zu beseitigen versuchen. Sonach wird das zukünftige „Reichsland“ Niedersachsen sich nicht mit dem „Wirtschaftsgebiet“ Niedersachsen völlig decken und dennoch im Sinne eines natürlichen Wirtschaftsraumes gut abgegrenzt sein, wenn es etwa die Provinz Hannover, Braunschweig, die lippischen Gebiete und das Kernland Oldenburg umfaßt. Eine genaue Grenzziehung vorzuschlagen, ist noch nicht möglich, da endgültige Voten der Beteiligten nicht vorliegen und nur solche Gebiete politisch zusammengeschlossen werden sollten, deren Verwaltung und Wirtschaft im Sinne des Artikels 18 der Reichsverfassung eine solche Vereinigung wünschen. Es muß hervorgehoben werden, daß in Oldenburg z. Zt. keine Neigung bestehen dürfte, die staatliche Selbständigkeit aufzugeben. Lippe-Detmold, das in seiner Nordhälfte wirtschaftlich nach der Provinz orientiert, im Süden mit dem Minden-Ravensberger Land, dessen Industrie- und Handelskammern politisch bei einer unversehrten Provinz Westfalen verbleiben wünschen, eng verknüpft ist, hat offiziell noch nicht Stellung genommen. Die anschlufsbereite Einstellung Braunschweigs ist durch die neuere politische Entwicklung etwas undurchsichtig geworden. Ein Anschluß Bremens und Hamburgs zum Reichsland Niedersachsen kommt nicht in Betracht; die Hansestädte stehen auf dem Recht auf dem Standpunkte, lebenskräftige eigene Wirtschaftsräume zu bilden, deren Aufgabe in der Vermittlung des Weltverkehrs Deutschlands und Mitteleuropas liegt. Der jüngst aufgetauchte Plan der Schaffung eines politischen „Reichslands Großniedersachsen“, das über den engeren Wirtschaftsraum Niedersachsen hinaus auch Schleswig-Holstein, Mecklenburg, die Hansestädte und einen Teil Westfalens, um so fast den ganzen Volksraum Niedersachsen, umfassen soll, ist nach übereinstimmender Meinung maßgeblich beteiligter Verwaltungs- und Wirtschaftskreise verwaltungstechnisch und wirtschaftspolitisch utopisch und abzulehnen.

Möchten die verantwortlich entscheidenden Stellen die richtigen Wege und die Kraft finden, die territoriale Neuordnung unseres Vaterlandes mit staatsmännischem Gefühl in die Wege zu leiten, und möchten sie sich hierbei des engsten Einverständnisses mit Verwaltung und Wirtschaft draußen im Lande versichern, die den Wunschnschlag des Volkes, um dessen Wohl es sich handelt, aus nächster Nähe und unmittelbar am stärksten fühlen. Sind die tätigen Menschen eines neu zu umgrenzenden Landes in Volkstum, Kultur und Wirtschaft innerlich verbunden, bildet ein solches Land eine verwaltungsbezirklich richtig erfaßte natürliche wirtschaftliche Einheit, und wird dieser Zusammenklang von Natur und Mensch, von Verwaltung und Wirtschaft eine glückliche Lösung sein und die Einheit des Reiches festigen.

ERHARD HÜBENER:

*Reichsreform und Mitteldeutschland***Die gegenwärtige Gebietsgliederung**

Die Notwendigkeit einer Reichsreform wird an wenigen Stellen so deutlich in Mitteldeutschland. In sein Gebiet teilen sich die Provinz Sachsen und die Freistaaten Sachsen, Thüringen, Braunschweig und Anhalt. Ein Blick auf die Karte zeigt, daß im Norden der Provinz Sachsen ein leidlich geschlossenes Gebiet liegt, daß der Norden durch zwei anhaltinische Gebietsteile von dem Süden der Provinz abgeriegelt und mit ihm nur durch den „Isthmus“ von Aschersleben verbunden ist. An den Südteil der Provinz schließt sich Thüringen an, ebenso durch preußische Exklaven durchsetzt wie der Süden der Provinz durch thüringische. Westlich von Braunschweig, im Grunde nur aus Gebietsteilen bestehend, die anderwärts als preußische Exklaven gelten würden. Besonders in die Augen springend ist die große Zahl an Exklaven. Manche sind so klein, daß sie auf den meisten Karten gar nicht wiedergegeben werden können, denn außer den 35 bewohnten Exklaven gibt es in Mitteldeutschland noch eine ganze Anzahl unbewohnte. Im preußischen Kreis Weißenfels liegen z. B. heute noch 8 unbewohnte Gebietsteile, die unter sächsischer Landeshoheit stehen.

Ohne die zahlreichen Grenzkuriosa aufzählen zu wollen, möchte ich noch einige Einzelheiten ausdrücklich aufmerksam machen. Im Norden der Provinz liegt die braunschweigische Exklave Kalvörde in der Altmark. Wer genau die Karte studiert, bemerkt, daß in der braunschweigischen Enklave eine kleine preußische Exklave liegt, ein Stück Feld mit einem Bauernhof. In der Mitte der Provinz Sachsen fällt auf, wie Anhalt von kleinsten preußischen Exklaven durchsetzt, dafür aber durch einen Kranz von eigenen Exklaven umgeben ist. Die große thüringische Exklave Sondershausen hat eine besondere Bedeutung durch die Tatsache, daß durch sie das Südharz-Kaligebiet zerschnitten wird. Die große sächsische Exklave in Thüringen, Schleusingen-Suhl, die an die provinzialhessische Exklave Schmalkalden anstößt, hat besondere Bedeutung durch die Tatsache, daß sich hier unter preußischer Verwaltung ein wichtiges Zentrum der Eisenverwertung entwickelt hat. Verwaltungspolitisch besonders interessant ist ferner der in Thüringen umschlossene preußische Landkreis Ziegenrück, der aus einem großen und 5 kleineren Teilen besteht.

Sehr viel besser abgegrenzt ist von den mitteldeutschen Gebieten der Freistaat Sachsen. Bewohnte Gebietseinschlüsse zwischen Freistaat Sachsen und Provinz Sachsen sind nicht vorhanden. Zwischen Sachsen und Thüringen hat es bis vor zwei Jahren solche gegeben, sie sind aber durch großzügigen Austausch beseitigt worden.

Entstehungsgeschichte der mitteldeutschen Gebietsverteilung

Wie ist dieses seltsame Bild Mitteldeutschlands entstanden? Es wird notwendig sein, besonders die Entwicklung des sächsischen Provinzialgebiets und ganz kurz die seiner Nachbargebiete zu skizzieren.

Das Kernland der Provinz Sachsen ist die Altmark, seit 1415 in kurbrandenburgischem Besitz. Es schließt die schon erwähnte braunschweigische Exklave Halberstadt ein. Großen Zuwachs brachte Kurbrandenburg der westfälische Friedensschluß. Es erhielt das Fürstentum Halberstadt, die Grafschaft Hohenstein und die Verwaltung auf das Herzogtum Magdeburg mit dem getrennt davon liegenden Saalkreis; die Übernahme erfolgte 1680. Das folgende Jahrhundert fügte die Grafschaften Wernigerode und Mansfeld dem alten Besitzstand zu. Bei dem großen Aufräumen unter den deutschen Kleinstaaten durch den Reichsdeputationshauptschluß vom Jahre 1803 wurde auch die mitteldeutsche Grenzwirrwarrnis vermindert. Preußen erhielt das Stift Quedlinburg, die freien Reichsstädte Nordhausen und Mühlhausen, das Fürstentum Eichsfeld sowie das Fürstentum Erfurt und hiermit die wichtigste thüringische Stadt nebst einigen Exklaven. Aber wie zusammenhanglos waren die neuerworbenen und die älteren Landschaften! Abhilfe brachte alsbald die Teilung Sachsens auf dem Wiener Kongreß. Eine Grenzsetzung, die recht willkürlich war und weder wirtschaftliche noch historische Zusammenhänge achtete, gab dem preußischen Staate die Hauptteile des Wittenberger und Meißner Kreises, einen Teil des Leipziger Kreises, die Hochstifte Merseburg und Naumburg-Zeitz, das ehemalige Fürstentum Querfurt und den altsächsischen Anteil der Grafschaft Mansfeld u. a. m. hinzu. Vor allem aber faßte Preußen erneut dadurch in Thüringen fest, daß es aus kursächsischem Besitz die Kreise Schleusingen und Ziegenrück erhielt. Mit Ausnahme der thüringischen Exklaven, das war das große Ereignis des Wiener Friedens, standen nunmehr die mitteldeutschen preußischen Besitzungen, von kleinen Exklaven abgesehen, im räumlichen Zusammenhang miteinander. Noch 1815 wurden sie zur preußischen Provinz Sachsen vereinigt.

Kürzer läßt sich der Weg zur Einheit schildern, den Anhalt und Thüringen gegangen sind. Seit 1603 gab es vier selbständige Teil-Fürstentümer, Anhalt-Dessau, Anhalt-Bernburg, Anhalt-Zerbst, Anhalt-Köthen. Ihre Dynastien starben jedoch allmählich aus, so daß seit 1863 das Herzogtum Anhalt einheitlich war. Das Musterbeispiel kleinstaatlicher Zerrissenheit war Thüringen, das in den Zeiten der ärgsten Zersplitterung nicht weniger als 90 Gebietsteile hatte. Bei der Begründung des deutschen Reiches im Jahre 1871 zählten wir noch 8 thüringische Staaten. Im Jahre 1920 gelang der Zusammenschluß der thüringischen Staaten mit Ausnahme Coburgs, das sich an Bayern anschloß, zu einem Freistaat.

Nur die Geschichte des Freistaates Sachsen zeigt eine andere Entwicklung. Der

Freistaat Sachsen stellt den seit 1815 in seinen Grenzen unveränderten Rest früher größeren wettinischen Staatsgebietes dar.

Das Ergebnis der bunten Entwicklung der Staaten auf mitteldeutschem Boden ist, daß es ein so klares mitteldeutsches Gemeinschaftsgefühl nicht gibt, wie es ostpreußisches, schlesisches oder rheinisches Gebietsbewußtsein gibt. Doch ist gerade in der Zeit seit der Staatsumwälzung, vielleicht zum großen Teil bedingt durch den Fortfall der Dynastien, ein solches Gemeinschaftsbewußtsein im Werden. Am stärksten ist das Staatsgefühl wohl im Freistaat Sachsen entwickelt, doch hält es im Leipziger Gebiet wohl das mitteldeutsche Bewußtsein mit dem Staatsgedanken auf die Waage. In Preußen ist es zwar gelungen, auch in den jüngeren Gebieten sehr schnell ein preußisches Staatsbewußtsein zu entwickeln. Insbesondere ist es im Osten der Provinz Sachsen den Bewohnern nur dank ihrer Schulbildung, nicht aus eigenem Gefühl heraus bewußt, wie jung sie mit dem preußischen Staate verbunden sind. Aber die Provinz Sachsen war lange Zeit mehr ein Konglomerat aus wesensfremder Teile als ein lebendiger Organismus. Hier hat sich in den letzten 12 Jahren ein entschiedener Wandel angebahnt. Die Umbildung des Provinzialparlamentarismus, der früher aus den Vertretern von Kreisen und Gemeinden bestand und heute von Parteien gebildet wird, die ihre Organisation über die ganze Provinz erstrecken, hat dazu stark beigetragen. Nicht weniger wichtig war die verstärkte Tätigkeit wirtschaftlicher und sozialpolitischer Organisationen, die sich über das Provinzialgebiet erstrecken, wie die Landwirtschaftskammer oder die größeren Gewerkschaften. Von wirtschaftlichen Einrichtungen ist die Mitteldeutsche Landesbank in Magdeburg mit Filialen in Halle, Erfurt, Nordhausen und auch Weimar zu nennen, von kulturellen in erster Linie die evangelische Provinzialkirche, daneben auch das Provinzialschulkollegium. Durch alle diese Einwirkungen trat in den letzten Jahren ein wohl schon seit langem vorhandene Gemeinschaftsgefühl im Provinzialgebiet seinen Bewohnern verstärkt ins Bewußtsein, so daß neuerliche Erörterungen über eine anderweite Grenzziehung in all den Gebietsteilen auf helle Entrüstung stießen, deren Herausfallen aus der Provinz etwa in Frage kommen könnte.

In Anhalt hat sich ein starkes Staatsgefühl entwickelt, aber auch die Notwendigkeit von der Aufgabe der Eigenstaatlichkeit ist Gemeinüberzeugung geworden. Thüringen scheint sich trotz der Jugend des Staatsverbandes überraschend schnell ein gemeinsames Staatsgefühl herauszubilden.

Der mitteldeutsche Raum

Wir sahen die politische Entwicklungsgeschichte Mitteldeutschlands und das verwirres Ergebnis. Es entsteht die Frage: Gibt es überhaupt ein einheitliches Gebilde Mitteldeutschland mit naturgegebenen Grenzen und gemeinsamer Wesensart innerhalb desselben? Die Frage wird von Geographen und Wirtschaftsgeographen gleichmäßig bejaht. Kein geringerer als Penck hat für Mitteldeutschland den Namen

soßgaus im Herzen Deutschlands geprägt. Otto Schlüter hat in einem wertvollen Beitrag zu dem von mir herausgegebenen Werke „Mitteldeutschland auf dem Wege zur Einheit“*) über „Mitteldeutschland als geographischer Raum“ Mitteldeutschland als Individuum herausgearbeitet. Es wird umgrenzt im Südosten vom Erzgebirge, im Südwesten vom Franken- und Thüringer Wald, westlich vom Westhang des Harzes und weiterhin von den Erhebungen in der Linie Goslar—Neudensleben. Vom Ostende des Erzgebirges ab folgt die Grenze etwa der Schwarzen Lösssteine und danach dem Fläming. Das durch diese Grenzen umrissene Gebiet hat gemeinsam die Abdachung vom Gebirge zum Tiefland und wird durch das Flußsystem der Elbe und Saale beherrscht. Das so umrissene geographische Gebiet Mitteldeutschland deckt sich nicht ganz mit seinem politischen Begriff. Manches liegt draußen, was wir historisch mit hinzurechnen müssen, so die Gebietsteile nördlich der Gebirgskämme, Anhalt-Zerbst und vor allem die Altmark, die doch der Ausgangspunkt der preußischen Gebietsbildung in Mitteldeutschland war.

In seiner in dem gleichen Werke erschienenen Arbeit über „die wirtschaftliche Einheit Mitteldeutschlands“ umgrenzt Gustav Aubin Mitteldeutschland ähnlich wie Otto Schlüter. Aber während Schlüter primär die Einheitlichkeit Mitteldeutschlands betont und daneben erst die Verschiedenheiten der in diesem Begriff zusammengefaßten Landschaften zeigt, arbeitet Aubin zunächst die Verschiedenheit der Teilgebiete heraus, um dann ihre Zusammengehörigkeit zu erörtern. Er unterteilt „drei strukturell verschiedene Wirtschaftsgebiete“. Sie werden von ihm zunächst ohne genauere Abgrenzung gegeneinander mit wenigen Worten umrissen:

1. Das Thüringer Becken mit dem es auf der Südseite umgrenzenden Mittelgebirge, im Norden bis an die Saale reichend.
2. Das Erzgebirge und sein Vorland bis etwa an den Rand der Tieflandbucht.
3. Die Tieflandbucht selbst mit dem dem Harz östlich und nordöstlich vorgelagerten Hügelland. Nach Osten ist die Grenze durch die Elbe gegeben, nach Norden verschimmt sie, ebenso wie die Bucht unmerklich in das Tiefland übergeht.“

Es wird nun von Aubin die „Provinz Sachsen“ als das Land der klassischen Landwirtschaft sowie als das Land der auf Zucker, Kali und Braunkohle aufgebauten materialgebundenen oder materialorientierten Industrien, „Sachsen“ und „Thüringen“ als das Gebiet der arbeitsorientierten Fertigungsindustrien dargetan. Für alle drei Gebiete sei es selbstverständlich, daß der fortschreitenden Industrialisierung eine Abnahme der relativen Bedeutung der landwirtschaftlichen Produktion entzogen hat. Das Tempo der Abnahme und das Ergebnis ist aber verschieden; im preussischen Staat Sachsen gehörten 1925 nur noch 9,1% der Bevölkerung, in Thüringen 19,9% den landwirtschaftlichen Berufen an. Über den strukturellen Verschiedenheiten der Wirtschaft in den einzelnen Teilbezirken wird aber auch von Aubin das

*) Merseburg, 1927.

Verbindende nicht vergessen. „Mitteldeutschland ist trotz aller Verschiedenheiten eine große einheitliche Kulturprovinz“, was näher ausgeführt wird.

Geographische und wirtschaftsgeographische Forschung kommt also zu dem Ergebnis, daß es sehr wohl einen mitteldeutschen Raum gibt, der sich zwar nicht in allen Einzelheiten mit dem historischen Begriff Mitteldeutschland deckt, aber im großen und ganzen mit ihm übereinstimmt. Und sie stellt ferner fest, daß die aller Einheitlichkeit des Gesamtgebiets dieses in drei strukturell verschiedene Wirtschaftsgebiete zerfällt.

Verwaltungspolitische Voraussetzungen einer vernünftigen Gebietsgliederung*)

Will man Grenzen auf ihre Eignung als Verwaltungsgrenzen prüfen, so muß man den doppelten Maßstab anlegen, ob das durch sie gebildete Gebiet eine vernünftige Form und eine zweckmäßige Größe hat. Kann der mitteldeutsche Raum ein einheitliches Verwaltungsgebiet abgeben? Was die Form anlangt, werden Einwendungen kaum zu erheben sein. Das Verhältnis der Grenzlänge zum Inhalt des Gebiets ist günstig. Auch läßt das Flußsystem der Elbe und Saale und das durch dieses bestimmte System von Straßen und Eisenbahnen die Form eines Mitteldeutschlands vernünftig erscheinen, das auf der Grundlage geographischer Erwägungen unter Berücksichtigung historischer Zusammenhänge geschaffen wurde.

Aber unter dem Gesichtspunkt der zweckmäßigen Größenordnung erscheint Mitteldeutschland mit seinen rd. 56 000 qkm und etwa 11 Mill. Einwohnern, viel zu groß, als kein geeignetes Verwaltungsgebiet.

Von einem solchen muß einmal verlangt werden, daß es groß genug ist, einen Ausgleich leistungsschwacher und -starker Gebiete zu schaffen, um dadurch besonders auch eine gesunde Selbstverwaltung zu ermöglichen. Es darf andererseits nicht so groß sein, daß es nicht mehr leicht von Verwaltungsbehörden und Selbstverwaltungskörpern überschaut werden kann. Vergleichen wir Umfang und Bevölkerungszahl Gesamt-Mitteldeutschlands zunächst mit Einwohnerzahl und Größe preußischen Provinzen:

Danach ist die größte preußische Provinz, die Provinz Brandenburg mit etwa über 39 000 qkm, Hannover und Ostpreußen kommen mit 38 584 und 37 046 qkm einigermaßen nahe, in einigem Abstand folgt Pommern, Provinzen mittlerer Größe sind mit etwa 25 000 bis 26 000 qkm Niederschlesien, die Rheinprovinz und Sachsen; Westfalen folgt mit 20 029 qkm, noch kleiner sind die übrigen Provinzen.

Aber nicht nur auf die Flächenzahl, sondern auch auf die Einwohnerzahl ist zu achten, und da zeigt sich, daß keine der vier großen Provinzen von mehr als 30 000 qkm auch nur die Einwohnerzahl der Provinz Sachsen erreicht, daß :

*) Im nachstehenden folge ich meinen Ausführungen in der Zeitschrift „Reich und Länd“ Jahrgang 1930, Nr. 4, „Die Neugliederung Mitteldeutschlands“.

der Flächenumfang von über 30 000 qkm sich nur bei den dünnbesiedelten preussischen Provinzen findet.

Aber nicht nur im Vergleich zu den heutigen preussischen Provinzen würde ein ganz Mitteldeutschland umfassendes Verwaltungsgebiet ungemein groß sein, sondern auch verglichen mit allen jetzigen deutschen Ländern, mit Ausnahme von Preußen und Bayern, die aber ihrerseits eben um ihres großen Umfangs willen eine Aufteilung in Provinzen (Bayern: Kreise) haben vornehmen müssen.

Wenn wir von Bayern absehen, unterschreitet die Flächenausdehnung sämtlicher Länder den Durchschnitt der preussischen Provinzen, und nur Sachsen steht in der Bevölkerungszahl über dem Durchschnitt ihrer Einwohnerzahlen.

Interessant mag der Vergleich mit der Größenordnung noch anderer Verwaltungsgebiete sein. Die durchschnittliche Größe der preussischen Regierungsbezirke des Westens sowie der französischen Departements beträgt 6400 qkm, die östlichen preussischen Regierungsbezirke kommen im Durchschnitt auf 14500 qkm, die durchschnittsgröße der alten österreichischen Kronländer war 21 000 qkm, und nur die russischen Gouvernements kamen auf im Durchschnitt 51 000 qkm. Diese Abweichung war sicherlich nichts Zufälliges; man wird auch aus ihr schließen können, daß für einen Verwaltungsbezirk in Mitteleuropa und im Herzen Deutschlands ein Gebiet von der Größe Gesamt-Mitteldeutschlands falsch ist.

Wenn aber ganz Mitteldeutschland nicht geeignet ist, eine Verwaltungsprovinz abzugeben, bleibt die Frage, ob dieses in mehr als einer Hinsicht zusammengehörige Gebiet zweckmäßig einer Zweiteilung zu unterziehen wäre. Dieser Gedanke ist in doppelter Hinsicht verfolgt worden. Zunächst könnte man daran denken, daß man den Freistaat Sachsen zur Reichsprovinz macht und die übrigen beteiligten Länder und die Provinz Sachsen zu einer zweiten Reichsprovinz vereinigt. Aber auch bei einer solchen Vereinigung der Provinz Sachsen mit den Freistaaten Anhalt, Braunschweig und Thüringen würden sich rd. 43 000 qkm mit rd. 5,7 Mill. Einwohnern ergeben; auch ohne Braunschweig würden noch ziemlich 40 000 qkm erreicht werden. Auch diese Größe würde mir nicht mehr recht zweckmäßig erscheinen. Die Reichsprovinz würde der Fläche nach (nächst dem nicht ohne weiteres vergleichbaren Bayern) die größte Gebietskörperschaft Deutschlands darstellen, und auch der Einwohnerzahl nach würde sie nur hinter der Rheinprovinz zurückgehen, die aber wegen ihrer geringeren Fläche viel leichter überschaubar ist. Vor allem aber würde das so entstehende Gebiet gegen die Forderung der zweckmäßigen Form verstoßen. Von Salzwedel bis Sonneberg und Meiningen würde das Gebiet aus recht heterogenen Teilen umfassen und schwerlich imstande sein, sich in absehbarer Zeit zu einer historischen Individualität zu entwickeln.

Der andere Versuch einer Zweiteilung von Gesamt-Mitteldeutschland ging dahin, die Freistaaten Sachsen und Thüringen zu vereinigen. Hierbei würden sich rd. 36 700 qkm mit rd. 6,6 Mill. Einwohnern ergeben. Vom Standpunkt der Größen-

ordnung würde hiergegen nicht allzuviel einzuwenden sein, aber der Gesichtspunkt der günstigsten Form würde auch hier völlig außer acht gelassen werden. Die Verwaltungsgebilde ist falsch, wenn nicht zwischen der Grenzlänge und dem Flächeninhalt ein leidlich vernünftiges Verhältnis besteht. Dies würde aber hier völlig fehlen. Es ergäbe sich ein Streifen von Zittau bis Eisenach mit äußerlich zackigem Rande, in dem obendrein Dresden und Leipzig, Eisenach und Meiningen und im Grunde auch Weimar eine Randlage hätten, ein Gebilde, das eine rationelle Verwaltung kaum zuließe. So ist denn auch der Gedanke, Sachsen und Thüringen miteinander zu verbinden und dadurch die Eigenstaatlichkeit wenigstens des neuen Landes zu sichern, am Protest der interessierten Bevölkerung gescheitert.

Der Vorschlag der Dreigliederung Mitteldeutschlands

Wenn an sich der mitteldeutsche Raum sowohl historisch-psychologisch als geographisch und wirtschaftsgeographisch als landschaftliche Individualität anzusehen ist, so daß an dieser Tatsache bei der Neugliederung Deutschlands nicht vorübergegangen werden kann, wenn andererseits dieser Raum zu groß ist für eine Reichsprovinz und auch die Vorschläge für die Schaffung zweier Reichsprovinzen abzulehnen sind, weil Größe oder Form der entstehenden Verwaltungsgebiete unerwünscht wären, so ergibt sich die Aufteilung des Gesamtgebiets in drei Provinzgebiete. Diese Folgerung liegt um so näher, als die wirtschaftsgeographische Betrachtung bereits ergab, daß sich in dem Gesamtgebiete drei strukturell verschiedene Teilgebiete deutlich erkennen lassen. Die Dreigliederung Mitteldeutschlands erfüllt ferner die Forderung, daß bei der Neueinteilung Deutschlands die vorhandenen Grenzen, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Tatsachen geworden sind, auch wo sie von Haus aus der Willkür entsprangen, nicht ohne Not geändert werden dürfen. Der Provinziallandtag der Provinz Sachsen hat am 14. Februar eine Resolution zugestimmt, in der es hierüber heißt:

„Das geschichtlich Gewordene darf bei der Reform nicht ohne Not zerstört werden. Zwar wird der Hinweis auf den Schaden, den die Beseitigung von Landesgrenzen einem Gebiete bringen würde, kein Grund für ihre Erhaltung sein dürfen. Aber es wird gewissenhaft zu prüfen sein, wie dieser Schaden auf ein geringstmögliches Maß zurückgeführt werden kann. Das wird am besten dadurch geschehen, daß die alten Landesgrenzen nach Exklavenauflösung und von historischen Zufälligkeiten dynastischer Staatsbildung befreit, als Verwaltungsgrenzen erhalten werden. Keinesfalls aber darf die Beseitigung der Landesgrenzen dazu benutzt werden durch Neubildung von Verwaltungsgebieten bewußt die Stellung der Landschaften und Städte in ihnen zu verschieben und dadurch der natürlichen geschichtlichen Entwicklung vorzugreifen.“

Nach diesen Grundsätzen aufgeteilt, würde Mitteldeutschland so aussehen: Der Freistaat Sachsen kann seine Grenzen behalten. Gewiß sind sie besonders im Westen und Norden zufällig und nur aus Tauschrücksichten und strategischen Erwägungen heraus entstanden, die heute gegenstandslos sind. Aber nach hundertjähriger E

cklung würde eine neue Grenzveränderung in gleicher Weise dem Vorwurf der Willkür und der Willkür ausgesetzt sein.

Was Thüringen anlangt, versteht es sich von selbst, daß die provinziälsächsischen und hessischen Exklaven ausgelöscht werden müssen. Aber auch die Grenze zur Provinz Sachsen aufrechtzuerhalten, wird ganz unmöglich sein. Erfurt und seine Umgebung gehören unzweifelhaft in eine Reichsprovinz Thüringen hinein. Umritten ist dagegen die Frage, wie weit nördlich die Grenze gegenüber der Provinz Sachsen zu ziehen ist. In Thüringen und Erfurt möchte man den ganzen Regierungsbezirk Erfurt und selbst Teile des Regierungsbezirks Merseburg mit nach Thüringen hineinnehmen. Von anderer Seite ist auf die Höhenlinie, welche die thüringische Pforte bei Kösen, die sächsische Pforte bei der Sachsenburg und die sächsischen Pforte unweit Bleicherode verbindet, als auf eine in der Natur vorzeichnete Grenzlinie hingewiesen worden.

Für den Rest der Provinz Sachsen erscheint als selbstverständlich die Aufnahme des anhaltinischen Staatsgebiets und der braunschweigischen Exklaven Blankenburg und Kalvörde. Es ist zu erwägen, ob der so entstehenden Reichsprovinz der Name Sachsen-Anhalt gegeben werden sollte, sofern die aus Hannover hervorgehende Reichsprovinz als Niedersachsen bezeichnet wird und für den jetzigen Freistaat Sachsen sich die Bezeichnung Obersachsen einbürgert. An den Grenzen Sachsen-Anhalts im Osten, Norden und Nordwesten brauchte sich nichts zu ändern. Über das Problem der Abgrenzung gegenüber Thüringen, das die meisten Schwierigkeiten bereiten wird, habe ich schon gesprochen. Verhältnismäßig klar scheint mir die Frage der Grenzziehung im Westen zu liegen. Hier ist der Unsegen der Kleinstaatlichkeit im Harz mit am stärksten fühlbar geworden. Von den wirtschaftlichen Problemen dieses Gebiets kommt zur Zeit das größte Interesse den wasserwirtschaftlichen Fragen zu. Ich verweise auf das vortreffliche Gutachten über eine Neuordnung der Grenzen im Harz zwischen der Provinz Sachsen und Hannover nach wasserwirtschaftlichen und landeskulturellen Gesichtspunkten, das der Ministerialrat Schroeter in Berlin auf mein Ersuchen erstattet hat*). Dieses kommt zu der Schlußfolgerung:

„Bei einer neuen Grenzfestsetzung nach wasserwirtschaftlichen und landeskulturellen Gesichtspunkten im Harze muß das ganze Bodegebiet an die Provinz Sachsen, das Oker- und Humegebiet im Norden und Westen des Harzes, also das Gebiet der Aller im Harze, an die Provinz Hannover fallen, die neue Provinzialgrenze im Harz demnach auf der Stromwasserheide zwischen Elbe und Weser verlaufen.“

*) Reichsreform und Harzgebiet“, herausgegeben vom Landeshauptmann der Provinz Sachsen, Merseburg 1930.

GEORG WEGENER:

*Erdraum und Schicksal *)*

Heinrich von Treitschke begann im Jahre 1879 sein monumentales Werk über die „Deutsche Geschichte im XIX. Jahrhundert“ mit den Sätzen: „Die Deutsche Nation ist trotz ihrer alten Geschichte das jüngste unter den großen Völkern Westeuropas. Zweimal ward ihr ein Zeitalter der Jugend beschieden, zweimal Kampf um die Grundlagen staatlicher Macht und freier Gesittung. Sie schuf sich vor einem Jahrtausend das stolzeste Königtum der Germanen und mußte aus Jahrhunderte nachher den Bau ihres Staates auf völlig verändertem Boden von neuem beginnen, um erst in unseren Tagen als geeinte Macht wieder einzutreten in die Reihe der Völker“.

Seitdem ist nun der Tornado des Weltkriegs über uns dahingegangen. Unsere Größe ist von neuem zerstört; zum drittenmal steht unser Volk vor der ungeheuren Aufgabe, sie gegenüber stärksten Widerständen überlegener Nachbarn wieder aufzubauen. Aber eines ist uns doch diesmal in dem furchtbaren Zusammenbruch geblieben; das wertvollste von all unseren Gütern: das heut vor 60 Jahren geschaffene Reich selbst. Es ist verkleinert und zerstückt; es ist geschwächt und aufs äußerste bedroht. Aber es ist doch noch da! Wir haben es noch und halten es noch, als unser teuerstes und heiligstes Palladium. Es ist wie ein halbwrackes Schiff im Sturm. Aber es trägt uns doch noch; und am heutigen Tage geloben Millionen Deutsche uns, alle Kraft des Hirns und des Herzens daran zu setzen, es heil hindurchzusteuern durch alle Wogen.

Wenn an diesem Tage einem akademischen Lehrer die Ehre zuteil geworden ist, eine Festrede zu halten, so soll er über das Reich sprechen, vom Standpunkte seines akademischen Faches aus. Ich bin Geograph und habe deshalb als Thema eine Betrachtung gewählt: wie sehr das politische Geschick eines Volkes bestimmt wird von der Natur des Erdraums, auf dem es leben muß, durchgeführt an Deutschland als Beispiel. Und zwar mit Bezug auf die Entstehung des Weltkriegs und auf die große Frage nach der Schuld am Kriege. Sie steht mit Recht immer im Mittelpunkt der Erörterungen; sie ist eine Grund- und Kernfrage für unsere Existenz. Denn auf der furchtbaren These unserer moralischen Schuld am Weltkrieg, auf der Behauptung, daß wir, und wir allein, ihn gewollt und bewußt ihn entfesselt hätten, beruht das ganze Gebäude von Versailles. Die Unhaltbarkeit dieser These muß immer von neuem nachzuweisen, müssen wir uns bemühen. Schon damit ist nicht heißt, wer schweigt, stimmt zu. Wir müssen es vor allen Dingen um unser selbst willen tun. Wir selbst müssen an die Unrichtigkeit dieser These glauben können; wir müssen reinen Herzens sein. Nur so werden wir den schweren Kampf um Deutschlands Leben bestehen.

*) Rede zur Reichsgründungsfeier an der Handelshochschule Berlin am 18. Januar 1919.

Kriegsursachen und Kriegsfall

Wenn ich jetzt also von den Ursachen des Krieges rede, so verstehe ich hier nicht, wie es fast immer geschieht, die diplomatischen Vorgänge der letzten Sommerwochen vor dem Kriegsausbruch. Schon die Lateiner unterschieden zwischen *causa belli* und *casus belli*. Die *causae belli* sind die großen allgemeinen langwirkenden Ursachen, die die Spannungszustände zwischen den Staaten herbeiführen; die *casus belli* die mehr oder minder plötzlich hinzutretenden Veranlassungen, die die bestehenden Spannungen zur Auslösung bringen; wie der Volksmund zu sagen pflegt, der Funke ins Pulverfaß. Die letzteren Vorgänge spielen sich meist sehr schnell ab. Bei dem Kriege von 1870 haben sie sich nach Sybel auf etwa 12 Tage zusammengedrängt; die entsprechenden Vorgänge 1914 haben nicht so sehr viel länger gedauert; etwa vom Mord von Serajewo (28. Juni) bis zum Kriegsausbruch, am 1. August. Die *causae belli* reichen in der Regel weit zurück und sind oft sehr abgehehnde, z. T. unabänderliche, von der Natur selbst gegeben. Über jene Sommerwochen von 1914 und die Veranlassung des Kriegsausbruchs gibt es schon eine ganze Bibliothek an Literatur, z. T. höchst verdienstvoller Art; jene weiter zurückliegenden Grundursachen sind noch sehr wenig zusammenfassend behandelt worden. Sie sind aber von allergrößter Wichtigkeit für eine gerechte Beurteilung der Kriegsschuld; auch der in den letzten Tagen. Denn die Persönlichkeiten, die in den Wochen vor dem Kriegsausbruch die Diplomatie der Staaten leiteten, sind selbst nicht frei von dem Druck jener großen Spannungen gewesen. Sie waren vielfach wahrscheinlich viel mehr Geschobene als Wirkende, und in jedem Fall gehört zum Verständnis ihres Tuns, ihrer Bestrebungen, auch ihrer Irrungen, die Kenntnis jener Umstände hinzu.

Nur von den großen allgemeinen Ursachen des Krieges soll hier gesprochen werden. Und auch nur von den geographischen darunter. Es gibt neben ihnen auch eine Fülle anderer. Aber wir werden sehen, daß gerade sie zweifellos ganz besonders bedeutsam erscheinen, vielfach geradezu schicksalhaft*).

Die Bedeutung des geographischen Raums

Die Bedeutung des geographischen Raums für das auf ihm sich abspielende Staatsleben ist von den Historikern und Politikern früherer Zeiten wenig beachtet worden. Seit den Arbeiten Friedrich Ratzels aber und neuerdings denen des Schweden Rudolf Kjellén beginnt sich das Verständnis dafür immer klarer zu entwickeln. Die geographischen Eigenschaften eines Staatsraums: seine Größe, seine Lage, sowohl die absolute Klimalage wie seine relative Lage zu anderen Räumen, seine Grenzgestaltung, seine innere Ausstattung mit Bodenschätzen und Verkehrsvor-

*) Ausführlicher ist der Gegenstand behandelt in des Verfassers Werk: Die geographischen Ursachen des Weltkrieges. Berlin. Karl Siegismund 1920.

bedingungen, alle diese wirken auf sein politisches Leben. Sie wirken verschieden je nach der Zahl, Begabung, Kulturhöhe des darauf lebenden Volkes; auch sogar zeitweilig verschieden je nach der allgemeinen Entwicklung der Welt. Aber sie wirken!

Das Beispiel Großbritannien

Nehmen wir, um etwas davon zu zeigen, zunächst einmal Großbritannien, es besonders einleuchtend ist. Sein Inselcharakter, mit den vollkommensten natürlichen Grenzen, die es gibt, den Meeresgrenzen, die restlos eindeutig bestimmt sind, schrieb dem darauf lebenden Hauptvolke das nächstliegende politische Ideal, ein einheitlichen Erdraum mit einem einheitlichen Staat zu erfüllen, mit seltener Klarheit vor. Ferner gewährleistete die vollkommene Meerumgürtung eine ungestörte nationale Entwicklung von höchster Selbständigkeit. Seit 1066 hat niemals ein feindlicher Fuß den Boden Großbritanniens betreten. Noch länger ist das der Fall als dem so ähnlich gestalteten Japan. Bei beiden hat nicht die Tapferkeit der Völker allein, sondern die Natur des Erdraums diesen unvergleichlichen Schutz übernommen. Wie 1588 die sturmbewegten Meereswellen selbst den Engländern die Armada Spaniens zerstören halfen, so ist 1281 Japans Unabhängigkeit vor einem gewaltigen Flottenangriff des Mongolenkaisers Kublaikhan durch einen Meeressturm gerettet worden.

Spät aber erst hat England, was uns heute so charakteristisch erscheint, seine Insellage vor der Küste Westeuropas als Basis der Entwicklung zu einem Volk des Handels und Überseeverkehrs ausgenutzt. Im Gegenteil, England war bis zur Schwelle der Neuzeit ganz agrarisch eingestellt, war Rohstoffland und Objekt fremden Handelsverkehrs. Auch das aber ist geographisch begründet gewesen. So dahin lag es einsam am fernen Außenrand der *terra cognita*, im Rücken der Wasserwüste des grenzenlosen Ozeans. Erst durch das Zeitalter der Entdeckungen und die Entwicklung der amerikanischen Gegengestade wurde der Atlantik aus dem Grenzgürtel der bekannten Welt zu dem modernen Mittelmeer der Erde. Großbritanniens Lage ein vergrößertes Abbild der Lage Venedigs zum europäischen Mittelmeer. Wie die Bevölkerung dieses Inselstaates im Mittelalter hat die Großbritanniens in der Neuzeit sofort mit glänzender Entschlossenheit die veränderte Lage ausgenutzt, um eine Seefahrts- und Handelspolitik ersten Ranges zu treiben.

Als dann mit dem 19. Jahrhundert das Zeitalter der Kohle, des Dampfes, des Industrialismus und des Weltverkehrs einsetzte, da boten ihm wiederum die Bodenschätze seines Erdraums, vor allem die Kohlen, die Möglichkeit, das eigene Land in die großartigste Fabrik zu verwandeln und einen bedeutenden Bruchteil der Waren selbst herzustellen, die es vermöge seiner Seelage über die ganze Erde zu vertrieb. Zugleich befähigten es der weite politische Blick, das räumlich großzügige Denken, die — wie Ratzel es in seinem klassischen Buche „Das Meer

„Völkergröße“ so eindringlich ausführt — seefahrenden Bevölkerungen besonders zu erwachsen pflegen, der drohenden Engräumigkeit des eigenen Landes durch eine rechtzeitige, überaus großartige, „in Erdteilen denkende“, Kolonialpolitik vorzubeugen. So haben die Briten das größte Reich geschaffen, das die Menschheit je gesehen hat. Von den napoleonischen Kriegen an haben sie ein Jahrhundert lang überdies die See wirklich souverän beherrscht. Ungeheure Reichtümer strömten ihnen zu; sie hatten ein Recht, das stolzeste Volk der Erde zu sein. Wenn dies heute nicht mehr ganz so ist, so ist das kein Gegenbeweis gegen das Gesagte. Die Geschichte steht niemals still. Sie ist ein unablässig flutender Strom; nichts Menschliches ist in ihr ewig. Historisch wird aber das britische Weltreich der viktorianischen Ära immer etwas überaus Großartiges bleiben. Und das ist ganz wesentlich erwachsen auf der Lage Großbritanniens und auf der Tatsache, daß das Meer fast $\frac{3}{4}$ der Erde einnimmt und die Festlandsmasse überall durchdringt underspült.

Auch was jetzt die überragende Stellung dieses Weltreichs besonders zu gefährden scheint, ist geographisch begründet: die außerordentliche Verschiedenheit und unumliche Zersplitterung der dazugehörigen Länder, die naturgemäß immer mehr selbständige Entwicklungen nehmen.

Der Zusammenhalt des Reiches beruht heut mehr als je auf einer überragenden englischen Seemacht, in der diese Länder ihre beste Verteidigung gegen Angriffe erblicken können. Und noch ein anderer Umstand erfordert eine solche. Im Vertrauen auf ihre Seebeherrschung haben die Engländer daheim ihre eigene Landwirtschaft geopfert, um sich ganz auf die Industrie einzustellen. So mußten sie und bis zum Weltkrieg haben sie das auch öffentlich vertreten — die absolute Beherrschung der See haben, um die Verpflegung ihres Landes unter allen Umständen sicherzustellen. Ebenso auch, um für ihre Fabrikserzeugnisse die Zugänge zu den überseeischen Märkten zu sichern; auch um vielleicht einmal — und das haben sie nicht öffentlich gesagt, aber, wie bisher noch jedes Handelsvolk, im Gefühl gehabt — eine übermäßige friedliche Konkurrenz auf diesen Märkten mit der *ultima ratio*, der Vernichtung durch die Flotte, zu beseitigen. Wir werden auf diese Seeherrschaftsfrage bei der Betrachtung Deutschlands zurückzukommen haben.

Das Beispiel Rußland

Das gewaltigste Gegenstück zum britischen Weltreich ist das russische. Rußland war vor dem Kriege das zweitgrößte Reich der Erde neben dem britischen geworden. Zum Unterschied von diesem aber 1. ein ausgesprochenes Landreich und 2. ein territorial vollkommen zusammenhängendes Reich. Auch das war ein Zufall, sondern hervorragend geographisch begründet. Hier dehnt sich das größte zusammenhängende Flachland der Erde aus, getrennt nur durch den Ural, und infolge seiner sehr leichten Überschreitbarkeit keine Grenze bedeutete. Auch hier hat

ein kraftvolles Volk es nahezu fertiggebracht, einen zur Verfügung stehenden heitlichen Raum, trotz seiner Riesenhaftigkeit, mit einem einheitlichen Staatsgebilde zu erfüllen. Keine so ideale Lösung war hier möglich, wie bei der II. Großbritannien, denn nur zum Teil hat dieser Raum die scharf bestimmten Grenzen von Meeresküsten. Solche hat es im Norden und Osten Asiens und Europas an der Ostsee, dem Schwarzen und Kaspischen Meere erreicht, und in Asien seine Grenzen überdies bis an den Nordhang der süd- und mittelasiatichen Gebirge geschoben. Seine natürlichen Grenzen hatte es nicht erreicht in Mitteleuropa. Nicht an den Karpathenbergen, deren flaches Vorland, Rumänien und österreichische Galizien, nicht in seinen Händen war. Nicht im Süden der Ostsee, im norddeutschen Flachland. Jede physisch-geographische Karte zeigt, daß dieses letztere unzweifelhaft ein natürlicher Ausläufer des großen europäischen Flachlandes ist, bis zur Nordsee hin. Und wenn hier nicht ein so kraftvolles Volk wie die Deutschen gesessen hätte, wäre nichts wahrscheinlicher, als daß das russische Reich sich auch dorthin ausgedehnt hätte. Das gibt einen natürlichen Gegensatz. Das große Grundgesetz der organischen Welt — schließlich ja auch der anorganischen —, der Kampf ums Dasein, in der bürgerlichen Sphäre vielfach durch die Moral verdeckt, herrscht im Leben der Staaten mit voller Reinheit. Der natürliche politische Zustand zweier aneinander grenzender Staaten ist daher schon gefühlsmäßig Gegenstand der Feindschaft, wenn nicht ganz eigene Gründe sie überwinden. Bei besonderen Interessenkonflikten verschärft sich dieser natürliche Grenzantagonismus zu besonderer Feindschaft. Das war der Fall zwischen Rußland einerseits und Deutschland-Österreich andererseits. Außer dem hier schon angedeuteten Grunde lagen noch andere solche ausgesprochen geographischer Art vor.

Rußlands geographische Lage auf dem Globus ist eine geradezu raffiniert günstige. Man hat mit Recht gesagt, es liege gewissermaßen auf der Schattenseite der Alten Welt. So riesenhaft sein Bereich ist, nahezu überall sind es rauhe, unwirtliche, dem Verkehr schwer zugängliche Gegenden, die dazu gehören. Vor allem liegt es fern von einem für den Weltverkehr brauchbaren Meere, und es ist geradezu das klassische Schulbeispiel der Geopolitik geworden, wie Rußlands Geschichte seit mehr als 200 Jahren durch den Drang nach einem solchen Meere bestimmt wird. Die früh von ihm erreichte Nordküste Europas ist nur zu einem kleinen Teile dauernd eisfrei, und wo sie es ist, vom Weltverkehr zu entlegen. Wir sehen wir denn, wie Peter der Große den schwedischen Ring um die Ostsee gewaltsam sprengt. Aber auch diese ist kein offenes Meer und Petersburg noch mehrere Monate vom Eis gesperrt. Der vom Flachland vorgezeichnete Weg bis zur offenen Nordsee wird durch Preußen-Deutschland gesperrt. Es gelingt Rußland zwar nicht, Polen sich einzuverleiben, aber hier wird nicht einmal die relativ günstigere Südküste der Ostsee dadurch gewonnen; die Unterläufe der großen Flüsse Weichsel und Njemen bleiben in deutschen Händen. Auch Rußlands ungeheures Hin-

achsen über ganz Nordasien nützt ihm nichts. Die asiatische Eismeerküste ist für den regelmäßigen Verkehr völlig unbrauchbar. Ähnlich auch noch die Küste des großen Ozeans am Ochotzkischen Meer. Ja selbst der so stolz getaufte Endhafen der sibirischen Eisenbahn, der „Beherrscher des Ostens“, Wladiwostok, bleibt eine Täuschung; auch dies ist noch 3—4 Monate vom Eis gesperrt und liegt ebenfalls in einem geschlossenen Meere, dessen Ausgänge die Japaner beherrschen. Rußland strebte dann in Ostasien noch weiter südlich, nach Port Arthur am Gelben Meer. Aber auch das war nicht eisfrei. Der nördlichste wirklich eisfreie Hafen der Ostküste Asiens ist die Bucht von Kiautschou. Auch daran hatte Rußland schon gedacht, und als wir 1898 diese besetzten, da empfand Rußland das als eine Beeinträchtigung seines natürlichen Rechtes durch Deutschland. Die Gründung Tsingtauer hat wesentlich dazu beigetragen, Rußlands feindselige Stimmung gegen uns zu schüren und sein Bündnis mit Frankreich zu festigen.

In Europa suchte Rußland auch gegen Süden einen Ausweg zum Meere. Um seinen Willen zerbrach es in schweren Kämpfen den Ring der Türkenmacht um das Schwarze Meer. Aber auch dies war ja kein freies Meer, solange der Ausgang bei Konstantinopel nicht in seinen Händen war.

Byzanz ist für Osteuropa etwa das, was Rom für Mittel- und Westeuropa im Mittelalter war, der Ausgangspunkt aller Kultur und die heilige Stadt seines Glaubens. Die ganze russische Geschichte, von den Warägern an, durchzieht der Drang nach Konstantinopel. In der Neuzeit vermählte er sich nun mit jenem Drang nach dem freien Meeresausgang: Rußland sah in der letzten Zeit ein absolutes Lebensinteresse in seiner Ausdehnung bis zum Bosphorus und den Dardanellen. Und politisch nicht ohne Grund; das hat der Weltkrieg bewiesen. Rußland hat ihn für sich verloren und ist in der Revolution zusammengebrochen, weil ihm die Entente nirgends, auch hier nicht, das notwendige moderne Kriegsmaterial zuführen konnte. Lange war es England gewesen, das Konstantinopel und die Dardanellen vor Rußlands Zugriffen schützte. Seit der *Entente cordiale* schien England sich mit dem Gedanken abgefunden zu haben. Jetzt aber sah Rußland als Haupthindernis seiner als naturgeboten empfundenen Ausdehnung auch hier wieder Deutschland. So wunderlich das zunächst klingen mag, es ist nicht ganz unrichtig. Wir werden sehen, daß unsere Politik in der Tat, auch dies aus geographisch begründetem Zwange heraus, ihm hier in den Weg treten mußte.

Der Raum des deutschen Volkes

Der Wohnsitz des deutschen Volkes liegt in der Mitte Europas. Ein geographisch einheitlicher Raum ist hier nicht von der Natur gegeben. Das beglückende und erhebende Ideal, einen solchen mit seiner Volkheit ganz zu erfüllen, politisch ganz zu umfassen und Volk, Staat und natürlichen Erdraum zu einer Einheit von höchster Harmonie zu gestalten, wie es Großbritannien, Italien, in hohem Grade

auch Spanien und Frankreich gehabt haben, hat uns immer gefehlt. Zwar billt in Mitteleuropa das Meer im Norden, das Alpengebirge im Süden natürliche Grenzen, und mit ihrer Sprache haben die Deutschen diesen Raum ja auch einigermaßen einheitlich ausgefüllt. Allein die Halbinsel Jütland durchbricht doch auch unsere Meergrenze. Sie gehört physisch ganz und gar zur Bildung des norddeutschen Flachlandes. Hier aber sitzt ein anderes Volk, das dänische, und ewige Reibungen und Grenzverschiebungen sind die Folge davon. Nach Westen und Osten hin gibt es aber gar keine natürlichen Grenzen. Im Westen besteht noch vielleicht eine ganz schwach angedeutete und lückenhafte Erhebungslinie gegen das französische Tiefland in den Hügeln von Artois, den Ardennen und den Vogesen, die wenigstens ausreichen konnte, um seit dem Mittelalter zwar nicht als politische, aber doch ungefähr als Sprachgrenze zwischen deutsch und französisch zu dienen. Im Osten dagegen gibt es überhaupt nichts dergleichen. Meerähnlich grenzenlos dehnen sich hier die sarmatischen Ebenen. Hier fehlt deshalb auch eine klare Sprachengrenze vollständig. Zerhackt und zerrissen verläuft sie, und wie die Schären Norwegens sind ihr zahllose deutsche Sprachinseln in fremder Umgebung bis fern nach Osten und Südosten vorgelagert. Kein natürlicher Halt, nur der politische Halt von einem starken, machtvollen Kernlande her kann ihnen Bestand garantieren, und jedem Volke natürliche Streben danach bringt gerade uns Deutsche naturgemäß in besondere Konflikte mit den Nachbarn, innerhalb deren Herrschaftsbezirk die Sprachgebiete liegen. Der Mangel natürlicher Grenzwälle, die die Verteidigung Heimatbodens erleichtern, besonders nach Osten und Westen hin, brachte fern von uns die Notwendigkeit mit sich, eine starke Armee zu haben.

Vermehrt wurde diese Notwendigkeit, auf deren Konsequenzen wir noch zurückzukommen werden, durch Deutschlands geographische Lage in Europa.

Deutschlands geographische Lage

Sie ist eine ausgesprochene Mittellage. Solche hat ihre Vorzüge und ihre Nachteile. Vor dem Kriege, in der Zeit unseres politischen Glanzes und wirtschaftlichen Aufstiegs, wurde durchgängig mehr an die Vorzüge gedacht und in der Rücksicht auf Deutschlands glückliche geographische Stellung als Herzland Europas gepriesen. An sich ist das durchaus nicht falsch gewesen. Deutschland hat außerordentliche kulturelle und wirtschaftliche Vorteile gehabt dadurch, daß es fast zwei Jahrtausende hindurch das Hauptvermittlungsland zwischen dem früher kultivierten Süden und Westen des Erdteils und dem mehr zurückgebliebenen Norden und Osten gewesen ist, und daß es neuerdings immer ausgesprochener das Verkehrsdurchgangsland des Erdteils wurde. Das darf niemals verkannt werden.

Je mehr sich aber auch der Norden und Osten unseres Erdteils selbständig entwickelten, um so stärker wurden die Nachteile einer solchen Mittellage.

Als das deutsche Volk jenes erste stolze Reich der Germanen schuf, von dem

Reichsche spricht, da hatte Deutschland, politisch gesprochen, eigentlich noch gar keine Mittel-, sondern eine Randlage. Jene Länder kamen als politische Mächte noch gar nicht in Betracht, und Deutschland konnte dieses Reich mit der ganzen Energie losigkeit errichten, die eine solche Randlage mit Rückenfreiheit und nur einseitiger Krafrichtung gibt, wie sie England, Rußland, Schweden, Spanien zu ihrer Glanzzeit, China unter seinen großen Dynastien u. a. gehabt haben.

Das wurde anders, je mehr die Deutschland umgebenden Völker Nord- und Ost-Europas zu kräftigen eigenen Staatsbildungen emporstiegen. Politische Nachbarn, wie wir schon einmal betonten, a priori natürliche Gegner. Und die meisten Gegner muß naturgemäß der in der Mitte liegende Nachbar aller haben. Das darf zunächst noch gar keiner anderen Gründe, als das einfache Ausdehnungsbedürfnis dieser Nachbarn. Der Drang nach Raumerweiterung ist eine der elementarsten, absolutesten Eigenschaften jedes lebenskräftigen Staates, ähnlich wie er bei einer Pflanzenvereinigung, einer Grasnarbe im Garten, einem Walde zu eigen ist, die genau so weit wachsen, wie die Natur oder eine Konkurrenz es zulassen. Immer wird jede Gelegenheit zur Erweiterung des Staatsraums gierig ergriffen, wie wir ja beim Friedensschluß selbst an so kleinen und anscheinend friedfertigen Staaten wie Belgien und Dänemark erlebten; nichts wird leidenschaftlicher abgelehnt als Raumverlust. Ich habe während des Krieges im okkupierten Frankreich öfter mit ruhigen und verständigen Franzosen gesprochen, zu Zeiten, wo unser Sieg ihnen möglich schien. Sie sagten: verlangt von uns, was ihr wollt, verlangt Geld, soviel es irgend vernünftig ist, aber verlangt keine Gebietsabtretung; das können wir nicht, das kann kein Franzose. Und genau ebenso sehen wir heute sofort ein rasendes Aufbegehren bei den Italienern oder den Polen, sobald von einem Zurückverlegen der neuen Grenzen gesprochen wird. Das ist schon immer so gewesen, bei allen Völkern; die moderne Menschenvermehrung aber und die wachsende Erkenntnis von dem Engwerden der Erde hat die Bedeutung des Raumes für den Staat in der Gegenwart noch außerordentlich gesteigert.

Man hat diesen Ausdehnungsdruck, den ein Staat auf den benachbarten ausübt, nahezu ziffernmäßig, aus Größe, Bevölkerungszahl und dergleichen, zu berechnen gesucht und ihn den Druckquotienten genannt. Am stärksten ist dieser Druckquotient bei der Mittellage und um so schwerer, je größer und mächtiger die Nachbarn ringsum sind. So war es bei Deutschland geworden.

In solch einer Mittellage ist den Nachbarn ein schwacher Staat manchmal gar recht unwillkommen. Er ist weniger unangenehm, als die direkte Berührung mit einem stärkeren Nachbarn sein würde. Sie halten ihn oft in gemeinsamem Einverständnis bewußt als Puffergebilde aufrecht. Aber er darf ja nicht selber kräftig werden wollen. Daß es uns nach dem Zusammenbruch unserer mittelalterlichen Kaiserherrlichkeit durch viele Jahrhunderte nicht gelang, wieder emporzukommen, sondern daß unsere Geschichte über ein halbes Jahrtausend die eines immer weiter-

gehenden Niederganges, mit allen Erscheinungen politischer Ohnmacht, darbi und mit den düstersten Folgen für unseren wirtschaftlichen Wohlstand, für unse Gesittung und unser nationales Selbstgefühl, bis zu dem entsetzlichen Tiefp des Dreißigjährigen Krieges, das ist eine Folge der Tatsache, daß die Politik all unserer Nachbarn unsere Niederhaltung gewesen ist. Ihrer aller natürliches Intes se war es, daß die deutsche Mitte politisch nur dazu da sein dürfe, die R bungen und Stöße der anderen untereinander abzufangen und als Schlachtfeld l dienen, auf dem sie ihre Machtkämpfe unter Schonung der eigenen Gebiete afechten könnten. Der Hauptsinn des Westfälischen Friedens war der, nach Befriedigung der Raumbedürfnisse der Nachbarn die Ohnmacht des übrigbleibenden Mittelgebiets zu verewigen. Hieran beteiligte sich sogar das seitdem nicht mehr national deutsch zu bezeichnende habsburgische Kaisertum.

Ganz elementar tritt dies natürliche Interesse aller Nachbarn gegen das Aufkommen einer zukunftsreichen politischen Macht in der Erdteilmitte wieder herbei der Erscheinung Friedrich des Großen. Der Siebenjährige Krieg ist nicht anderes als ein Vorspiel des Weltkrieges. Dieser wiederholt nur in größerem Umfang, was damals mißlang. Wenn jenerzeit noch England auf Friedrichs Seite stand, so ist das nur ein Beweis mehr dafür, daß in dem Emporkommen einer kräftigen Zentralmacht eine natürliche Beeinträchtigung der anderen Kontinentalmächte lag; denn England wünschte damals eine solche. Und wenn gegen Ende des Siebenjährigen Krieges Rußland eine Zeitlang auf Friedrichs Seite trat, so war das doch nur infolge der Laune eines nicht ganz normalen Monarchen und geschah ganz gegen das Volksgefühl in Rußland selbst. Hervorragende russische Politiker haben die Meinung ausgesprochen, daß Katharina II. nur deshalb die Ermordung Peter III. wagen durfte, weil dessen preußenfreundliche Politik dem russischen Empfinden schroff widersprach.

Und nun halte man sich vor Augen, daß zuletzt, allen diesen jahrhundertelangen Bestrebungen zum Trotz, und zu einer Zeit, wo die Randmächte Europas sich noch viel mächtiger und politisch anspruchsvoller entwickelt hatten als ehemals, dennoch in dieser Erdteilmitte ein neues, waffenstarkes, jugendkräftiges und nationalstolz Staatswesen erwuchs, das geeinte Deutsche Reich von 1871! Für uns die dunkelste, tiefste, natürlichste Pflicht eines Volkes geheiligte Erfüllung eines jahrhundertlangen Sehnsuchtstraumes; von allen anderen als eine politische Störung Europas empfunden. Für uns etwas unsagbar Beglückendes; für alle anderen, wie wenn sich plötzlich ein finsterner Vulkankegel inmitten blühender Gefilde emporwölbt. Der Mißbehagen der gesamten europäischen Umwelt war wie die Gabe einer bösen Fäule diesem neuen Staatsgebilde von Anfang an in die Wiege gelegt. Seine Mittellinie erschwerte und vergiftete von vornherein alle Probleme der äußeren Politik, und für unsere Staatsmänner auch weiterhin aus der natürlichen, an sich ebenso wie die aller anderen berechtigten Lebensentwicklung des deutschen Volkes entsprangen.

Das Bündnis mit dem österreichischen Nachbarn

Das einzige durch natürliche Interessengemeinschaft begründete und darum zuverlässige Bündnis für uns war das mit Österreich, dessen überlieferungsgemäß herrschender Volksteil deutsch, aber nicht mehr zahlenmäßig seinen anderen Volksteilen überlegen war, und das unter der gleichen europäischen Mittellage litt, wie wir. Das Bündnis kam durch Bismarcks Staatskunst zustande, obwohl das habsburgische Kaisertum ebenfalls ursprünglich zu den Gegnern der neuen Reichsbildung gehört hatte, und hat uns auch unzweifelhaft eine größere Sicherheit gegeben und uns Jahrzehnte hindurch eine friedliche Weiterentwicklung gewährleistet. Es hat uns aber in der Folge mehr und mehr mit allen den großen Schwierigkeiten verknüpft, die dieser Staat selber hatte. Und wieder ganz besonders aus geographischen Gründen hatte. Seine politische Karte vereinigte ja die verschiedenartigsten Völker, die in dieser Zeit der überall erstarkenden Nationalismen immer mehr auseinanderstrebten. Besonders bedenklich war der slawische Einschlag darin, da diese kleinen Völker ihren natürlichen Unterstützer in Rußland und seiner panslawistischen Politik fanden. Österreichs Bestand forderte eine Gegnerschaft gegen Rußlands zäh verfolgte Balkanpläne, einschließlich seines Konstantinopelgedankens. So kamen wir als Verbündete und Schützer Österreichs auch um dieser Fragen willen in einen Gegensatz zu Rußland.

Für Österreich war ein tatsächliches Lebensinteresse besonders die Niederhaltung Serbiens, das sich die ihm verwandten und benachbarten Südslawen des Habsburgerreiches angliedern und sich über das österreichische Bosnien hinweg den Zugang zum Meere erringen wollte. Im Vertrauen auf uns als Garanten dieses Lebensinteresses verfolgte Österreich seine vielleicht ungeschickte, aber letzten Endes doch unfraglich naturgebotene Serbenpolitik, die ja schließlich 1914 ganz besonders die latenten Spannungen Europas zu akuten machte.

Österreichs Gegensatz ferner zu Italien, sein Besitz irredenter, „unerlöster“, italienischer Sprachgebiete, brachte es mit sich, daß dieses Land niemals ein vertrauenswürdiger Bundesgenosse im Dreibund war, und uns auch im Ernstfall sofort verlassen hat.

Unsere so charakterisierte Mittellage mit dem Mangel natürlicher Verteidigungsgrenzen, gerade nach den gefährdetsten Seiten, Frankreich und Rußland, machte es uns, wie schon betont, zum unbedingten Gebot, ein sehr starkes Landheer zu haben. Das ist auch von unbefangenen Politikern des Auslandes immer anerkannt worden. Niemand hat es vor dem Kriege mit größerer Klarheit und Entschiedenheit ausgesprochen als Lloyd George, der in einer Guildhallrede 1908 sagte, „die deutsche Armee ist lebenswichtig nicht nur für die Existenz des Deutschen Reiches, sondern auch für das nackte Leben und die Unabhängigkeit des deutschen Volkes“, und der noch am 1. Januar 1914 im Daily Chronicle schrieb: „Für Deutschland

ist sein Heer, was für uns die Flotte ist: seine einzige Verteidigung gegen eine Invasion.“ Trotzdem, und obwohl wir uns mehr als vier Jahrzehnte hindurch einer kriegerischen Verwendung dieser Armee durchaus enthielten, mehr als unsere feindlichen Nachbarn selbst in anderen Teilen der Welt, wurde diese Rüstung und doch verübelt. In der Politik kommt es nicht darauf an, was ist, sondern was geglaubt wird und deshalb wirkt. Und man wollte uns unsere Friedlichkeit nicht glauben. Die Steigerung unserer Heeresmacht rief bei den gegnerischen Gruppen immer wieder eine ebensolche hervor, und das zwang wieder uns, aus unserer Lage heraus, zu neuen Anstrengungen. Vor allem Frankreich und Rußland, als unsere besonders feindselig eingestellten Nachbarn, beteiligten sich an dieser gegenseitigen Steigerung der Waffenrüstung.

Der besondere Gegensatz zu dem französischen Nachbarn

Der besondere Gegensatz Frankreichs gegen uns ist zweitausend Jahre alt, und ist sehr einfach begründet durch die geographische Nachbarschaft zweier ungefähr gleich großer und gleich stolzer Völker ohne eine natürliche Grenze zwischen ihnen. Zwei Jahrtausende hat deshalb der Kampf der beiden Völker hin und her gewogt. Immer hat besonders Frankreich ein Interesse an einer Niederhaltung deutscher Macht in der Mitte Europas bekundet, von Richelieu über den Siebenjährigen Krieg und Napoleon I. bis zum Kriege von 1866, der, obwohl gar nicht gegen Frankreich geführt, doch von ihm als eine Niederlage der eigenen Politik empfunden wurde. In Paris ertönte der Ruf *Revanche pour Sadowal* Und nur durch einen furchtbaren kriegerischen Ringen mit Frankreich selbst konnte zuletzt das neue Deutsche Reich erzwungen und, heut vor 60 Jahren, proklamiert werden.

Aufs schwerste verschärft wurde die Erbitterung Frankreichs dabei noch durch einen damit verbundenen Raumverlust. Seit mehreren Jahrhunderten war die politische Grenze Deutschlands von der Sprachgrenze immer mehr ostwärts verschoben worden. Jetzt errangen wir einen Teil des deutschen Sprachgebiets zurück, den uns Frankreich selbst weggenommen hatte. Wir unsererseits empfanden den Wiedergewinn Elsaß-Lothringens als klares Recht, aber in Frankreich empfand niemand so; sondern als Raub und Vergewaltigung. Ein leidenschaftliches Irridentagegefühl für diesen Landesteil und seine Bewohner entstand, und die Folge für das neue Reich war ein jetzt aufs höchste gesteigerter Haß Frankreichs. Bismarck hat seine ganze spätere Politik darauf eingerichtet. Noch durch seine „Gedanken und Erinnerungen“ zieht sich die Überzeugung hindurch, daß Frankreich für jede gegen uns gerichtete politische Verbindung unbedingt zu haben sein würde. Der Antagonismus gegen uns wurde so groß, daß er schließlich einen uralten Gegensatz den gegen England, übertraf und Frankreich bestimmte, erstaunliche Opfer an Stolz und Nebenbuhlerschaft zu bringen, um England politisch auf seine Seite zu bekommen. Ebenso entschloß sich die französische Republik, das Geburtsland der

modernen Liberalismus, dazu, einen Abgrund an grundsätzlichem Denken überwindend, mit dem stärksten Hort des Absolutismus, mit dem zaristischen Rußland, eines Militärbündnis einzugehen, dessen furchtbare Gefährlichkeit für unser Land durch von zwei Seiten umfaßtes Reich Bismarcks Albdrucktraum bis zu seinem Ende gewesen ist.

Dies Militärbündnis nötigte Frankreich nicht nur zu außerordentlichen Geldopfern für die russischen Rüstungen, sondern auch zu Vermehrungen der eigenen Armee, die bei der Menschenarmut dieses Landes bereits bis an, ja über die Grenze des Erträglichen gegangen waren. Seit sich Frankreich deshalb sogar zur Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit entschlossen hatte, war es klar, daß dies Vertrüsten es zu einer gewaltsamen Entscheidung hindrängte. Als Dauermaßregel konnte dies von Rußland gebieterisch geforderte Zugeständnis nicht gedacht sein.

Deutschlands Raumenge

Frankreichs Deutschenhaß ist in den Jahrzehnten vor dem Kriege uns allen bekannt gewesen, daß aber auch in Rußland ein solcher von wachsender Gefährlichkeit bestand, davon hatten sehr viele keine Ahnung.

Unser heimatlicher Erdraum ist, an den Großreichen der Erde gewesen, klein. Und er begann zu klein zu werden für unser sich mehrendes Volk. An sich ist Bevölkerung ja ein relativer Begriff. Es ist wohl kaum eine Frage, daß im frühen Mittelalter bei der großen Auswanderung der Germanenstämme zur Zeit der Völkerwanderung aus Deutschland bereits eine relative Übervölkerung mitwirkte, obwohl damals wahrscheinlich nicht so sehr viel mehr Zehntausende auf deutschem Boden gelebt haben, als heut Millionen. Aber ihre Wirtschaft war noch zu primitiv, ihre damalige Kulturstufe befähigte sie noch nicht, die Widerstände der Landesnatur, insbesondere den schweren Wald, zu überwinden. Später, seit der großen Rodungsperiode, lebten auf gleichem Boden viel größere Menschenmengen und kamen zu Wohlstand. Als dann aber vor hundert Jahren mit der modernen Technik und Industrie die große neue Menschheitsvermehrung einsetzte, da konnte wieder der deutsche Boden, trotz viel intensiverer Landwirtschaft, die Bevölkerung nicht mehr ernähren. Zu Millionen wanderten unsere Volksgenossen aus und gingen uns verloren als Bestandteile fremder Staatsgebilde. Und wieder anders wurde es mit dem Ende des letzten Jahrhunderts, als Deutschland sich immer rascher aus einem vorwiegend Agrarlande in ein Land vorwiegender Industrie verandelte. Obwohl gerade in jenen Jahren die Bevölkerung Deutschlands in einer Weise stieg, die das Staunen der Welt und den Schrecken der Nachbarn erregte, nahm die Auswanderung doch stetig ab, statt zu. Das Deutsche Reich ernährte 1880 5 Millionen schlecht, 1914 auf gleichem Erdraum 68 Millionen gut!

So sehr das bewundert wurde, so hatte diese Entwicklung doch auch ihr Gefährliches, Beängstigendes. Man verglich diesen staunenswerten Wirtschaftsbau mit

einem Turmbau zu Babel auf viel zu kleiner Grundlage. Irreführend ist ja eigentlich schon der eben gebrauchte Ausdruck, daß diese Bevölkerung auf dem gleichen Erdraum erhalten wurde. In Wahrheit mußten bereits die Lebensmittel und industriellen Rohstoffe aus einem sehr viel größeren Teil der Erdoberfläche der deutschen Volke zur Aufrechterhaltung seiner Existenz dienen. Sombart schätzte vor dem Kriege auf das Drei- bis Vierfache des Deutschen Reiches.

Was für Zustände eintreten, sobald für einen derartigen Staat die freie wirtschaftliche Nutzung solcher auswärtigen Erdräume irgendwie gestört wird, das kennen wir ja gegenwärtig zur Genüge. Eine vorschauende Staatsleitung mußte damals schon an derartige Möglichkeiten denken und hat es getan. In Europa selbst war eine Raumerweiterung, etwa der Art wie bei unserer östlichen Kolonisation im Mittelalter, ausgeschlossen. Sie hat sich deshalb Kolonialgebiete in Afrika und Pazifischen Ozean gesichert. Leider erst zu einer Zeit, wo der beste Teil der Erde schon vergeben war. Immerhin, sie waren für die Rohstoffbeschaffung vielfach aussichtsreich. Nicht dagegen für die Ansiedlung des deutschen Menschenüberschusses wie er bei einem derartigen Tempo der Vermehrung trotz aller industriellen Entwicklung in Aussicht stand. Sollten wir diesen wieder wie ehemals unserem Vaterlande verlorengehen lassen? Wo aber auf der verteilten Welt konnten wir noch hoffentlich größere Mengen deutscher Ansiedler unterzubringen, die nicht in einem fremden Staat untergingen? Es war eine ziemlich verzweifelte Lage.

Verschärfter Konflikt mit Rußland

Deutschland hat schließlich an Kleinasien gedacht. Mit der Türkei waren wir politisch befreundet. Wir haben durchaus nicht eine Eroberung türkischer Gebiete beabsichtigt, sondern nur eine Kolonisation in dem dünn besiedelten Lande zur wirtschaftlichen Betätigung, die letzten Endes der Türkei selbst mit zugute kommen würde. Es gelang auch, die Türkei davon zu überzeugen. Sie selbst, geschwächt durch die jüngsten Balkankriege, politisch in äußerst gefährdeter Lage, erblickte in einer solchen Verbindung mit Deutschland mit Recht eine Stütze ihrer Existenz. So kam es, daß Deutschland, in Übereinstimmung mit unserer Unterstützung von Österreichs Stellung auf dem Balkan, die politische Kraftrichtung nach dem Südosten unseres Empires zustande, die in der Zeit vor dem Kriege bei uns eine so große Rolle gespielt hat. Und sie gerade brachte uns in den denkbar entschiedensten Gegensatz zu Rußland. Rußland, das seit Katharina II. in immer neuen Kriegen die Türken zurückgedrängt hatte, betrachtete sich selbst als den natürlichen Erben des absterbenden Türkenreichs. Wenn irgendeinem, so mußte ihm das angrenzende Kleinasien einfallen. Wenn nun aber Deutschland der Türkei zu neuem Leben verhalf, so verletzte das seine Erwartung. Und vor allem rückte es den jahrtausendealten Gedanken der Einverleibung Konstantinopels wiederum in eine unbestimmte Ferne. H. Delbrück hat im Juni 1914 in den preußischen Jahrbüchern einen Brief des na-

ften russischen Politikers Prof. Mitrofanoff an ihn abgedruckt, der mit der größten Schärfe diese Frage behandelt und den ganzen jahrhundertealten Haß Rußlands gegen die Deutschen mit der verblüffendsten Offenheit entschleierte. Es ist eigentlich erstaunlich, und der beste Beweis für die friedselige Verträumtheit des deutschen Volkes, daß er nicht überall bei uns wie ein flammendes Fanal eines unvermeidlichen Krieges gewirkt hat. Darin heißt es u. a.: „Überall, auf jedem Schritt und Tritt, in der ganzen Levante, stieß und stößt Rußland bei der Lösung seiner vitalsten Aufgabe — der orientalischen — auf den Widerstand der Deutschen. Es ist den Russen jetzt klar geworden: wenn alles so bleibt, wie es ist, geht der Weg nach Konstantinopel über Berlin. Wien ist eigentlich eine sekundäre Frage.“ Und man sehe sich das Bild der Karte doch nur an. Unser Interesse gebot, uns den Weg nach Südosten, über Konstantinopel und den Bosphorus hinweg, nach Kleinasien freizuhalten. Die Russen verfolgten eine politische Kraftlinie am Schwarzen Meer nach Südwesten hin. Beide Linien überschneiden sich; eine Vereinigung beider Bestrebungen ist geographisch nicht möglich. Eine Lösung konnte nur darin bestehen, daß eine der beiden Mächte auf ein politisches Lebensinteresse verzichtete oder daß der Krieg entschied. Wir wissen heute, daß Rußland 1914 die Stunde endlich gekommen glaubte, den Weg nach Konstantinopel gewaltsam freizumachen — über Berlin! Durch seine Mobilisierung hat es die große, drohende Lawine zur Bewegung gebracht. Hier die geographischen Gründe dafür.

Verschärfter Konflikt auch mit England

Aber nicht nur mit Frankreich und Rußland, sondern auch mit England brachte uns in der jüngsten Zeit eine von der Natur unseres Erdraums unserem Volke vorgezeichnete, kaum als vermeidlich erkennbare Entwicklung mehr und mehr in Gegensatz.

Wirtschaftlich ging die Entwicklung Deutschlands neuerdings ganz ähnliche Bahnen wie in Großbritannien. Auf Grund der gleichen Bodenschätze, der Kohlen, erbaute es, um seine Menschen auf engem Raum zu ernähren, wie England eine gewaltige Industrie, mit der es nun natürlich ein immer stärkerer Konkurrent auf dem Weltmarkt werden mußte. Sie wissen, wie England zuerst dieser Konkurrenz zu begegnen versuchte durch Diffamierung der deutschen Waren als *made in Germany*, und wie das ins Gegenteil umschlug und zur wirksamsten Reklame wurde. Die daraus hervorgehende Stimmung in England kennzeichnet der berühmte Aufsatz der *Saturday Review* von 1897, in dem es heißt: „Wenn Deutschland morgen aus der Welt ausgelöscht würde, gäbe es übermorgen keinen Engländer, der dadurch nicht reicher geworden wäre. Nationen haben jahrelang um eine Stadt oder um eine Erbfolge gekämpft; müssen wir nicht fechten um einen jährlichen Handel von 200 Millionen Pfund?“ Der Aufsatz gipfelt in dem offenen: *Ceterum censeo, Germaniam esse delendam!* Kjellén verglich vor dem Krieg Deutschland

und England in bezug auf den Handel mit zwei Wettläufern; England sei noch vor, aber Deutschland habe raschere Beine. Auf einem Diagramm der Ausfuhrziffern beider bis zum Jahre 1913 sieht man das sehr gut. Die deutsche Kurve schießt auf einer ungleich steileren Linie in die Höhe als die englische. Man sieht deutlich, Ende 1913 muß sie sie erreichen. — — In diesem Jahre ist England in den Krieg gegen Deutschland getreten!

Auch darin wandelte Deutschland ganz dieselben Bahnen wie England, daß es um seine ihm unentbehrlich gewordene überseeische Entwicklung zu sichern, sich eine starke Flotte schuf. Das bedeutete für uns eine um so gewaltigere Leistung, da wir ja außerdem noch ein besonders großes Landheer unterhalten mußten. Aber die Regierung hielt es wenigstens bis zu dem Grade für nötig, daß England eine gewissermaßen gleiche Unterdrückung des deutschen Handels doch zu teuer, mit einem zu großen Teil seiner eigenen Flotte, hätte bezahlen müssen. Damals aber befand sich England noch durchaus in der Meinung, daß ihm aus göttlichem Recht, eben wegen der Natur seines Landes, die unbedingte Seehegemonie gebühre. Da haben wir den zweiten schweren Konflikt, wahrscheinlich den für England untragbarsten von allen. Er genügte ihm, um die beiden jahrhundertealten Gegensätze, den zwischen England und Frankreich und den zwischen England und Rußland, zu überbrücken und eine *Entente cordiale* entstehen zu lassen.

Der dritte Konflikt führt uns wieder nach dem Mittelmeer und Vorderasien. Englands kostbarster Besitz ist Indien. Um seinetwillen hielt es Ägypten und den Suezkanal fest. Um seinetwillen war es darauf und daran, die zwischen Ägypten und Indien gelegenen Länder Arabien, Mesopotamien und Persien unter seinen Einfluß zu bringen. In bezug auf Südpersien war ihm das schon gelungen. Gelingend auch, durch Vertrag Rußlands Verzicht auf dies Gebiet und auf einen Zugang zum Indischen Ozean zu erreichen. Es war darauf und daran, sich den großen Weg von Kairo—Kalkutta zu bahnen.

Auch im Interesse dieser Pläne lag es, daß die Türkei, die nominelle Besitzerin Arabiens und Mesopotamiens sowie Ägyptens, schwach blieb. Ihre Stützung und Gesundung durch Deutschland widerlief auch den englischen Interessen.

Um so direkter, als in der Verlängerung unserer vorhin erwähnten politischen Kraftrichtung über Konstantinopel nach Südosten schließlich Mesopotamien selbst lag. Keine ausländische Unternehmung war vor dem Kriege in Deutschland populärer, als die berühmte von Deutschland geförderte Bagdadbahn von Kleinasien nach dem Euphrat- und Tigrislande. Sie mußte für die Türkei die Wirkung haben, diese halbverlorenen Länder militärisch wieder besser mit der Türkei zu verbinden. Für Deutschland lag darin ein Handels- und Einflußzugang zum Indischen Meer.

Wieder zeigt ein Blick auf die Karte, daß sich hier zwei politische Machtkontingenzen, die englische: Ägypten-Indien, und die deutsch-österreichisch-türkische Konstantinopel-persischer Meerbusen diametral überschneiden. Kam das Projekt

sführung und Auswirkung, so wurde damit für England die geplante künftige Verbindung Kairo—Kalkutta ebenso unmöglich, wie die Verbindung Kapstadt—Kairo unmöglich geworden wäre, wenn England seinerzeit die Besetzung Faschodas durch Frankreich geduldet hätte. England ging damals hart auf hart und hätte es auf einen Krieg ankommen lassen, wenn Frankreich nicht nachgegeben hätte. Nachgeben um des ihm noch wichtigeren politischen Gegensatzes willen, des gegen uns. Es scheint trotz alledem, daß England doch noch vor einem offenen Konflikt mit uns zurückscheute. Noch in den letzten Sommermonaten 1914 scheint es eine diplomatische Verständigung mit uns, insbesondere über die mesopotamischen und einige koloniale Fragen, noch für möglich gehalten zu haben. Da aber kam die unerhörte Gelegenheit, daß wir mit Rußland und Frankreich zugleich in Krieg gingen. Da griff es zu und trat mit in den Kampf!

Ergebnis

So kurz diese Ausführungen sein mußten, sie können doch wohl zeigen, wie endlich viel an der furchtbaren Katastrophe des Weltkrieges als eine geradezu zentrierte Schicksalstragödie erscheint, herausgeboren aus unlösbaren Problemen der räumlich überschneidender Lebensinteressen der zusammengedrängten Völker Europas. Und daß jedenfalls gerade für uns offensichtlich die allgemeine Lage ungünstig wie möglich zur Entfesselung eines Krieges war, während für die Ententemächte gewichtigste Gründe zu einer gewaltsamen Handlung gegen Deutschland drängten und deren eigentümliches Zusammenwirken für sie eine höchst ausichtsreiche Gelegenheit zum Handeln ergab.

HUGO HARDY:

Die internationale Kolonialausstellung in Paris 1931

Mitten in die Wirtschaftskrise der Welt fällt die Pariser Kolonialausstellung. Im Jahre 1920 beschlossen, noch unter den Nachwehen des Krieges als „internationalisierte“ Veranstaltung geplant, ist ihr später der weitere Spielraum internationalen Charakters gegeben worden. Nach manchen Kämpfen um Ort und Zeit hat sie am 1. Mai in dem herrlichen Park von Vincennes ihre blendend weißen Tore geöffnet. Das 110 ha umfassende Ausstellungsgelände, das den langgestreckten, anmutigen Lac Daumesnilsee einschließt, bildet einen ungewöhnlich reizvollen Rahmen für das bunte Gewirr von modern-europäischen und exotischen Palästen und Hütten, ja sogar ganzen Stadtteilen, aus allen Weltgegenden. Der entfaltete Prunk steht in auffälligem Gegensatz zu der Wirtschaftsnot aller Länder und Kolonien, die hier vertreten sind. Sicherlich hätten die Planer des Riesenwerks den Mut zum Aufbau eines kostspieliger, feenhafter Kulissen für das „neue Frankreich“ nicht gefunden,

hätten sie die katastrophale Wertminderung überseeischer Produkte jeder Art vorgeahnt. Denn, schwebte auch als leitender Gedanke den Unternehmern eine imposante Darstellung des französischen Überseebesitzes vor, so sollte doch das Maß der kolonialpolitischen durch wirtschaftspolitische Betonung gedämpft werden. Bei der herrschenden Überproduktion in den wichtigsten Kolonialprodukten und Industrielerzeugnissen der Mutterländer werden die nichtfranzösischen Aussteller ein ökonomisches Ergebnis schwerlich erwarten können. Trotzdem hat die Mehrzahl der Kolonialmächte sich entschlossen, in repräsentativer Form zu erscheinen. Zum Teil wollten sie wohl in Paris ihren eigenen Landsleuten den Kolonialbesitz in erreichbare Nähe bringen, ohne selbst den Boden dazu vorbereiten zu müssen. Aber auch andere, kolonialpolitische Beweggründe haben dazu beigetragen, fremde Beteiligte auf den Plan zu rufen.

Italien fällt mit seiner monumentalen Reproduktion der Basilica von Septimius Severus in Leptis Magna auf. Durch sie meldet der Faschismus seine weitgehenden Kolonialansprüche in deutlicher Sprache an, begründet in der alten römischen Geschichte. Eine große Karte des Imperium Romanum gegenüber der Eingangshalle illustriert das Ausmaß italienischer Aspirationen, Rhodos mit seinem historischen Pavillon versinnbildlicht die Kontinuität der römischen Machtentfaltung des Mittelalters im Kampf gegen den Halbmond. Die jüngst bekanntgewordene Ausdehnung der allgemeinen Wehrpflicht auf die italienischen Kolonien findet ihren Ausdruck in den martialischen tripolitanischen Askern. Sie gibt der französischen Wachsamkeit über die heißbegehrte nordafrikanische Küste neuen Antrieb.

Die Niederlande betonen in ihren 3 ha bedeckenden kunstvollen Bataviapagoden mit mustergültigen Darstellungen ihrer kolonisatorischen Errungenschaften, daß das Größenmißverhältnis zwischen Mutterland und Kolonialreich kein Hinderungsgrund für ihre Kulturmission im fernen Osten ist, und daß sie nicht gesonnen sind, diese Quelle ihres Wohlstandes versiegen zu lassen. Portugal weist mit seinen mittelalterlichen Burgen auf seine Pioniertätigkeit in der Entdeckungs- und Eroberungsgeschichte ferner Weltteile, in denen heute noch die Namen seiner Seefahrer Zeugnis ablegen. Der Weltkrieg hat die zur Neuverteilung bestimmten großen afrikanischen Besitzungen, die wirtschaftlich längst englischen Einfluß verschrieben waren, vor Auflösung und Zugriff bewahrt. Belgien, das erst spät in die Reihe der Kolonialmächte eingetreten ist, durfte nicht fehlen. Der französisch-belgische Kolonialentente hat bereits in einem weitumrissenen Programm ihren Niederschlag gefunden. Es geht so weit, daß selbst ein informativ-schwerer Austausch der beiderseitigen Beamten vorgesehen ist. Es ist daher erklärlich, daß Belgien seine 3 kongolesischen Ausstellungsräume mit reichem Stoff ausgestattet hat, zum Beweise, daß es trotz aller Kritik an seinen früheren Kolonialmethoden imstande ist, das gewaltige zentralafrikanische Gebiet zu verwalten, und die als Mandat neuerworbenen Hochländer um den Kivusee zu einem Dorado für

ropäische Siedler zu entwickeln. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben die in allen Einzelheiten getreue Wiedergabe des Landhauses von Washington, Virginia, Mount Vernon, als Repräsentationsgebäude errichtet. Miss Washington, Enkelkinder des einstigen Besitzers, fungiert als Wirtin in diesem Hause, in welchem La Fayette im Jahre 1793 als Generalstabschef wohnte. Der Generalissimus Washington, der mit seinen Truppen den Weltkrieg entschied, hat es auf französischem Boden als Symbol der alten Waffenbrüderschaft neu geweiht. Selbst Dänemark stellt sich als Kolonialmacht vor. Die größte Insel der Welt, Grönland, nennt es sein Gebiet. Wenn auch schwach bevölkert und wegen seines Klimas für Besiedlung ungeeignet, wird dieser Besitz, der vielleicht einmal bestimmt ist, im Verkehr auf den Weltwegen eine bedeutsamere Rolle zu spielen, unter Ausschuß fremder Beherrschung gehütet. England hat davon abgesehen, ein eigenes Gebäude zu errichten, und sich darauf beschränkt, in der allgemeinen Cité d'Informations einen hygienischen Ausschnitt aus seiner Kolonialbetätigung zu zeigen. Nach der großen Propaganda von Wembley glaubte es wohl, mit dieser nicht völlig ablehnenden Haltung der französischen Einladung gegenüber Genüge getan zu haben. Eine einigermaßen würdige Kolonialausstellung in Paris hätte einen allzu kostspieligen Rahmen erfordert. Die nüchterne Abwägung der wirtschaftlichen Möglichkeiten hat um so leichter über die Imponderabilien einer stärkeren Geste den Sieg davongetragen, als grundlegende Gegensätze die Kolonialmethoden beide Nationen trennen. Denn das britische distanzierende Dezentralisationsbestreben steht der französischen Assimilations- und Zentralisationsneigung entgegen. Spanien und Japan haben es vorgezogen, dem Wettbewerb um die koloniale Palme fernzubleiben.

Deutschland ist zur Teilnahme nicht eingeladen worden. Seine historische und wissenschaftliche Bedeutung in der Kolonialgeschichte wird geflissentlich verdrängt. Selbst in der Ausstellung der ehemals deutschen Schutzgebiete Kamerun und Togo ist ängstlich vermieden worden, die deutsche Herkunft in Erscheinung treten zu lassen. Die Statistiken beginnen mit dem Jahre 1915 und die zahlreichen Darstellungen von Anlagen und Bauten erwecken in dem Nichtwissenden den Eindruck, als wäre vor der Mandatsübernahme nichts geschehen. Und doch haben die westafrikanischen Mandatsgebiete Frankreich noch keinen Sous gekostet. Heute befindet sich der Mandatar im Genuß der mit früheren Zuschüssen und Anleihen des deutschen Volksvermögens geschaffenen Produktions- und Absatzmöglichkeiten, und wenn auch die Weltkrise diese Gebiete nicht verschont hat, so wird der Rückschlag den Wert des gewaltigen Zuwachses auf lange Sicht nicht schmälern. Ganz hat man indessen auf deutschen Unternehmungsgeist nicht verzichtet. Die wilden Tiere hat man ihm großmütig überlassen. Die stärkste Anziehungskraft geht von dem Hagenbeckschen Tierpark, einer verkleinerten Ausgabe von Stellingen, aus. Aber auch hier fehlt die Auszeichnung: „Made in Germany“.

Trotz ihrer internationalen Aufmachung ist die Pariser Kolonialausstellung in erster Linie eine französische Angelegenheit. Nachdem der Kolonialhunger der Erwerbungen der letzten Dezennien gestillt ist, Marokko als unbestrittenes Protektorat, Kamerun und Togo als Mandatsgebiete das afrikanische Drittel gerundet haben, gilt es nun, dem Bürger, der seiner natürlichen Veranlagung nach von dem Kolonialgedanken nicht begeistert wird, das Interesse an der Erhaltung und dem Ausbau des Riesenreichs einzupflanzen. Nicht nur Industrie und Handel, auch die große Armee bedarf der erweiterten Grenzen, der Produktionsgebiete Rohstoffe und Soldaten. So erklärt es sich auch, daß neben dem unermeßlichen toten Inventar, trotz den sicherlich nicht verkannten moralischen Bedenken, ein umfangreicher Kontingent von Eingeborenen den Park von Vincennes bevölkert. Der Trennungsstrich zwischen weiß und farbig ist ohnedies bekanntlich bei den Franzosen schwach gezeichnet, im Gegensatz zu den Angelsachsen, die mit Staunen als Vertreter des französischen Kolonialministers einen rassereinen Neger bei allen Feierlichkeiten und Kongressen in den Vordergrund gestellt sehen.

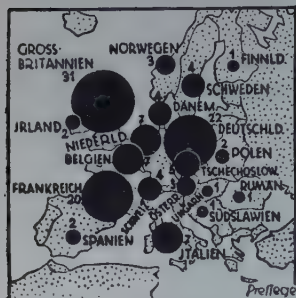
Am Aufwand ist nicht gespart worden, um den Erfolg der Ausstellung zu sichern. Dem eigenen Volk und dem Fremden das große Werk zu veranschaulichen, hat Frankreich aufgebaut. 267 Millionen Frs. sind bereits dafür aufgewendet worden. Der Held von Marokko, Marschall Liautey, steht mit dem ganzen Gewicht seiner außergewöhnlichen Verdienste und Volkstümlichkeit an der Spitze. Der Stolz kann er heute im Namen seiner Nation darauf hinweisen, daß das neue Frankreich über 100 Millionen Einwohner auf einer Gesamtfläche von 11 Millionen qkm unter der Trikolore vereinigt. In 150 See- und Flußhäfen schlagen die Kolonien 20 Millionen t um. Auf einem Netz von 127 000 km Straßen und 9000 Eisenbahnen bewegt sich der Weitertransport von der Küste. Aber das ist nur der Anfang. Der im Jahre 1929 zur Befruchtung der Kolonien bewilligten Riesenanleihe von 5 1/2 Milliarden Frs., die dem moskowitzischen Fünfjahresplan eine großzügige imperialistische Aktion gegenüberstellte, sollen weitere folgen. Daß Frankreich, nachdem es seine Vormachtstellung in Europa gesichert fühlt, sich jetzt anschickt, seinen Überseebesitz auszubauen (la mise en valeur), entspricht nicht nur seinem Geltungsbedürfnis, sondern auch dem Wunsch, den angesammelten Goldschatz zentripetal in den Kreislauf der Weltwirtschaft zurückzuleiten. Bisher ließen die französischen Besitzungen an ihrem Gesamthandel im Werte von 36 Milliarden Frs. das Mutterland mit 17 Milliarden teilnehmen. Frankreichs Export nach seinen afrikanischen Schutzgebieten steht an erster Stelle der Statistik, mit 75% in Algerien, mit 78% in Madagaskar, mit 63% in Tunis und mit 53% in Äquatorialafrika. Die Ziffern beweisen aufs neue, daß der Handel der Flagge folgt. Die gigantischen Paläste, die der französischen Industrie aller Zweige vorbehalten sind, geben der Konkurrenz anderer Länder keinen Raum. Frankreich will mit seiner protektionistischen Handelspolitik die Kolonien selbst versorgen. Im Palais

industries fehlt kaum ein exportfähiges Erzeugnis seiner Industrie und Technik. Auch die Luxusindustrie ist in der „Metropole“ vollzählig aufmarschiert, sogar die elegantesten Toiletten der ersten Pariser Schneiderateliers warten hier auf Befehle der Kolonialdamen.

Es würde zu weit führen, wollte man die Paläste, Tempel und Dörfer einzeln aufzählen, in denen die nach Millionen zählenden Besucher mit dem französischen Anteil an den Kulturerrungenschaften der beherrschten Völker vertraut gemacht werden. Jede Besitzung bis zur kleinsten Insel im Stillen Ozean hat ihr charakteristisches Heim erhalten und präsentiert sich im Festgewande. Unter ihnen verdient der zauberische Tempel von Angkor als Symbol Indochinas, des wertvollsten Relikts in dem französischen Kolonialgeschmeide, besonders hervorgehoben zu werden. Wenn dieses großartigste aller indischen Bauwerke nach Einbruch der Dunkelheit in magischer Beleuchtung erstrahlt, so überkommt dem Besucher bei dem dunklen Schein, der auf seine Türme fällt, ein seltsames Gefühl des Schauderns, als würde der von Norden nahende Bolschewismus seinen Feuerschein über das Land, als erstes im dritten französischen Imperium die Wirkung der auflodernden Revolution verspüren sollte.

Im Herbst wird die erbarmungslose Axt die Wunderstadt aus Outremer zerstören. Nur das mit kühnster, moderner Baukunst neugeschaffene Kolonialmuseum mit seinen allegorischen Riesenreliefs wird als dauernde Erinnerung an das große Erlebnis erhalten bleiben. Dem französischen Volke, aber auch den andern Nationen, wird es als Sehenswürdigkeit erster Ordnung die Bedeutung und die Notwendigkeit der überseeischen Absatz- und Produktionsgebiete überzeugend vor Augen halten.

Welthandel 1930



COLIN ROSS:

Die Fiktion der Weltwirtschaft

Jeder Wirtschaftler und jeder Nationalökonom wird eine längere Erläuterung reit haben, wie die Weltwirtschaft auf dem Austausch, dem Nehmen und Geben aller beruht, bei dem schließlich jeder seinen Vorteil findet.

Nun ist das alles gut und schön, und ich weiß natürlich, daß sie in der Theorie das einzige ist, was uns, und zwar uns alle, aus der gegenwärtigen verfahrenswirtschaftlichen Situation hinausführen kann. Nur leider ist kein Gedanke daran, daß diese „Weltwirtschaft“ sich in nur halbwegs absehbarer Zeit auch nur zu kleinsten Teilen verwirklicht.

Die angebliche Weltwirtschaft bestand in einem Monopol der europäisch-amerikanischen Menschheit, oder noch präziser gesprochen, einiger weniger Industrieländer weißer Rasse, die für sich das Vorrecht in Anspruch nahmen, die ganze Welt mit Industrierzeugnissen zu versorgen, die darin gleichsam ein Naturrecht erblickten. Die ganze übrige Erde, insbesondere die farbigen Völker, hatten die Pflicht, Industrierzeugnisse abzunehmen und dafür Lebensmittel und Rohstoffe zu liefern. Wo in Übersee der Versuch gemacht wurde, eigene Industrien zu gründen, bemüht man sich, den betreffenden Völkern klarzumachen, daß dies ebenso töricht wie unsinnig wäre — von der Verletzung des angeblichen Naturrechtes ganz abgesehen —, und daß alle Fertigwaren besser und billiger aus den alten Industrieländern bezogen würden.

Im Grunde war diese Wirtschaftsauffassung, die man merkwürdigerweise als eine weltwirtschaftliche und freihändlerische hielt, im Grunde nichts anderes, als der vergangen merkantilistischen Methoden — — nichts anderes, als der Versuch

Spaniens und später Englands, ihren Kolonien selbständigen Handel zu verbieten und ihnen die Erzeugnisse des Mutterlandes aufzudrängen. Eigentlich hätte man aus dem Scheitern dieser Versuche lernen sollen, aber man tut es augenscheinlich nicht, und nun wäre die Welt nicht so voll von Klagen über das Versagen der Weltwirtschaft und voller Theorien zu ihrer Wiederherstellung.

Nun ist zweierlei klar: der frühere Zustand der weißen Wirtschaftsvormacht war außerordentlich angenehm für uns, denn auf ihm basierte Europas hoher Lebensstandard; und zum zweiten: die Zeit ist ein für allemal vorüber. Es ist ganz ausgeschlossen, den allgemeinen Zug zur Industrialisierung und Technisierung irgendwie abzustoppen. Es ist durchaus richtig, daß jedes neue Industrieland zunächst die Fabrikate besser und billiger aus den alten Industrieländern einführen würde, aber ebenso unumstößlich ist die Tatsache, daß sich dadurch keines der jungen Länder abhalten läßt, seine eigene Industrie aufzubauen, ganz gleich, ob es sich nun um Australien, Brasilien, Südafrika oder Neuseeland handelt.

Nun ist ebenso richtig: wenn schon allgemein auf der Welt industrialisiert wird, dann muß man nach einem gewissen Plan vorgehen, sich gewissermaßen die Welt unter die industrielle Versorgung aufteilen, so daß jedes Land in erster Linie nur die Waren herstellt, für deren Fabrikation es nach seinen Standortsbedingungen besonders qualifiziert ist. Aber die praktische Undurchführbarkeit dieser Politik zeigt sich auf den ersten Blick, solange es noch nicht möglich ist, nur für ein Land, und auch nur für einen Bezirk eine vernünftige Planwirtschaft zu treiben. Die Deutschen wären sicher damit einverstanden, die ganze Welt mit Farben oder mit optischen Instrumenten zu versorgen, deren Fabrikation wir auf eine besondere Höhe brachten, aber wir wären sicher nicht damit einverstanden, wenn wir gleichzeitig jeglichen Automobilbau einstellen sollten, von der Erwägung aus, daß die Ford Motor Co. so gute und so viele Wagen herstellen kann, daß sie eigentlich anstandslos wäre, die ganze Welt damit zu versorgen.

So schön es also mit der Weltwirtschaft in der Theorie wäre, in der Praxis geht es wirklich nicht. Wir müssen damit rechnen, daß das, was wir unter Weltwirtschaft verstanden, immer mehr verschwindet. Die Industrialisierung auch der farbigen Völker ist auf die Dauer nicht aufzuhalten. Es ist ganz klar, daß man die Chinesen nicht für immer daran hindern kann, ihre ausgezeichneten Erze, die am Yangtsekiang in nächster Nähe von ausgezeichneter Kohle und an einem für Seeschiffe befahrbaren Fluß liegen, selbst zu verhütten, anstatt sie nach Deutschland zu transportieren und von dort in Form von Trägern und Blechen wieder zu beziehen. Nun werden ja allerdings gleichzeitig mit dieser Industrialisierung neuer Gebiete auch neue Märkte erschlossen, und insbesondere erschließt sich der Arbeitsmaschinenindustrie ein weites Feld, aber bei der ungeheuren Steigerung der Produktionsintensität, bei der wachsenden Zahl hochentwickelter Industriestaaten ist schließlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein, und bei den gegenwärtigen

Wirtschaftsmethoden ergibt sich eine so wilde Konkurrenz, daß schließlich keine mehr verdient.

Wenn nun auch natürlich der Export nicht von heute auf morgen gestoppt werden kann und im Gegenteil alles getan werden muß, unseren Export aufrecht zu erhalten — es wird allerdings einen verzweifelten Kampf kosten —, so muß uns doch klar werden, daß die Wirtschaft der Welt im Begriff ist, sich umzustellen, und daß die bisherigen Methoden abzulaufen beginnen, die auf unbegrenzter Steigerung der Produktion beruhen. Denn es ist ein schöner Wahn, daß der Konsum schon folgen wird, wenn man nur die Produktion entsprechend steigert.

Das Wort: autarke Wirtschaft ist heute noch etwas anrühlich; ja, wir leben noch so in den Vorstellungen der Weltwirtschaft, daß es den wenigsten in seiner vollen Bedeutung bewußt ist. Eine autarke Wirtschaft ist der geschlossene Handelsstaat, der Staat, der alle seine Bedürfnisse selbst befriedigt. Ein Tertianer kann beweisen, daß es so etwas nicht gibt und daß eine autarke Wirtschaft heute unmöglich ist — das hindert aber nicht, daß wir in der ganzen Welt auf dem besten Wege zu ihr sind. Die Vereinigten Staaten werden, wenn nicht infolge dieser, wahrscheinlich infolge der nächsten Krise zur Autarkie kommen, und der russische Fünfjahresplan ist nichts anderes als ein verzweifelter Gewaltversuch, mit einem Schlag das gleiche Ziel zu verwirklichen.

Nun kann man einwenden, daß das, was in den Vereinigten Staaten und Rußland oder in China allenfalls möglich ist, für Deutschland ganz ausgeschlossen erscheint, worauf man nur antworten kann: um so schlimmer für uns. Weltentwicklung kann man jedenfalls nicht dadurch aus der Welt schaffen, daß man ihre Existenz leugnet, wenn sie einem unbequem ist.

Selbstverständlich ist Deutschland in seiner heutigen Wirtschaftsstruktur völlig ungeeignet auch nur zur bescheidensten Autarkie, woraus man aber nur folgern kann, daß dann eben seine Wirtschaftsstruktur entsprechend geändert werden muß bzw. durch Anschlüsse, Union, Fusion und Kombination mit wirtschaftlich andersartigen Ländern eine Wirtschaftseinheit geschaffen werden muß, die wenigstens einigermaßen zur Autarkie fähig ist.

Außerdem darf man nicht verkennen, daß Autarkie und Wirtschaft relative Begriffe sind. Sie sind abhängig von den Bedürfnissen, und bei entsprechender Bedürfnis- und Bedarfseinschränkung ist immer und überall Autarkie möglich. Schlimmstenfalls, wenn die Nahrungsdecke nicht reicht — muß eben die Bevölkerungszahl in entsprechende Relation gesetzt werden, nicht anders wie auf manchen Südseeinseln, wo Geburtenkontrolle praktisch seit Jahrhunderten geübt wird, weil eben sonst die betreffende kleine Insel, für die es keine andere Wirtschaft als die autarke gab, an Menschenüberfluß zugrunde gegangen wäre.

Diese Beispiele scheinen weit hergeholt und man wird es natürlich mit einer Entgegnung abweisen, unsere Wirtschaft mit dem primitiven Zustande eines Südsee-

lkes zu vergleichen, aber es handelt sich ja hier um prinzipielle Auseinandersetzungen, und man muß mit der soweit verbreiteten Vorstellung brechen, als ob gewisse Lebensbedingungen für uns einfach Voraussetzungen wären, mit der so beliebten Vorstellung, als ob es schlechter als augenblicklich nicht gehen könnte. Was mancher bei uns schon für entsetzliches Elend hält, erschiene Tausenden und Millionen in anderen Ländern als beneidenswerter Zustand. Es hilft nichts, wir müssen immer wieder das Elend der Massen in China und Indien zum Vergleich heranziehen, und man muß sich immer wieder bewußt werden: es ist durchaus ein Naturgesetz, daß uns derartiges auf ewig erspart bleibt.

Eine Verelendung, ja auch nur eine Senkung des Lebensstandards der europäischen, insbesondere der deutschen Massen, ist jedoch keineswegs eine durch die Weltentwicklung bewirkte und unvermeidbare Erscheinung; man kann im Gegenteil der Ansicht sein, daß die Höhe unserer Produktionstechnik, sowie die Erhellung und Beherrschung der Naturkräfte eine ständige Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards ermöglichen. Voraussetzung dazu ist, daß man nicht empfindlich an Fiktionen festhält, sondern unerbittlich die nun einmal wirkenden Entwicklungen der Welttendenzen erkennt und sich auf sie einstellt.

Diese Tendenzen sind:

1. Die Weltwirtschaft ist eine Fiktion. Trotzdem in der Theorie die Weltwirtschaft als das einzig Richtige und Mögliche erscheint, zielt die Praxis, die tatsächliche Entwicklung, auf das Gegenteil.
2. Die Heranbildung großer autarker Wirtschaftsgebiete, die möglicherweise nicht mehr auf internationaler geldwirtschaftlicher Basis miteinander verkehren, sondern Form kontingentierter Tauschwirtschaft, erscheint als wahrscheinlich.
3. Die Industrialisierung und Technisierung der ganzen Welt, auch der farbigen Völker, ist ein unaufhaltsamer Prozeß. Damit verschwindet das internationale Absatzgebiet im bisherigen Sinne, und an Stelle der unbegrenzten Produktion wird eine vernünftige Bedarfsdeckung treten.
4. Deutschland ist für diese kommende Entwicklung in einer ungewöhnlich ungunstigen Situation; diese Situation wird nicht dadurch besser, daß man vor ihr die Augen verschließt, sondern indem man sie erkennt und das Mögliche tut.
5. Dieses Mögliche besteht darin: a) das Ideal autarker Wirtschaft, soweit es eben möglich ist, anzustreben, was nicht heißt, daß der Export nun plötzlich außer Acht gelassen wird. In der Übergangszeit wird und muß man versuchen, in der bisherigen Weise nach den bisherigen Methoden weiter zu exportieren, aber doch eine Umstellung einleiten. — b) Deutschland muß mit anderen Gebieten, die in ähnlicher Lage sind, versuchen, zu einer größeren Wirtschaftseinheit zu gelangen.
6. also, Zusammenschluß mit den übrigen mittel- und osteuropäischen Staaten oder Fusion mit Frankreich oder Anschluß an Rußland.

In der Menschheitsentwicklung geht nichts abrupt. Auch in Revolutionen bleiben

die konservativen Kräfte, die für langsamen Übergang sorgen, erstaunlich stand. Die Entwicklung vollzieht sich, indem sich ein Zustand über den anderen schiebt und das Alte erst dann vergeht, wenn das Neue übermächtig stark und beinahe selbst schon zu altern anfängt. So werden wir auch noch auf lange hinaus angeliche Weltwirtschaft und kapitalistische Wirtschaftsformen haben, während die neuen Formen der Autarkie und der Planwirtschaft bereits in Bildung und wirksam sind.

Das hindert aber nicht, zu erkennen und auszusprechen, was ist und was sein wird; denn selbst wenn das Neue ungemütlich und unerwünscht ist, ist seine rechtzeitige Erkenntnis immer noch besser als ein plötzliches Hineintaumeln.

ERICH OBST UND HANS-JOACHIM RUST:

Literaturbericht aus Europa und Afrika

Nikolaus Creutzburg: Kultur im Spiegel der Landschaft. Das Bild der Erde in seiner Gestaltung durch den Menschen. Ein Bilderatlas. XVI und 218 S. mit 374 Abb. Verlag Bibliographisches Institut AG., Leipzig 1930.

Ein origineller Gedanke ist in vorliegendem Werk mustergültig durchgeführt worden: die Kulturlandschaft in ihren vielfältigen Spielarten durch vorzügliche Bilder — vielfach nach Fliegeraufnahmen — dem Leser nahezubringen. Dem Programm nach reicht der Bilderatlas von Creutzburg über die ganze Welt und überschreitet füglich den Raum unseres Referats durchaus; aus naheliegenden Gründen aber spielen Bilder aus der abendländischen Kulturlandschaft eine so überragende Rolle, daß wir uns verpflichtet fühlen, an dieser Stelle auf das höchst beachtliche Werk hinzuweisen.

Vier Leitgedanken legt Creutzburg seinem Bilderatlas zugrunde:

1. Die Verdrängung des Wassers (sehr anschauliche Bilder vor allem der holländischen Polder- und Deichwirtschaft).
2. Die Verdrängung und Neugestaltung der Vegetation (Wald-, Feldbau-, Weinbau-, Plantagenlandschaften, Weide- und Oasengebiete).

3. Die Einfügung von technischen Anlagen und Siedlungen in die freie Landschaft.

4. Die Stadt als Landschaft.

Einzelheiten gerecht zu werden, verbietet leider der Raum. Wer sich speziell über Europa und Afrika orientieren will, benutze zweckmäßig die Bilderliste II, die eine Übersicht nach Länderräumen bietet (S. 216 ff.). Dort findet er verzeichnet die Bilder aus den Niederlanden, dem Rheinischen Schiefergebirge, Nordwestdeutschland mit Schleswig-Holstein, ostelbischem Norddeutschland, aus der sächsischen Tieflandbucht und seiner Gebirgs- umrandung, aus dem schlesischen Berg- und Tiefland, aus Südwestdeutschland, dem deutschen Alpenvorland, den Ostalpen, der Schweiz, aus Schweden und Finnland, aus Polen und Rußland, von den Britischen Inseln und Frankreich, aus Spanien, Italien und Konstantinopel, aus Afrika, aus Asien, aus Amerika, aus Australien, aus Südamerika, aus Afrika, aus Asien, aus Amerika, aus Australien, aus Südamerika.

Der anspruchslose und doch so gefällige, lehrreiche Bilderatlas von Creutzburg wird ohne Frage in Schule und Haus viele Freunde finden. Die Abbildungen sind durchweg sehr

; der knappe erläuternde Text verrät den geschulten Fachmann, der das Wesentliche auszuheben versteht, ohne sich in wissenschaftliche Einzelheiten zu verlieren.

N. Coudenhove-Kalergi: Los vom Materialismus. 235 S. Paneuropa-Verlag. Wien-Leipzig 1931.

Der Verfasser bekämpft den Materialismus, den er für die Katastrophen in der neueren Geschichte, namentlich der des Abendlandes, verantwortlich macht. Coudenhoves Forderungen bestehen in einem neuen idealistischen Weltbild aus Kraft und Form, Energie und Harmonie.

K. HAUSHOFER:

Literaturbericht über den indopazifischen Raum

Alte Tafeln zu zerbrechen ist leicht; schwerer schon ist es, neue dafür aufzustellen. Das erfahren auch Männer, denen wir für manche frischen Luftzug dankbar sein müssen, den sie in verstickte Dunstmassen gebracht haben. Deshalb müssen wir uns kurz erst vom indo-pazifischen Standpunkt ausandersetzen (die Würdigung vom weltspannenden Prof. Maull überlassend) —

1. Ewald Banse: „**Neue Illustrierte Länderkunde.**“ Landschaftliche und seeische Umriss von Ländern und Völkern der Erde. Braunschweig, Berlin, Hamburg 1931, Georg Westermann. Völlig umgestaltete Neufl. 13.—17. Tausend. 31 Abldg., und

2. Dr. Hans Spethmann, Essen: „**Das landerkundliche Schema in der deutschen Geographie.**“ Kämpfe um Fortschritt und Freiheit. Berlin 1931, Reimar Hobbing.

Zwei temperamentvolle Außenseiter können nicht solche Sturmerfolge haben, wenn sie nicht in schlecht verteidigte Breschen sprängen, wo sie als Kämpfer anregend waren, auch außen wie nach innen. Freilich zeigen auch beide, wie weit mit seinen Höchstforderungen über das Ziel hinausschießen muß, wer wenigstens etwas in seiner Richtung erreichen will: Banse für eine freiere, künstlerische Darstellung mit stärkerem völkerpsychologischen Einsatz der Persönlichkeit; Spethmann für die Erlösung der Länder-

kunde von zu viel Schema und eine dynamische, nicht allzu statische, deshalb nicht — wie diese — hinter dem Zeitbedarf um Jahre zurückhängende Behandlung — wenigstens für die wichtigsten Lebensformen der Erde, wenn sie schon nicht für alle möglich ist.

Banse gibt mit seinen wechselnden Erd-einteilungskarten seiner Zeit immer neu zu denken; die harte und klare Loslösung Russosibiriens (6) aus allen Selbsttäuschungszusammenhängen mit Europa wird sie ihm am meisten zu danken haben; „Morgenland“ hat bei B. immer noch Neigung, zu wachsen; „Ostasien“ unterliegt ständiger Verkleinerung (aber nicht in Wirklichkeit!). Vorsichtigerweise ist seine Trennung auf der Karte von „Indien“ im Süden nicht ins Meer hinausgezogen! Für „Indien“ (S. 203) wird manches revidiert werden müssen, seit der Spätere hohe, über 5000 Jahre alte vorarische Kulturen im ganzen Fünfstromland festgestellt hat. (Harappa, Mohanjo Daro, Umballa.) Zu straffe „seelenhafte“ Generalisierungen sind auf dem wechselvollen Boden der Monsunländer bedenklich, dem doch auch Buddha, Asoka, Akbar, Kien Lung und Jycyasu entsprossen sind, nicht nur „verbrunstete“ Männer. Die — über! — 400 Millionen Gesamtindiens waren immer nur sehr teilweise „zu Plantagenkulis verknechtet“; und selbst der Rest wird es nicht mehr lange sein. Auch Ostasien ist nie „erzstarr“ gewesen, nur zeitweilig einem fremden, expansiven kurzweili-

geren Rhythmus so erschienen. Wir verdanken zwar für den indopazifischen Bereich auch diesem neuen Banse viele Anregungen, erneutes Prüfen aller Vorstellungen und das lebensfarbige Weltbild eines Einzelgängers von Rang; aber wir hätten gern Sonne und Schatten nicht nur über Nahes Morgenland und germanische Lebensformen, sondern über die ganze Erde gleichmäßig verteilt, wenn wir sie richtig sehen sollen. So gesellt sich zum Dank für wertvolle Leistung der Wunsch nach gleicher Tönung der Palette der künstlerischen Geographie auch für das entferntere „Fremdland“.

Spethmann ist — im Gegensatz zu dem farbenfrohen, aber nicht immer formtreuen Banse — Befürworter strenger, aber dynamisch sehender Graphik, bei der er niemand durch Schulzeichnung nach Gips gehemmt sehen will. Aber die Frage ist gerade bei den länderkundlich so unvollkommen durchgearbeiteten, mit ihrer anthropogeographischen Dynamik immer wieder den abendländischen Wissensstand überholenden, menschenreichen Ländern Süd- und Ostasiens aufzuwerfen: ob nicht ein so vorahnendes Wesensbild a priori, wie es Spethmann fordert, von den meisten überhaupt erst überschaut werden kann, wenn sie vorher an Hand eines braven Schemas durch alle Säle des Labyrinths gegangen sind? Alle solche Führungslinien durch weitläufige Sammlungen entstehen nach und nach (S. 21), oft anonym. Sie laufen Gefahr, gerade Über-raschendes, entscheidende Blicke hinaus zu übersehen, aber selten, den Gesamtbestand falsch zu zeigen. Diese Gefahr aber tritt leicht an den frisch ins Quere fahrenden Neubildner heran. Was wir aber trotz dieser Gefahr für Monsunländer und pazifisches Gebiet so besonders begrüßen müssen, ist die von Spethmann kraftvoll und nachdrücklich vertretene Forderung der Konzentration aufs Wesentliche, des Herausarbeitens der Dominante. Die aber ist jetzt bei diesen Räumen rein anthropogeographisch und dynamisch: die Bewegung auf das Herausdrängen der Menschheit aus dem status quo-Besitzgefühl der schon in Rückbildung begriffenen Euro-

päisierung der Erde! Wer sie nicht sieht, kann im einzelnen die wundervollsten Entdeckungen und Funde machen; er sieht die Ganze, das Raumgesicht (S. 168) anthropogeographisch falsch, und wenn er tausend Einzelzüge richtiger sähe als Banse und Spethmann zusammen.

Dieses Wesentliche — „das Wirksame“ nach Friedrichsen — sehen z. B. für unsern besonderen Beobachtungsbereich eine außerordentlich fesselnde Doktorarbeit aus dem Vdurens Kreis über Südost-Asien:

3. J. G. Loohuis: „De Verhouding tusschen den tropischen Landbouwgeworten en de Industrie centra der gematigde Zone in hare Beteekenis voor het huijgen Aspect van het koloniale Vraagstuk in Zuid-Oost-Azie.“ Hilversum 1931, de Maatschappij.

4. Walter Bosshard: „Indien kämpft.“ Stuttgart 1931, Strecker und Schröder; treffende, eigene Aufnahmen-Abbildung, 1 Hef.

5. Hon. Mr. Justice Feetham: „Report to the Shanghai Municipal Council on the Shanghai 1931, North China Daily News and Herald, Ltd., Bd. I., Tl. I, II, III.

6. Otto Männen-Helfen: „Reise durch die Asiatische Tuwa.“ Berlin 1931, Verlag der Bücherkreis; 28 wertvolle Uraufnahmen-Abbildung, leider unvollkommene Karte.

7. Jafer Hasan: „Die Armut Indiens.“ Heidelberg 1931, J. Hörning — ein im Grunde durch und durch geographisches, wenn auch dynamisches Buch, obwohl es von einem indischen Lehrer der Wirtschaftsgeschichte aus Hyderabad stammt, oder

8. Hans Kohn: „Nationalismus und Imperialismus im Vorderen Orient.“ Frankfurt a. M. 1931, Genossenschafts-Verlagsverlag, mit eingehendem Anmerkungsgefüge, leider aber nur unvollkommener Übersichtskarte — ein Seitenstück zu dem immer wieder zu empfehlenden „Japan-Europa“ Ehepaars Lederer des gleichen Verlags.

Damit sind fünf, für den politischen Geographen Asiens unentbehrliche Bücher genannt, von denen vielleicht keines bis in

ligen Kreis wahrhaft geographischer Überbesprechungen der engsten Fachzeitschrift vordringt.

Hier überall wird also rühmende Berechnung zur geopolitischen Pflicht. Loochuis beginnt seinen kühnen Griff an den entscheidenden Stromwechsel im höchstgeladenen Kraftfeld der Erde schon in den „Leitlinien“ mit einem packenden Bild: auf der Erdkarte Mutterländer blau, die Kolonialgebiete rot, die einen im gemäßigten, die anderen im tropischen Gürtel um die Erde ziehen. Nur wird das blaue Band bedenkenlos die Lücken zeigen, die dem Niederländer recht so schmerzlich zum Bewußtsein kommen wie dem Deutschen!

Hier flammt ein greller Hochspannungszustand in die Gemütlichkeit des Ausbeuterbandes der Erde, der uns zeigt, wie weit trennt wir von den Satten des Planeten leben. Aber gerade deshalb war es nötig, diesen Standpunkt gegenüber dem tropischen und subtropischen Ausbeutungsgürtel einmal deutlich dargestellt zu finden, um ihn etwa mit den Sowjetarbeiten im Stil des Imperialisatlas von Radó vergleichen zu können. Aber die Darstellung der Ausbeutungsharmonie ist bei Loochuis in ihrer Art vollkommen, aus besten Quellen erarbeitet, und mit ehrlicher Anläufe, auch zum Verständnis der Seelenregungen der unzufriedenen, gegenwärtigen Kräfte vorzudringen. Das geschieht in B. im Hoofstuk IV: „Stroomingen en Facetten, die niet bevorderlijk zijn aan de harmonische Ontwikkeling der Verhouding tussen de Tropen en gematigde Zone.“ Dazu würde vielleicht gehören, daß es unklug von den Wirtschaftsmächten ist, 72 weiße Millionen in Mitteleuropa zu den ohnehin genügend unzufriedenen 1200 Millionen der Sowjets und Asiaten in den Lebenshaltung hinabzustoßen, und sie damit auch mit dem Rektor von Utrecht! (S. 237) als „hostis generis humani“ zu erklären. Die Feinde (Feinde) sind nämlich nachgerade die überwiegende Mehrheit des generis humani — das man in den Niederlanden oft vergißt. Auch wird mit Recht (S. 263) der Fehler von

Versailles durch die Raumberaubung und Kulieinreihung der Deutschen vom Standpunkt der Besitzer des Tropen- und Subtropengürtels aus anerkannt — wie überhaupt das wirtschaftsgeographische Meisterstück von Loochuis (dessen bloßer Inhaltsaufbau jedem Anthropogeographen über Asien bekannt sein mußte) die beste Aufrollung des südostasiatischen Problems ist, die vom Standpunkt des Besitzenden, Glücklichen möglich war.

Walter Bosshard, der binneneuropäische Schweizer, der rührige, tüchtige und treue Reisegefährte zweier Deutscher durch Hochasien, fühlt die Not der von der Wirtschaftsharmonie Loochuis' Ausgeschlossen besser mit als der Niederländer: er wird dem kämpfenden Indien gerechter. Aber auch er sieht es, wie sein besonders lesenswertes Schlußwort (und das nachgefügte von Ankenbrand) beweist, mit der nüchternen, durch gesundes Volksgefüge versteiften kleindemokratischen Einstellung des selbstzufriedenen Schweizers; immerhin um eine Schwebung im Seelenempfinden näher den Besiegten und Unzufriedenen.

Bosshards Reiseweg fühlt fast allen indischen Schicksalslandschaften an den Puls; nur die östlichen Himalaya-Staaten, der Rand von Tibet, das große binnenländische Hyderabad im Dekkan fehlen. Alles kann man zwar in flüchtiger Fahrt nicht sehen, doch Bosshard sieht viel und schärfer, ehrlicher als die meisten; das liegt in der Schweizer Natur, wenn sie einmal die inneren Hemmungen abgestreift hat. Er hat alles gelesen, was irgendwie zum Erkenntnisserfolg beitragen konnte, und — wie wir schon von seiner Tibet-Turkestan-Reise wissen — ein fabelhaftes Talent, Fremde zum Sprechen, zum Vertrauen zu bringen. Auch das wird in Indien — Briten wie Indern gegenüber — dem Schweizer leichter als irgendeinem anderen Weißen, aber Bosshard persönlich wieder vor anderen Schweizern. Diese starke menschliche Unmittelbarkeit, die auch in den Abbildungen zum Ausdruck kommt, ist der größte Wert für den Geographen. Sie ersetzt ihm fast, soweit es möglich ist, das eigene Sehen und Selbsterleben.

Selten habe ich die schauspielerische Impressionslust der nationalistischen Dichterin Sarojini Naidu und die schlichte Dulderlinie von Gandhis Frau packender kontrastiert gesehen, als in den Aufnahmen auf S. 112. Aber das sind zwei Typlinen, die in Indiens ganze Frauenzukunft vorwärtsschießen. So führt der Schweizer Bosshard in allen Fragen grundehrlich mit Bild und Wort dicht an die Schwelle der Gegenwart heran: zum entscheidenden Treffen zwischen Ost und West, am 5. September 1931!

Richter Feetham — eigens aus Südafrika geholt — umreißt ebenso ehrlich, mit drei höchst nützlichen Plänen und vier Diagrammen das Zukunfts- und Gegenwartsproblem von Shanghai, eine der am meisten verfahrenen fremdbürtigen Verstärterfragen auf ostasiatischer Erde und an pazifischen Wassern. Das ist Dynamik: $3\frac{1}{3}$ Millionen in fremden Lebensformen verstädterter Chinesen unter einer bodenverlierenden Herrenschicht von 50000 Weißen eingekapselt, als Haupthafen eines noch überwältigend agrarischen, stellenweise überstürzt frühindustrialisierten Riesenlandes von 450 Millionen Hinterlandwucht! Nicht nur geojuristischen Ruhm erwirbt sich, wer — wie Feetham — hier die Zukunftslebensmöglichkeit findet. Wenn schon kein Geograph diese Grundlage zu legen vermochte, sondern ein Jurist dazu ausersehen war, sollten die Geographen doch von ihm zu lernen trachten. Die Geopolitiker mindestens versuchen es! Sie lernen jedenfalls daraus, in welchem großen Stil England immer noch Selbsthilfe zu treiben vermag. Feetham ist eine bemerkenswerte Probe dafür!

Ganz anderen Stil, den der Sowjets, noch viel raumweiter in die Zukunft weisend, aber unsteter, zeigt München-Helfens Tannu-Tuwa-Reise, ein Gegenstück zu dem letzten öffentlichen Bericht aus der Zarenzeit darüber von Minzloff: „In geheimem Auftrag“, Brockhaus, Leipzig 1929, und Douglas Carruthers: „Unknown Mongolia“ von 1913. Hier stehen Marksteine für die Gegenwartsentwicklung durch zwanzig Jahre eines merkwürdigen „no mans“-Landes zwischen Chi-

nesen und Russen, zwischen der ungerechten ostwärts maeandernden, nördlicheren Wanderströmung der Sarmaten, längs dem Sibirischen Trakt, und der ebenso intermittierenden nesischen nach Westen, südlich des nördlichsten Kettengebirgstreifens. Es ist der nördliche einer (selbst fast leeren, dennoch mit uralten Kulturspuren erfüllten) Zyklon- oder Taifunmitte, zwischen den Wirbeln der Sowjets, Chinas, des Islam, der hochasiatischen Nomaden. „Ich ritt durch Tuwa, wie die Horden der Dschingis Khans geritten sind“ — am 5. September 1931 mit fünf Studenten —, „die in Tuwa zu einem Drittel der Parteimitglieder ausschlossen, und durch die Steppen rasend, den Nomadenfamilien alles Vieh über zwanzig Stück konfiszierten, um daraus Regierungsherden zu bilden aus Kamelen, Schafen, Ziegen und Rindern, eine immerhin originelle Sozialisierung Milchproduktionsmittel —, wobei die glücklichen Tiere dann wohl von den fünf Studenten gemolken und betreut wurden, oder eben zugrunde gingen! Wir verstellten also auf S. 270 München-Helfens Schlusssatz: „Was immer aus dir wird: Arm Tuwa!“ Aber dazwischen liegt die beste, reichbare Schilderung eines immerhin im Raum einem Drittel Deutschlands gleichkommenden, 180000 qkm großen Vasallenstaates von 60000 syphilisverseuchten Hordenwohnern einer ursprünglich blonden Rasse, vielleicht den Tocharern verwandt, voll Bodenschätzen, ungehobenen frühgeschichtlichen Fundmöglichkeiten, nach einem 100 km marschweg von „nur“ 4763 km Moskau-Kysyl—Choto erreichbar. Noch ist die Steuereinheit ein „Bodo“: ein Pferd, ein Rind, ein halbes Kamel, 7 Ziegen, 10 Schafe; und den 150000 Bodos Tuwas waren 1929 nur 18000 Klosterbesitz, der jetzt zum „Staatsvieh“ wurde. Der erste in Europa nachweisbare Urjanchaier, Sübötai (Siptai) — Unterführer Djingischans — verheerte 1241 Rußland, verbrannte 1241 Krakau und Breslau, erschlug dann Herzog Heinrich von Liegnitz und ging über Mähren, Ungarn, Wiener-Neustadt und Udine vorbei, zur See. Diese Gastrolle streift München-Helfens

1381 Heute noch besteht eine Straße
ngischans, auf der unser fesselnder Er-
er im Kraftwagen fuhr.

„Armes Tuwa“, schließt der eine, „Die
ut Indiens“ überschreibt der nächste Be-
hter, Jafer Hasan, ein inhaltreiches,
n auch schmales Buch voll herber Tat-
nenfeststellung — zugleich schwerer An-
ge. Dort sind die Sowjets, hier der bri-
he Kolonialimperialismus die Angeklagten.
Stärke der Anklage liegt aber gerade bei
er Hasan in der imponierenden Sachlich-
t, mit der die Tiefstände der ländlichen
enshaltung in 720000 Dörfern mit 290
tionen Menschen geschildert sind. Ganz im
iste Friederichsens und Spethmanns sind die
seitigsten geographischen Erscheinungen
wertet, aber alle dienstbar unter die augen-
cklich „wirksamste“ anthropogeographische
aft Indiens, die Armut, gestellt, um ihren
rechtbaren Druck zu überwinden. Diese Ein-
t des Kraftwillens gibt der Studie welt-
chichtliches Format, und niemand, der sich
er die augenblicklichen anthropogeographi-
en Zustände Indiens ins klare bringen will,
d sie entbehren können.

Der Darstellung von Hans Kohn des
hen Ostens, des „vorderen Orients“, als
welle zu dem größeren und wuchtigeren
tionalismus und Imperialismus im Ferneren
en (darf man gegensätzlich sagen: im hin-
en Orient?) reihen wir vergleichend zwei
dere bedeutende Erscheinungen mit ver-
ndten Endzielen an — obwohl sie mit dem
werpunkt der „Alten Welt“ angehören:

9. E. W. Polson Newman: „Großbri-
aniens Kampf um Ägypten“, in deut-
er Übersetzung durch Else Baronin Werk-
nn, als Band 2 der „Weltmachtprobleme“,
rich und Leipzig 1930, Orell Füssli Verlag,
Karten, und

10. Erich Topf: „Die Staatenbildungen
den arabischen Teilen der Türkei seit
m Weltkrieg nach Entstehung, Be-
utung und Lebensfähigkeit.“ Hamburg
eg, Friederichsen, de Gruyter & Co. Ham-
ergische Universität. Abhandlungen aus dem

Gebiete der Auslandkunde. Bd. 31, Reihe A,
Bd. 3. Mit 4 Kartenskizzen.

Denn alle drei Werke haben eine geo-
politische Grundrichtung: den Nahen Osten
als Schwelle, als Vorstufe zu verwandten
wuchtigeren Bewegungen im Mittleren und
Fernen Osten in seinem Abwehrkampf gegen
fremdbürtigen Imperialismus zu beleuchten —
wenn auch von ganz verschiedenen Stand-
punkten: vom inneren neutralen (Kohn), vom
äußeren fremdimperialistischen (Newman),
und vom äußeren neutralen, aber volkspoli-
tisch interessierten aus (Topf).

Damit ist eine Genauigkeit stereoskopi-
scher Betrachtungsweise gewonnen, die für
dasselbe Kraftfeld leider allzuselten ist. Auf
die Gefahr hin, der vollen Strenge des Orien-
talismus dabei zu mißfallen (die uns aber
dann eben auch mehr geopolitisch brauchbare
Urschöpfungen bescheren müßte!), muß ich
noch einmal Hans Kohn als einen der
aufmerksamsten, fernfühlgsten und der po-
litischen Quellen kundigsten Beobachter auf
der äußerst günstigen Warte von Jerusalem
in den Nahen Osten hinein vorstellen. Dieser
Schätzung entspricht auch dieses neueste,
gegenüber früheren wesentlich verfeinerte
und durchgearbeitete Augenblicksbild einer
sich kaleidoskopartig wandelnden, falsch zer-
schnittenen Raumgruppierung. Von philo-
sophischer Höhe aus (den leidenden Teilen
wahrscheinlich zu hoch) wird der ungeheure
Betrug des Imperialismus der Westmächte am
Arabertum in eine Art von Röntgenbeleuch-
tung genommen. Gute Faustskizzen (eine
Übersicht wäre dankenswert!), wie auf S. 165,
325, ersetzen die gerade dafür erwünschte
große Übersichtskarte mit gleichzeitigem volks-
politischem, ethnographischem und kartopoli-
tischem Eintrag nicht. Über die Richtigkeit
mancher Prognose muß künftiges Werden
entscheiden, aber schon der Mut zu ihr auf
diesem umstrittenen Feld ist aller Anerken-
nung wert.

Leichter als der Philosoph Hans Kohn
fährt, wer — wie Major Newman — im
Grunde nicht durch Zweifel beschwert ist,
und die stolze Überzeugung vor sich her-

leuchten sieht, wie die bekannte, in diesem geopolitischen Raum aufgetretene Feuersäule: „Die britische Regierung und das britische Volk sind jedem wirklichen Fortschritt in Ägypten aufrichtig freundlich gesinnt und bewillkommen herzlich jeden Schritt, der sie der Erfüllung ihrer Hoffnungen näherbringt.“ (S. 266.) Das Urteil darüber steht nur Gottes eigenem Volke zu; und wenn ein anderes dabei in Ehre und Selbstbewußtsein, Kultur und Wirtschaft zertreten wird, so ist es eben dieses Gottes Wille! Trägt man der Fehlbeleuchtung durch eine so führende Feuersäule in allem ganz wesentlichen Rechnung, so ist in vielen Einzelheiten das Buch von Newman ein dankenswerter Führer durch die neuere ägyptische Entwicklung, von den Vorschatten westmächtlicher Okkupation bis zum Vorschatten des Zusammenbruchs des kolonialpolitischen Zeitalters, den Frankreich und England zusammen seit 1882 etwa beschleunigt heraufführten, mit dem Angelpunkt in Ägypten.

Erich Topf geht seinen halb geopolitischen, halb geojuristischen Beobachtungsweg durch die neuarabische Welt freier. Ihn hemmen nicht, wie Kohn, die nahen innerpalästinensischen Nebengeräusche des früher mehr als heute gelobten Landes, noch irrt ihn die selbstischere Einseitigkeit des britischen Imperialismus, wie Newman, beim kühlen Abstandhalten. Literaturverzeichnis, Karten und Anmerkungsapparat sind ein schönes Zeugnis deutscher Arbeitsgediegenheit. J. Bowman, K. Klinghardt, Lothrop Stoddard und ein paar Inder, wie den Verfasser des „Khali-fats“, vermissen wir unter den Autoren, aber das ist persönliche Wertabschätzungsfrage. Sonst finde ich (bei einer überlegenen Behandlungsweise, wie sie uns als notwendige Vorschule für den Diplomatenberuf vorschwebt) die Auflösung des osmanischen Reiches von außen und innen her durch die heutigen vorderasiatischen politischen Kräfte sachkundig vorgeführt. Aus der geographischen Struktur und der arabischen Ethnopolitik heraus geradezu als Schulbeispiel für Orientstaatsmänner sein Thema entwickelnd,

stößt T. schnell und zielbewußt mit seiner Untersuchung auf das Wesen der arabischen Staatenbildungen als einer Synthese des östlichen und französischen Imperialismus umstellt von Kulissen fragwürdiger Ökonomie. Daß aus solcher Überkreuzung von abgrundtief emporgestiegenen Unehrlichkeiten und ethisch haltbaren Gestaltungen entstehen können, wird zwingend klar. Aber nicht ein vom eigensüchtigen Standpunkt der Dichtung zieher aus waren sie klug auf nahe Selbsterkenntnis. T. weist nach, wie sich alle einsichtigen Landeskenner, namentlich auf britischer Seite, gegen die Halbheiten sträubten. Die große Last an Haß scheint dabei in Frankreich, Syrien, der höchste Lügenstapel dagegen dem unglücklichen gelobten Lande gehoben. Eine vorbildliche Auswertung von Zeitungen und Zeitschriften, auch persönlichen Erfahrungen, erhöht Reiz und Wert des Buches. Auch die feinste Stelle aus Gertrude Stein's inhaltreichem Lebensbuch, das Gespräch mit Djaafar Pascha über völlige Unabhängigkeit, „die immer nur genommen, nie gegeben werde“ (S. 89), ist herausgehoben. Kurz und gut: wir finden, daß ein Gesandter oder Konsul schafter im Nahen Osten ein solches Buch hätte schreiben können, und daß sich jeder qualifiziert, wer es so schreiben kann.

Aus Reihenveröffentlichungen, Zeitschriften und Zeitungen seien (in alphabetischer Folge, um jedes Werturteil auszuschließen) wegen der dort vermittelten indopazifischen geopolitischen Einsichten rühmend genannt:
 11. „Atlantis“, Berlin-Zürich 1931, 1. Halbjahr: Dr. Emil Carthaus — glänzend illustriert: Vulkane (I); von Hürlimann vorragend ausgewählte „China“-Nummer, guten zeitgenössischen Führerbildern (II); Kingdon Ward: „Blumenjagd im inneren Asien“ (IV); vorzüglicher „Nepal“-Ausgabe von Martin Hürlimann, mit Lebensbild des Ministerpräsident-Erbdiktators Maharaja Chandra (V);

12. „Der Auslandsdeutsche“, Stuttgart 2. Maiheft 1931: Prof. Dr. A. Lodewyckx Melbourne: „Deutsche Auswanderung nach Australien.“ S. 314–319, in gutem Überblick

3. „Bibliotheca cosmographica“, Bd. 43, 1931, Nordasien, Leipzig 1931, E. A. Seemann, bearbeitet von Dr. Hans Maier. Eine Darstellung für den Schulgebrauch für das wenig bekannte Gebiet wertvolle Vorstellungshilfe, der uns die Erklärungen noch mehr begreifbar als die allerdings schwer zu gebenden, bei Vergrößerung besser wirken und dem Erklärer in der Zahl allzusehr beschränkten Bilder.

4. „China Weekly Review“, Shanghai, Bd. 56, Nr. 8 u. a. S. 275–58 gute Darstellung der Fernöstlichen Fischerei- und Gewässergewässerreibungen, für China, gegen Japan, „das seinen Fischerei-Ruhm aus fremden Wassern fische“.

5. „Europäische Gespräche“, Hamburg, Jahrg. X; Mai 1931, Nr. 5, besonders voll für Ostasien: Alfred Vagts: „Der russisch-japanische Krieg 1894/95“ in der reichen Reihendarstellung: Der Krieg: Ursachen und Anlässe, Ziele und Folgen. VI. Teil — a. S. 244 — das französische Vorgehen gegen China in Annam als Klischee (Japan verwertet wurde!).

6. „Far Eastern Review“, Shanghai, I. Halbjahr. „Luftwege Ostasiens“, Karten; Eisenbahnkarte der Mandchurei; Verkehrsproblem von Osaka (I); Flugwesen Siam und Philippinen (II); Hafenbauten Hulutao, mit guten Bildern (III) S. 188–190; „Dai-Koku-Gun“ (über japanisches Flugwesen) (IV); daneben zahlreiche technische Einzelheiten, Wasserbauanlagen u. a. Hwangho, Kraftwerke, Schiffbaubilder.

7. „Fernunterricht“, Wien 1931, Jahrgang 1, Heft 2, Mai, Heß & Co. „Britische Inseln.“ Gute Darstellung in Schlagworten, derber, aber packender Freskomanier, wie Kindersterblichkeit; Schätzungen der Auswanderung; Kapitalverteilung.

8. „Historische Untersuchungen“, Gießen 1931, M. & H. Marcus, herausgegeben von Prof. Dr. Ernst Kornemann. 8. Heft: Beiträge von Scheliha: „Die Wasserwirtschaft im Altertum.“ Im Zusammenbau von Kunde und Geschichte nach feinen sprach-

wissenschaftlichen Methoden in ihrer gedrängten Art auch für die geopolitische Seite des Problems der Wassergrenze eine Spitzenleistung von hohem beispielgebenden Wert. Eine Behandlung anderer, grenzensetzender erdgebener Kräfte in ähnlicher Weise, und der hier für das Altertum durchgeführten in jüngere und jüngste Zeiten würde die ganze Einstellung zum Grenzbegriff auf eine höhere Ebene hinaufheben und verwüstender Empirie entreißen können. Erweiterung in den indopazifischen Bereich hinein, der nur an Rändern gestreift ist, würde höchst lohnend sein und Bestätigungen bringen.

19. „Die Koralle“, Jahrg. 1930 u. 1931. Jahrg. 6: „Monsun“, 6 Bilder (H. 1); „Heuschrecken“ (Schwarmüberfall-Bild!) (H. 2); „Anderes Indien“, L. v. Kohl (H. 4); „See und Sehnsucht“, Z. Dolf — glänzende Wellenbilder (H. 7); „Unbekanntes Japan“, Dr. Wilhelm Gundert — Bilder und Schilderung von einem Kenner ersten Ranges (12); Jahrg. 7: Dr. Ludwig Oesterreicher: „Ungelöste Rätsel der Osterinsel“; E. O. Hoppé: „Australiens Barriere-Riff“ — beiden dankenswerte Lagen-skizzen beigegeben, die zur guten Gewohnheit unserer Zeitschriften werden sollten, je mehr das deutsche Weltbild eingengt wird! (H. 1); W. Hartmann: „Im Schatten der Vulkane“; „Karakorum“ (H. 2). Daneben zahlreiche Berichterstattungen und Technika.

20. „Der Meister“, Berlin 1931, S. 277: Lotte Leupold: „Vereinigte Staaten von Indien.“ Interessante, dankenswerte Studie über die Rundtisch-Konferenz, zu begrüßen vor allem als Zeichen lebendigeren Anteils breiterer deutscher Kreise an der indischen Dynamik.

21. „Mitteilungen aus dem geographischen Institut der Sun-Yat-Sen-Universität Kanton“, Band I, 1930/31, Nr. 1: W. Credner: Höchst wertvoller Bericht über eine Yünnanreise der genannten Universität, die durch die eigenartige neueste Entwicklung des chinesischen Südens möglicherweise zu einer völkerpsychologischen Beobachtungswarte ersten Ranges wird.

22. „D'Orient“, Batavia 1931; „Merapi“-Sonderheft mit ausgezeichneten Aufnahmen über den Vulkanausbruch, seine Folgen und die Hilfsexpeditionen.

23. „Pacific Affairs“, Honolulu 1931 — bleiben nach wie vor das wichtigste Sammelbecken für die Literatur über den pazifischen Raum und sind bei der laufenden Urteilsbildung über ihn unentbehrlich. Wir heben hervor: „Großbritannien und der Pacific“ (1); K. Yamasaki: Japans pazifische Mandate“ mit Karte; „Der australische Föderalismus am Kreuzweg“ (2); Shih-Lien-Su: „Chinesische Soziologie“; Saunders: „Toyohiko Kagawa“ (der bekannte christlich-soziale Arbeiterführer Japans); „Kanada und der Pazifik“ von Norman Mackenzie (4); „Sub-

sidien im japanischen Wirtschaftsaufbau“ H. M. Bratter (5). Daneben eine Fülle bibliographischer und geopolitisch wertvoller Einzelberichte.

24. „The People's Tribune“, Peking und Tientsin 1931, Bd. I, Nr. 1 und 2, ausgegeben von T'ang Leang-Li: „Kritik der Regierung“; „Erziehende Regierung“ (Heft 1); Wang Ching Wei: „Die politischen Parteien in der (Volks)erziehungsperiode“; Diktatur“; „Der Staatsstreich von Nanking“; Zeitschriftorgan der nun in Kanton zur Macht gelangten Kräfte in Nordchina, als Gegengewicht zum offiziellen Nanking von großem Wert für die Urteilsbildung über China heute und morgen.

(Abgeschlossen Mitte Juni 1931)

HANS KOHN:

Palästina-Bibliographie 1929—1930

(vgl. „Z. f. G.“ 1931, Heft 2, S. 124)

Aus der großen Fülle der Palästinaliteratur kann hier nur das Wichtigste hervorgehoben werden. Angesichts der grundlegenden Bedeutung der offiziellen Weiß- und Blaubücher für die Palästinalitik der letzten zwei Jahre sind auch diese mit aufgenommen worden.

I. Offizielle Publikationen zur britischen Politik.

Veröffentlichungen der Londoner Regierung. Verlag His Majesty's Stationery Office, London:

Über die Klagemauer und die provisorische Regelung des Konflikts: Cmd 3229, The Western of Wailing Wall in Jerusalem: Memorandum by the Secretary of State for the Colonies. 1928.

Über die Augustunruhen 1929: Cmd 3530, Report of the Commission on the Palestine Disturbances of August 1929, 1930. (Die Kommission stand unter dem Vorsitz von Sir

Walter Shaw.) Dazu die Protokolle der Verhandlungen: Colonial No. 48. Palestine Commission on the Disturbances of August 1929. Evidence heard . . . , 3 Bde., 1930.

Über die Fragen der Einwanderung und Landsiedlung der Expertenbericht Sir John Hope Simpsons: Cmd 3686, Palestine. Report on Immigration, Land Settlement and Development. 1930.

Über die britische Politik in Palästina erschienen zwei Weißbücher, eines im Jahre 1930: Cmd 3582, Palestine. Statement of Policy regarding British Policy, 1930, das von Lord Curzon den Charakter trug, und ein ausführlicher im Oktober 1930: Cmd 3692, Palestine. Statement of Policy by H. M. Government in the United Kingdom, 1930, das dem einen Brief des englischen Ministerpräsidenten an den Präsidenten der Jewish Agency im Februar 1931 eine Interpretation enthielt.

Stenographisches Protokoll der Unter-

atte über Palästina vom 17. November
o: Official Report. Parliamentary Debates
ase of Commons. Vol. 245 No. 15. (In
tscher Übersetzung herausgegeben von der
ish Agency in London als Broschüre.) —
hält Reden Lloyd Georges, Amerys, Her-
t Samuels u. a. sowie der Regierungsver-
er Primeminister MacDonald u. Unter-
tssekretär Dr. Shiels.

**Veröffentlichungen der Palästina-
gierung.** Superintendent of Printing and
tionery, Jerusalem.

Über die Lage der Fellachen und Mittel zu
er Hebung: Government of Palestine. Re-
t of a Committee on the Economic Con-
on of Agriculturists in Palestina and the
cal Measures of Government in Relation
reto. 1930. Government of Palestine. Re-
t by Mr. C. F. Strickland of the Indian
il Service on the Possibility of intro-
ing a System of Agricultural Cooperation
Palestine 1930.

Veröffentlichungen des Völkerbundes,
nf: Protokoll der Palästina gewidmeten
ung der Permanenten Mandatskommission:
League of Nations. Permanent Mandates
nmission. Minutes of the Seventeenth
(Extraordinary) Session held at Geneva from
e 3rd to 21st, 1930, including the Report
the Commission to the Council and Com-
nts by the Mandatory Power. (Off. No.:
55. M. 147, 1930. VI.) Geneva 1930.

Als zionistische Erwiderungsschrift auf das
ißbuch über die britische Palästina-Politik
erwähnt: The Palestine White Paper of
ober, 1930. Memorandum by Leonard Stein.
ish Agency for Palestine. London 1930; —
den Hope Simpson Bericht: A. Gra-
sky: Land and the Jewish Reconstruction
Palestine. Jerusalem 1931.

II. Juridische und politische Werke.

**Ernst Marcus: Palästina — ein wer-
der Staat.** Verlag Robert Noske, Leipzig
1929. Eine ausführliche juridische Studie vom
zionistischen Standpunkt aus.

**Georg Schwarzenberger: Das Völker-
bundsmandat für Palästina.** Verlag Ferdi-
nand Enke, Stuttgart 1929. Eine kurze, kri-
tische Studie des Palästina-Mandats.

**Gerhard Holdheim: Palästina. Idee,
Probleme, Tatsachen.** Verlag Schwetschke
& Sohn, Berlin 1929. Eine handliche Ein-
führung vom zionistischen Standpunkt.

**Alfred Wiener: Juden und Araber in
Palästina,** Philo-Verlag, Berlin 1930. Eine
kurze objektive Darstellung der Ereignisse in
Palästina von Oktober 1928 bis November
1929, von einem Nichtzionisten geschrieben.

Kadmi Cohen: L'Etat d'Israel. Editions
Kra, Paris 1930. Tritt für einen Judenstaat
ein, der außer Palästina auch Transjordanien
und große Teile Syriens und Nordmesopota-
miens umfaßt.

Josef Cohn: England und Palästina.
Die politischen Grundlagen des Palästina-Auf-
baus. Verlag Kurt Vowinkel, Berlin 1931.
Versucht eine eingehende Darstellung und
Begründung der Politik der zionistischen Lei-
tung und ihres Präsidenten Dr. Weizmann.

**Abraham Baumkoller: Le Mandat sur
la Palestine.** Rousseau & Co. Editeurs. Paris
1931. Eine staatsrechtliche Darstellung des
Palästina-Mandates.

III. Allgemeine Werke.

**H. C. Luke und E. Keith-Roach: The
Handbook of Palestine and Transjordan.**
2. Aufl. MacMillan, London 1930. Ein aus-
führliches Nachschlagewerk vom offiziellen
Regierungsstandpunkt aus.

Statistisches Handbuch für Palästina,
1929. Hauptbureau des Keren Hajessod,
Jerusalem 1930. Die erste größere statistische
Zusammenfassung, mit vorwiegender Berück-
sichtigung des jüdischen Aufbauwerks.

I. Elazari-Volcani: The Fellah's Farm.
Agricultural Experiment Station, Tel Aviv
1930. Eine Monographie, die erste eingehende
Untersuchung über die Fellachenwirtschaft.

IV. Reisewerke.

Edouard Helsey: *L'an dernier à Jerusalem.* Les Editions de France, Paris 1930. Reisebericht eines französischen Journalisten vom Herbst 1929.

John Haynes Holmes: *Palestine Today and Tomorrow.* MacMillan, New York 1929. Reisebericht eines amerikanischen christlichen Zionfreundes, mit einer dem kulturellen Zionismus ähnlichen Stellungnahme.

Emile Vandervelde: *Le Pays d'Israel. Un marxiste en Palestine.* Editions Rieder 1929. Reisebericht des bekannten Sozialisten. — Deutsche Ausgabe unter dem Titel „Schaffendes Palästina“. Verlag Carl Reißner, Dresden 1930.

V. Programmatische Broschüren.

M. R. Akhtar: *The Balfour Declaration. An Analysis.* Publ. by Falastin, Jaffa 1929. Einzige zusammenfassende Darstellung des arabischen Standpunkts.

M. Beilinson: *Zum jüdisch-arabischen Problem.* Verlag Dawar, Tel Aviv 1930. Darstellung des Standpunkts der zionistischen Arbeiterschaft Palästinas.

Richard Lichtheim: *Revision zionistischen Politik.* Kommissionsverlag Ewer, Berlin 1930. Verfasser ist führender Mitglied der zionistisch-revisionistischen Partei.

J. L. Magnes: *Wie alle Völker.* Jerusalem 1930. Kommissionsverlag Keder, Berlin. Geschrieben vom Standpunkt des kulturellen Zionismus aus.

Herbert Sidebotham: *British Policy and the Palestine Mandate.* Ernest Benn, London 1930. Tritt von britischen Imperialismusinteressen aus für den Judenstaat ein.

Alexander Szanto: *Der Zionismus eine reaktionär-nationalistische Utopie.* Verlag Aufklärung und Fortschritt, Berlin 1930. Antizionistische Broschüre.

Chaim Weizmann: *Palästina.* Jewish Agency for Palestine, London 1930. Vorträge des Präsidenten der Zionistischen Organisation nach den Augustunruhen 1929.